This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

$B 321 300

T757

YB 57954

Sozialistische Arbeiter-Bibliothek

No. 12

Von Oktober bis nach Brest-Litovsk

Die Geschichte der bolschewistischen Novembers Revolution

Von LEON TROTZKY

Preis: 20 Cents

Verlag der
Deutschen Sprachgruppe der Socialist Party
of the United States
[illegible] Chicago, Ill.

Sozialistische Arbeiter-Bibliothek

No. 12

Von Oktober bis nach Brest-Litovsk

Die Geschichte der bolschevistischen November-Revolution

Von LEON TROTZKY

Autorisierte Uebersetzung aus dem Russischen
von
Prof. Dr. JACOB WITTMER HARTMANN

Verlag der

Deutschen Sprachgruppe der Socialist Party
of the United States

220 So. Ashland Blvd., Chicago, Ill.
1919

DK265
T757

(True translation filed with the postmaster at New York on May 21, 1919, as required by the act of Oct. 6, 1917.)

Von Oktober bis nach Brest-Litovsk

Die bürgerlichen Intellektuellen in der Revolution.

So rasch vollzieht sich die Entwicklung in diesen Zeitläuften, dass es schwer fällt, sie aus dem Gedächtnis auch nur in chronologisch richtiger Folge wieder zusammenzustellen. Weder Zeitungen noch Akten stehen uns zur Verfügung. Und doch verursachen die wiederholten Unterbrechungen der Brest-Litowsker Unterhandlungen einen Zustand der Spannung, der unter den jetzigen Verhältnissen unerträglich ist. Ich werde mich daher bemühen, Lauf und Entfaltung der Oktober-Revolution zu verfolgen, indem ich mir vorbehalte, vielleicht später meine Ausführungen, im Lichte der Akten, zu vervollständigen und zu berichtigen.

Fast vom ersten Anfang der Revolution an war unsere Partei von der Erkenntnis durchdrungen, dass schliesslich die Logik der Tatsachen sie ans Ruder bringen würde. Ich rede hier nicht von den Theoretikern der Partei, die, viele Jahre vor der Revolution — sogar schon vor der Revolution im Jahre 1905 — aus einer Untersuchung der Klassengegensätze in Russland zur Ueberzeugung gelangten, es müsse ein siegreiches Entfalten der Revolution unvermeidlich die Gewalt dem Proletariat übertragen, das sich auf die breiten Massen der ärmsten Bauern stützt. Als Hauptgrund dieser sicheren Erkenntnis sind wohl anzusehen: die Bedeutungslosigkeit der russischen bürgerlichen Demokratie und die hochgradige Zentralisierung der russischen Industrie, welch' letztere gleichbedeu-

M712655

tend ist mit einer ungeheuren gesellschaftlichen Wichtigkeit des russischen Proletariats. Eine bedeutungslose bürgerliche Demokratie ist nur die Kehrseite eines mächtigen und wichtigen Proletariats. Zwar hat der Krieg in dieser Hinsicht manchen — und an erster Stelle die führenden Gruppen der bürgerlichen Demokratie selbst — hinters Licht geführt. Durch den Krieg wurde die entscheidende Rolle in den Revolutionsbegebenheiten dem Heere aufgezwungen. Das alte Heer war eigentlich die Bauernschaft. Hätte sich die Revolution unter normaleren Verhältnissen vollzogen, d. h., unter den friedlichen Verhältnissen, in denen sie im Jahre 1912 begonnen hatte, so hätte das Proletariat seine führende Rolle ununterbrochen beibehalten, und so die Bauernmassen allmählich ins Schlepptau genommen und in den Strudel der Revolution hineingezogen.

Der Krieg gestaltete aber den Lauf der Geschichte ganz anders. Das Heer schweisste die Bauernschaft nicht durch politische, sondern durch die Bande des Krieges zusammen. Schon vor ihrem Zusammengehen unter dem Banner der revolutionären Forderungen und Gedanken waren die Bauern in den Regimentern, Divisionen und Heeresabteilungen vereinigt. Die durch dieses Heer zerstreuten und in ihm eine führende Rolle spielenden kleinbürgerlich-demokratischen Elemente waren in militärischen sowie in philosophischem Sinne gänzlich von bürgerlich-revolutionärem Geiste durchdrungen. Die tiefliegende Unzufriedenheit der Massen mit den gesellschaftlichen Zuständen verschärfte sich und musste sich, besonders da der Zarismus militärischen Schiffbruch gelitten hatte, Ausdruck verschaffen. Das Proletariat begann, besonders in seinen vorgeschrittensten Reihen, die Traditionen von 1905 im Lichte

der sich entwickelnden Revolution umzuformen, und rief die Volksmassen auf, sich in repräsentativen Körperschaften — Sowjets — zu organisieren. Das Heer erhielt die Aufforderung, seine Vertreter in diese revolutionäre Organisation zu schicken, ehe sein politisches Bewusstsein irgendwie die heranwachsenden Begebenheiten der Revolution eingeholt hätte. Wen konnten die Soldaten als ihre Vertreter hinschicken? Schliesslich wohl diejenigen Intellektuellen und Halb-Intellektuellen, die sich zufällig unter ihnen befanden und die notdürftigsten Kenntnisse in Sachen der Politik besassen und zur Geltung bringen konnten. So gerieten die kleinbürgerlichen Intellektuellen in eine sehr hervorragende Stelle im geistig erwachenden Heere. Aerzte, Ingenieure, Advokaten, Journalisten, Freiwillige, die in den Zeiten vor dem Kriege ein ziemlich zurückgezogenes Leben geführt hatten und niemals irgend einen Anspruch auf politische Geltung erhoben, fanden sich plötzlich zu Vertretern ganzer Divisionen und Armeen befördert und fühlten sich als "Führer" der Revolution. Die Verschwommenheit ihrer politischen Ideologie stand mit der Formlosigkeit des revolutionären Gewissens der Massen auf gleicher Stufe. Diese Elemente zeigten uns "Sektariern" gegenüber die äusserste Herablassung, weil wir die sozialen Forderungen der Arbeiter und Bauern am schärfsten und unversöhnlichsten vertraten.

Gleichzeitig hegte die kleinbürgerliche Demokratie mit dem, revolutionären Emporkömmlingen eigentümlichen, Hochmut, das tiefste Misstrauen zu sich selbst und zu den Massen, die sie zu so unerwarteten Höhen emporgehoben hatte. Indem sie sich für Sozialisten hielten und als solche bezeichneten, trugen die Intellektuellen einen schlecht verhüllten Respekt vor der politischen

Macht der liberalen Bourgeoisie, deren Wissen und Methoden, zur Schau. Auf dieser Achtung beruhte das Bestreben der kleinbürgerlichen Führer, um jeden Preis die Mitwirkung, Verbindung oder Koalition der liberalen Bourgeoisie zu erlangen. Das gänzlich aus verschwommenem Menschlichkeitsgewäsch bestehende Programm der Sozialrevolutionäre, das eine klassenbewusste Stellung durch sentimentale Verallgemeinerungen und moralisierende Ueberbauten verdrängte, stellte sich als das zu dem sonstigen geistigen Gewande dieser Führersorte am Besten passende Seitenstück heraus. Ihr Bestreben, so oder so ihre geistige und politische Hilflosigkeit durch die ihnen imponierende Wissenschaft und Politik der Bourgeoisie auszuflicken, fand sich durch die Lehren der Menschewiki gerechtfertigt, die da erklärten, die Revolution sei eine bürgerliche Revolution, und könne unmöglich zum Siege gelangen ohne eine Beteiligung der Bourgeoisie an der Regierung. So bildete sich der natürliche Block der Sozialrevolutionäre und Menschewiki als ein gleichzeitiger Ausdruck der politischen Lauheit der bürgerlichen Intellektuellen und ihrer Unterwerfung unter den imperialistischen Liberalismus.

Uns war es völlig klar, dass die Logik des Klassenkampfes auf kurz oder lang diese vorübergehende Verbindung zerstören und die Führer der Uebergangsperiode beseitigen würde. Die Vorherrschaft der kleinbürgerlichen Intellektuellen bedeutete in Wirklichkeit, dass die plötzlich zu einer organisierten Beteiligung an der Regierung aufgerufene Bauernschaft durch Ueberzahl die Arbeiterklasse überwältigt und für den Augenblick verdrängt hatte. Und weiter: je höher die bürgerlichen Führer plötzlich gehoben wurden, desto mehr

sah sich das Proletariat gezwungen, da seine vorgeschrittensten Reihen an Einfluss eingebüsst hatten, diesen Führern mit Achtung zu begegnen, weil sonst die Gefahr vorlag, die Berührung mit den Bauern zu verlieren. Im Gedächtnis der älteren Arbeitergeneration hatte sich die Lehre von 1905 festgesetzt: war doch damals das Proletariat geschlagen worden, weil die grossen Bauernreserven nicht rechtzeitig zur entscheidenden Schlacht heranzogen. Aus diesem Grunde erwiesen sich sogar die Massen der Arbeiter in der ersten Periode der Revolution der politischen Ideologie der Sozialrevolutionäre und Menschewiki gegenüber viel empfänglicher, umsomehr als die Revolution die bisher untätigen und rückständigen Lagen des Proletariats geweckt und also den ungeschulten geistigen Radikalismus zu einer Art Vorschule für sie werden liess.

Unter diesen Umständen bedeuten die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Kosackenvertreter die Herrschaft der bäuerlichen Formlosigkeit über den proletarischen Sozialismus, die Herrschaft des intellektuellen Radikalisums über bäuerliche Formlosigkeit. Die Sowjetverwaltung erreichte wohl hauptsächlich ein so hohes Ansehen, weil die Intellektuellen, mit ihrem technischen Wissen und ihren Bourgeois-Verbindungen, die führende Rolle darin spielten. Uns war es jedoch klar, dass der ganze hehre Bau auf den tiefsten innerlichen Widersprüchen ruhte, und dass daher im nächsten Stadium der Revolution sein Verfall unvermeidlich war.

Die Kriegsfrage.

Die Revolution erwuchs unmittelbar aus dem Krieg und der Krieg wurde allen Parteien und

revolutionären Kräften zum Prüfstein. Die intellektuellen Führer waren "gegen den Krieg". Viele von ihnen hatten sich unter dem Zarismus für Anhänger des linken Flügels der Internationale gehalten und sich zu Zimmerwald bekannt. Doch änderte sich alles sofort, als sie sich in "verantwortlichen" Stellungen befanden. In ihrer Lage bedeutete ein Festhalten am revolutionären Sozialismus auch einen Bruch mit der Bourgeoisie ihres eigenen und der alliierten Länder. Und wir haben schon hervorgehoben, dass die politische Hülflosigkeit der intellektuellen und halb-intellektuellen Mittelklasse sich durch ein Bündnis mit dem bürgerlichen Liberalismus zu retten suchte. Daher die erbärmliche und tatsächlich schändliche Haltung der bürgerlichen Führer inbezug auf den Krieg. Sie beschränkten sich auf Seufzer, Phrasen, heimliche Ermahnungen oder Aufrufe an die Adresse der alliierten Regierungen, und beschritten doch genau denselben Pfad wie die liberale Bourgeoisie. Die Soldatenmassen in den Schützengräben konnten unmöglich den Schluss ziehen, dass der Krieg, in dem sie seit vierthalb Jahren befangen waren, plötzlich seinen Charakter geändert habe, weil sich ein paar neue Menschen, die sich "Sozialrevolutionäre" oder "Menschewiki" nannten, an der Petrograder Regierung beteiligten. Miljukow verdrängte den Bürokraten Pokrowsky; Tereschtschenko verdrängte den Miljukow; d. h., der bürokratische Verräter wird von dem kriegerischen Kadetten-Imperialismus abgelöst, und dieser räumt das Feld einem prinzipienlosen Nebel der politischen Unterwerfung, ohne dass wesentliche Aenderungen eingetreten wären, oder dass sich eine Rettung vor dem furchtbaren Kriege gefunden hätte.

Eben darin liegt der Hauptgrund der darauffol-

genden Zerfahrenheit des Heeres. Die Agitatoren hatten den Soldaten erzählt, der Zar habe sie ohne Sinn und Zweck ins Verderben geschickt. Aber die Verdränger des Zaren konnten an dem Charakter des Krieges kein Härchen ändern, wie sie auch keinen Vorwand fanden, eine Friedenskampagne einzuleiten. Die ersten Monate brachten nur Verzögerungen, welche die Geduld der Armee und der alliierten Regierungen auf die Probe stellten und den Vorstoss des 18. Juni zur Folge hatten. Dieser wurde von den Alliierten, die auf der Erfüllung der alten zaristischen Verpflichtungen bestanden, verlangt. Durch ihre eigene Hülflosigkeit und die steigende Ungeduld der Massen eingeschüchtert, leisteten die bürgerlichen Führer diesem Verlangen Folge. Sie verfielen wirklich auf den Gedanken, dass die Erlangung des Friedens nur von dem Beginn eines Vorstosses abhing. Letzterer erschien ihnen als Ausweg aus der heiklen Lage, als wirkliche Lösung des Problems, als einzige Rettung. Schwer kann man sich eine verwunderlichere und verbrecherischere Täuschung vorstellen. In jenen Tagen redeten sie vom Vorstosse mit derselben Begeisterung, die in den ersten Tagen und Wochen des Krieges bei den Sozialpatrioten aller Länder die Phrasen von der Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung, der Stärkung einer heiligen Allianz der Völker, usw. ausgelöst hatte. Ihr ganzer zimmerwaldistischer, internationalistischer Kram war wie durch ein Zauberwort verschwunden.

Uns, die wir uns in unerbittlicher Opposition befanden, war es klar, dass der Vorstoss eine furchtbare Gefahr in sich barg, die vielleicht gleichbedeutend war mit der Vernichtung der Revolution selbst. Wir erliessen die Warnung, dass das Heer, nunmehr

durch die von ihm noch lange nicht verstandenen Begebenheiten zum Leben geweckt und zersetzt, in keine Schlacht hineingesandt werden könne, wenn man ihm nicht für die verloren gegangenen Ideen neue, ihm sympathische Ideen beibrächte. Wir warnten, klagten an — wir drohten. Aber für die herrschende Partei, die mit der alliierten Bourgeoisie unrettbar verquickt war, gab es keinen andern Kurs, und man behandelte uns mit der zu erwartenden Feindschaft — ja sogar mit bitterem Hass.

Die Kampagne gegen die Bolschewiki.

Geschichtsschreiber der Zukunft werden nicht ohne tiefe Gefühle in den russischen Zeitungen vom Mai und Juni 1917 blättern, denn in ihnen spiegelt sich die auf den Vorstoss gerichtete Agitation wider. Fast jeder Artikel ohne Ausnahme in allen offiziellen und Regierungszeitungen, richtete sich gegen die Bolschewiki. Keine Anklage, keine Verleumdung, deren man sich nicht in jenen Tagen gegen uns bediente. Die führende Rolle in dieser Kampagne hatte natürlich die Kadettenbourgeoisie übernommen, die schon durch ihren Klasseninstinkt verstand, dass es sich hier nicht allein um einen Vorstoss handelte, sondern auch um das weitere Geschick der Revolution, und an erster Stelle um die Erlangung der Staatsgewalt. Die bürgerliche Bearbeitung der "öffentlichen Meinung" offenbarte sich hier in ihrer ganzen Tragweite. Alle Organe, Körperschaften, Veröffentlichungen, Tribünen und Kanzeln wurden in den Dienst eines einzigen Gedankens gepresst: die Bolschewiki als politische Partei unmöglich zu machen. Das vereinte Bestreben und der drastische Zeitungsfeld-

zug gegen die Bolschewiki liessen schon den Bürgerkrieg vorausahnen, der sich im nächsten Stadium der Revolution einstellen sollte.

Zweck dieser bitteren Verhetzung war, eine völlige Entfremdung, eine unüberbrückbare Feindschaft zwischen den arbeitenden Massen einerseits und den "gebildeten Elementen" andererseits, hervorzurufen. Die liberale Bourgeoisie wusste wohl, das sie die Massen ohne die Fürsprache der bürgerlichen Demokratie nicht besänftigen konnte, denn diese hatte sich schon, wie oben angedeutet, zu einer vorübergehenden Führerschaft der revolutionären Organisationen emporgearbeitet. Daher war der unmittelbare Zweck der politischen Hetze gegen die Bolschewiki, eine unversöhnliche Feindschaft zwischen unserer Partei und den grossen Massen der "sozialistischen Intellektuellen" ins Leben zu rufen, da diese sich durch ihr Abwenden vom Proletariat unter die Herrschaft der liberalen Bourgeoisie gestellt hatten.

Während der Sitzung des ersten allrussischen Sowjetenkongresses erscholl der erste aufscheuchende Trompetenstoss, der die herannahenden Schreckensereignisse ankündigte. Die Partei bestimmte den 10. Juni zu einer bewaffneten Kundgebung in Petrograd. "Nehmt die Gewalt in eure eignen Hände," war die Mitteilung, welche die Arbeiter den Sozialrevolutionären und Menschewiki übermitteln wollten. "Löst das Verhältnis mit der Bourgeoisie, verwerft den Gedanken an eine Koalition, und nehmt die Gewalt in eure eignen Hände." Es war uns klar, dass ein Bruch der Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit der liberalen Bourgeoisie jene zwingen würde, die Unterstützung der entschlosseneren, vorgeschritteneren Proletarierverbände aufzusuchen, und so diesen

Vereinigungen eine führende Rolle zuzusichern. Das war es ja gerade, was die bürgerlichen Führer so erschreckte. Vereint mit der Regierung, in der sie vertreten waren, Hand in Hand mit der liberalen und gegenrevolutionären Bourgeoisie, begannen sie eine wahrhaft tolle Hetze gegen die Kundgebung, sobald sie davon erfuhren. Ihre ganze Kraft wurde dagegen aufgeboten. Wir hatten nur eine bescheidene Minderheit im Rat und zogen uns zurück. Die Kundgebung fand nicht statt.

Die vereitelte Kundgebung hatte aber die tiefste Erbitterung in dem Gemüte der beiden einander feindlichen Kräfte zurückgelassen, hatte den Abgrund zwischen ihnen erweitert und den Hass verschärft. Bei einer heimlichen Konferenz des Exekutiv-Ausschusses vom Sowjet, an der sich Vertreter der Minderheit beteiligten, sagte der damalige Minister der Koalitionsregierung, Zeretelli, mit der ganzen Arroganz eines bornierten bürgerlichen Doktrinärs, dass die Revolution von niemand anderem bedroht werde als von den Bolschewiki und dem von diesen bewaffneten Petrograder Proletariat. Er zog hieraus den Schluss, dass es notwendig sei, das "des Gebrauchs der Feuerwaffen völlig unkundige" Volk zu entwaffnen. Das war auf die Arbeiter und auf diejenigen Schichten der Petrograder Garnison gemünzt, die unserer Partei angehörten. Die Entwaffnung wurde aber nicht vollzogen. Zu einer so drastischen Massnahme waren die politischen und psychologischen Zustände noch nicht ganz reif.

Um die Massen einigermassen für die ausgefallene Kundgebung zu entschädigen, berief der Sowjetenkongress eine allgemeine unbewaffnete Demonstration auf den 18. Juni. Dieser Tag sollte es jedoch sein, der den politischen Triumph unserer

Partei festzustellen bestimmt war. Die Massen strömten in mächtigen Kolonnen auf die Strassen, und obgleich sie von der offiziellen Sowjetenbehörde heraufbeschworen waren, um unserer beabsichtigten Kundgebung vom 10. Juni entgegenzuwirken, hatten die Arbeiter und Soldaten auf ihre Banner geschrieben: "Nieder mit den Geheim-Verträgen!" "Nieder mit politischen Offensiven!" "Es lebe ein gerechter Friede!" "Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern!" "Den Sowjets gehört die Alleingewalt!" Es fanden sich nur drei Plakate, die Vertrauen für die Koalitionsregierung zum Ausdruck brachten — das eine von einem Kosackenregiment, ein anderes von der Plechanow-Gruppe und das dritte von der meist aus nichtproletarischen Elementen bestehenden Petrograder Zweigvereinigung des "Bund". Diese Kundgebung bewies nicht nur unseren Feinden, sondern auch uns selber, das wir in Petrograd viel stärker waren als man angenommen hatte.

Der Vorstoss vom 18. Juni.

Eine Regierungskrise erschien nach dieser Kundgebung der revolutionären Organisationen unausbleiblich. Doch verwischte sich dieser Eindruck sofort nach dem Eintreffen der Nachricht von der Front, dass die revolutionäre Armee gegen den Feind vorrückte. An demselben Tage, da die Arbeiter und die Besatzung von Petrograd die Veröffentlichung der Geheim-Verträge und ein ehrliches Friedensangebot verlangten, warf Kerensky die revolutionären Truppen in die Schlacht; und das war kein blosser Zufall. Die Leiter hatten alles im voraus geplant, und der Zeitpunkt des Angriffs

wurde nicht durch militärische, sondern durch politische Rücksichten bestimmt.

Am 19. Juni fand eine sogenannte patriotische Kundgebung in den Strassen Petrograds statt. Der Newskij Prospekt, die Hauptverkehrsader der bürgerlichen Welt, war mit aufgeregten Gruppen besät, in welchen Offiziere, Journalisten und wohlgekleidete Damen eine erbitterte Propaganda gegen die Bolschewiki führten. Die ersten Berichte über die militärische Offensive lauteten günstig. Die tonangebende liberale Presse hielt schon den Hauptzweck für erreicht: der Vorstoss vom 18. Juni würde, ungeachtet seiner militärischen Folgen, doch der Revolution den Todesstoss versetzen, die frühere Heereszucht wiederherstellen, und der liberalen Bourgeoisie die massgebende Rolle in Regierungsangelegenheiten verschaffen.

Wir prophezeiten aber der Bourgeoisie eine andere Zukunft. In einer besonderen, von uns im Sowjetenrat einige Tage vor dem Vorstoss erlassenen Erklärung, betonten wir, dass der militärische Vorstoss notwendigerweise alle inneren Bande im Heere zerstören, seine verschiedenen Teile gegen einander aufhetzen, und sein Gewicht zugunsten der gegenrevolutionären Elemente in die Wagschale werfen würde, da es ein Ding der Unmöglichkeit sei, in einem aufgelösten, der führenden Gedanken beraubten Heere ohne die drastischsten Massnahmen die Disziplin aufrechtzuerhalten. Kurz — wir sagten in dieser Erklärung diejenigen Folgen voraus, welche später unter dem Gesamtnamen "Kornilowismus" bekannt wurden. Wir glaubten, die Revolution sei durch die Offensive von der grössten Gefahr bedroht, einerlei, ob die Offensive gelänge oder fehlschlüge, welch letzteres uns als das wahrscheinlichere erschien. Ein erfolg-

reicher militärischer Vorstoss hätte Mittelklasse und Bourgeoisie durch die ihnen gemeinsamen chauvinistischen Tendenzen vereinigt, was das revolutionäre Proletariat von den anderen Klassen abgeschnitten hätte. Ein unglücklicher Verlauf der Offensive war geeignet, das Heer vollständig aufzulösen, einen allgemeinen Rückzug zu veranlassen, und den Verlust noch weiterer grosser Landesteile zur Gewissheit zu machen, was das Volk enttäuscht und entmutigt hätte. Der Ausgang nahm den letzteren Weg. Die Siegesnachrichten hielten nicht lange vor, und gaben düsteren Berichten Raum, die von vielen Regimentern, welche sich weigerten, sich den vorrückenden Kolonnen anzuschliessen, von den hohen Offiziersverlusten, denn letztere rückten manchmal ohne Truppen vor, usw. sprachen. Wegen seiner hohen geschichtlichen Wichtigkeit fügen wir hier einen Auszug aus der Erklärung bei, die unsere Partei am 3. Juni 1917 im Allrussischen Sowjetenkongress erliess, also zwei Wochen vor der Offensive.

"Wir halten es für notwendig, als erstes in der Tagesordnung vorzubringendes Geschäft, eine Frage zu erörtern, von deren Lösung nicht nur alle in diesem Rate angenommenen Massnahmen, sondern in buchstäblichem Sinne das Schicksal der ganzen russischen Revolution abhängt: die Frage nämlich von der für die nächste Zukunft bestimmten Offensive.

"Nachdem sie das Volk und das Heer, welches nicht weiss, für welche internationalen Zwecke es nun sein Blut vergiessen soll, mit dem Gedanken der bevorstehenden Handlung (nebst allen ihren Folgen) vertraut gemacht hat, hoffen nun die konterrevolutionären Kreise Russlands vieles von der Tatsache, dass diese Offensive eine Kon-

zentrierung der Macht in den Händen der mit dem englischen, französischen und amerikanischen Imperialismus verbündeten militärischen, diplomatischen und kapitalistischen Gruppen nötig macht, und sie auf diese Weise von der Notwendigkeit befreit, später dem organisierten Willen Russlands Rechenschaft zu geben.

"Die heimlichen konterrevolutionären Urheber der Offensive, welche sogar vor militärischer Glücksspielerei nicht zurückschrecken, arbeiten mit völliger Bewusstheit darauf hin, die Zersplitterung, die im Heere durch die innere und internationale Lage unseres Landes geschaffen worden ist, zu ihrem eigenen Zwecke auszunützen, und versuchen, den entmutigten Elementen den irrtümlichen Gedanken beizubringen, als könnte die blosse Tatsache einer Offensive das Heer wiederherstellen. Durch diese mechanischen Machenschaften verdecken sie ihren Mangel an jedem klaren Programm zur Liquidation des Krieges. Zu gleicher Zeit ist es aber einleuchtend, das eine solche Offensive nicht umhin kann, das Heer völlig zu desorganisieren, indem sie die verschiedenen Abteilungen gegen einander aufhetzt."

Die militärischen Ereignisse entwickelten sich bei noch grösseren Schwierigkeiten in den inneren Zuständen des Landes. Die Koalitionsregierung unternahm keinen einzigen mutigen Schritt inbezug auf die Landfrage, die Industrie, das Leben des Volkes. Nahrungsmittel- und Transportzustände kamen in immer schlimmeren Verfall. Lokale Zusammenstösse wurden häufiger. Die "sozialistischen" Minister baten die Massen, sich zu gedulden. Alle Beschlüsse und Massnahmen, wie auch die Einberufung der Konstituante, wurden

verschoben. Die Zahlungsunfähigkeit, die Unbeständigkeit jenes Regimes sprangen einem deutlich in die Augen.

Es gab zwei Alternativen: die Bourgeoisie zu entsetzen und die Ziele der Revolution zu fördern; oder aber, unter Anwendung von Erdrückungsmassnahmen, eine Politik des "Zügelns" des Volkes zu verfolgen. Kerensky und Zeretelli schlugen den Mittelweg ein und verwirrten die Sachlage nur noch mehr. Den Kadetten, den klügeren und weitsichtigeren Führern der Koalitionsregierung, wurde es immer klarer, dass der unglückliche Vorstoss vom 18. Juni nicht nur der Revolution, sondern der Regierung überhaupt einen vorübergehenden Rückschlag versetzen konnte, indem er die ganze Verantwortung auf die Schultern ihrer Verbündeten zur Linken legte.

Am 2. Juli entstand eine Krise im Ministerium, deren unmittelbarer Anlass die ukrainische Frage war.

Es war eine Periode der grössten politischen Spannung. Von verschiedenen Stellen an der Front kamen die Delegaten und Privatvertreter mit Berichten vom Chaos, das durch den Vorstoss nun in der Armee herrschte. Die sogenannte Regierungspresse verlangte strenge Unterdrückungsmassnahmen. Auch in der sogenannten sozialistischen Presse liessen sich immer mehr derartige Stimmen vernehmen. Kerensky schlug sich mit zunehmender Offenheit allmählich auf die Seite der Kadetten und Kadettengenerale, die nicht nur ihren Hass gegen Revolution, sondern auch gegen alle revolutionären Parteien überhaupt an den Tag legten. Die alliierten Gesandten verfolgten die Regierung mit dem Verlangen einer Wiederher-

stellung der Heereszucht und des Vorrückens der Offensive. Hochgradige Panik herrschte in Regierungskreisen, während sich unter den Arbeitern eine grosse Unzufriedenheit anhäufte und nach lautem Ausdruck rang. "Nehmt die Gelegenheit wahr, die euch angebotenen Demissionen der Kadettenminister anzunehmen und nehmt alle Gewalt in eure eigenen Hände!" Das war der Ruf, den die Arbeiter Petrograds an die die Sowjetparteien beherrschenden Sozialrevolutionäre und Menschewiki richteten.

Ich entsinne mich noch der Sitzung des Exekutiv-Ausschusses, die am 2. Juli stattfand. Die sozialistischen Minister meldeten sich, um eine neue Krise in der Regierung zu berichten. Wir erwarteten mit der höchsten Spannung Aufschluss über die bevorstehende Stellungsänderung, die jetzt wohl von den an den Uebeln einer Koalitionspolitik Gescheiterten vorgenommen werden würde. Ihr Wortführer war Zeretelli. Mit der höchsten Gemütsruhe erklärte er dem Exekutiv-Ausschuss, dass die Zugeständnisse, die von ihm und Tereschtschenko der Kiewer Rada gewährt worden, keine eigentliche Zerteilung des Landes bedeuteten, und dass die Kadetten aus diesem Grunde einen Austritt aus dem Ministerium nicht rechtfertigen konnten. Zeretelli warf den Kadettenführern einen zentralisierenden Doktrinismus vor, und beschuldigte sie ferner eines mangelnden Verständnisses für die Notwendigkeit eines Kompromisses mit den Ukrainern, usw., usw. Höchst kläglich war der allgemeine Eindruck. Der eingefleischteste Doktrinär der Koalitionsregierung beschuldigt die geriebenen kapitalistischen Politiker des Doktrinismus, weil letztere die erste sich ihnen darbietende Gelegenheit benutzten, ihre politischen Schreiber

die entscheidende Wendung bereuen zu lassen, die sie dem Lauf der Begebenheiten durch die militärische Offensive vom 18. Juni aufgezwungen hatten!

Nach aller Erfahrung der Koalition hätte man wohl zur Erkenntnis der einzigen Lösungsmöglichkeit gelangen können: ein Bruch mit den Kadetten und die Errichtung einer Sowjetenregierung. Die Machtverhältnisse innerhalb der Sowjets waren damals solcher Art, dass ihre Macht als politische Partei zweifellos in die Hände der Sozialrevolutionäre und Menschewiki gefallen wäre. Wir fassten die Lage ohne Rücksicht ins Auge. Kraft der Möglichkeit der zu jeder beliebigen Zeit anzusetzenden Neuwahlen, versprach der Mechanismus der Sowjets die allmähliche Links-Schwenkung der Arbeiter- und Soldatenmassen ziemlich genau zur Geltung kommen zu lassen. Nach der Auflösung der Koalition mit der Bourgeoisie würden die radikalen Tendenzen, so hofften wir, mehr Anhänger in den Sowjetkörpern finden. Unter diesen Umständen würde der Kampf um die Macht des Proletariats natürlich in die Formen der sowjetischen Organisation gelenkt werden und einen normaleren Verlauf nehmen. Nachdem sie mit der Bourgeoisie gebrochen hatte, würde die kleinbürgerliche Demokratie selbst unter ihre Missgunst fallen und so eine engere Verbindung mit dem sozialistischen Proletariat anstreben müssen. Ihre schwankende, politisch unbestimmte Beschaffenheit müsste auf kurz oder lang, unter dem Einfluss unserer ständigen Kritik, von den arbeitenden Massen beseitigt werden. Aus diesem Grunde verlangten wir von den führenden Sowjetparteien, denen wir kein Vertrauen schenkten — woraus wir auch kein Hehl machten, — dass sie eigenmächtig die Herrschaft führen sollten.

Aber Zeretelli und Anhänger liessen auch nach der Kabinettskrise vom 2. Juli nicht vom Koalitionsgedanken los. Im Exekutiv-Ausschuss erklärten sie zwar, dass die führenden Kadetten vom Doktrinismus und sogar auch vom Konterrevolutionismus durchseucht seien, fügten aber hinzu, dass es in den Provinzen immer noch bedeutende bürgerliche Schichten gebe, die mit den revolutionären Demokraten zusammenwirken könnten. Um sich ihrer Mitwirkung zu versichern, müsse man die Vertreter der Bourgeoisie mit ins neue Ministerium ziehen. Schon hegt Dan Hoffnungen auf eine damals von einzelnen prodemokratischen Politikern eilig aufgeführte Partei. Der Bericht von der Ablösung der zusammengebrochenen Koalitionsregierung durch eine neue Koalitionsregierung ging wie ein Lauffeuer durch Petrograd und erregte überall unter Arbeitern und Soldaten einen Sturm der Entrüstung. Es folgten die Ereignisse vom 3.—5. Juli.

Julitage.

Noch in der Sitzung des Exekutiv-Ausschusses erhielten wir telephonisch den Bericht vom Aufmarsch einer Maschinengewehrabteilung. Ebenfalls durchs Telephon ergriffen wir die zur Vereitelung dieser Vorbereitungen nötigen Massnahmen. Wegen Ungehorsams Offizieren gegenüber gemassregelte Einheiten schickten von der Front Abgeordnete mit beunruhigenden Nachrichten von Unterdrückungsmassregeln, die die ganze Garnison aufbrachten. Das den offiziellen Führern von der Petrograder Arbeiterschaft entgegengebrachte Misstrauen wurde weiter verschärft durch die Tatsache, dass Zeretelli, Dan und Tschcheidse, in

ihrem Bestreben, den Petrograder Sowjet ja nicht zum Sprachrohr der neuen Arbeiterrichtung werden zu lassen, die dem Proletariat gemeinschaftlichen Forderungen in arger Entstellung vorführten. Der im Julikongress gebildete und von den rückständigeren Gegenden abhängige allrussische Exekutiv-Ausschuss verdrängte allmählich den Petrograder Sowjet und übernahm die Erledigung aller, auch städtischer Petrograder Geschäfte.

Ein Zusammenstoss war unvermeidlich. Von unten herauf drängten die Arbeiter und Soldaten, welche ihrem Unmut über die offizielle Sowjetpolitik heftigen Ausdruck verliehen und ein strammeres Vorgehen unserer Partei verlangten. Uns schien bei der Rückständigkeit der Provinzen der geeignete Augenblick dafür noch nicht gekommen. Indessen befürchteten wir, die sich an der Front abspielenden Begebenheiten könnten Verwirrung in den revolutionären Reihen und Verzweiflung in den Herzen des Volkes hervorrufen. Das Verhalten unserer Partei zu der Bewegung vom 3.—5. Juli war sehr einfach. Einerseits bestand die Gefahr einer möglichen Loslösung Petrograds von den rückständigeren Teilen des Landes; andrerseits hofften wir durch das alleinmögliche Mittel eines kräftigen, energischen Eingriffs der Petrograder die Lage zu retten. Die unter dem Volke arbeitenden Parteiagitatoren standen mit den Massen und führten eine mustergiltige Kampagne.

Noch hoffte man, die Kundgebung der revolutionären Massen in den Strassen möge den blinden Doktrinismus der Koalitionisten umstossen und sie auf den offenen Bruch mit der Bourgeoisie als auf den einzig möglichen Ausweg zur Aufrechterhaltung ihrer Autorität hindrängen. Trotz allem in der letzten Zeit in der bürgerlichen Presse Gesag-

ten und Geschriebenen beabsichtigte unsere Partei niemals, durch bewaffnete Erhebung zur Macht zu gelangen. Ganz von selbst war die Kundgebung entstanden, deren politische Leitung wir nur übernahmen.

Der Zentral-Exekutiv-Ausschuss hielt eben seine Sitzung im Tauridapalast ab, als das Gebäude plötzlich von einer wogenden Menge Arbeiter und Soldaten umflutet wurde. Unbedeutende anarchistische Elemente befanden sich natürlich auch darunter, die bereit waren, ihre Waffen gegen das Sowjetzentrum zu gebrauchen. "Pogrom"-Leute offenbar vom Schwarzen Hundert gedungen, hatten sich ebenfalls eingefunden, um die Gelegenheit zur Anstiftung eines Pogroms zu benutzen. Aus diesen verschiedenen Elementen erschallten die Forderungen für die Verhaftung von Tschernow und Zeretelli, für die Auflösung der Konstituante usw. Man versuchte sogar, Tschernow wirklich zu verhaften. Als ich nach einiger Zeit zu Kresty die Bekanntschaft eines der Matrosen machte, die an diesem Auflauf teilgenommen hatten, entpuppte er sich als ein wegen Diebstahls in Kresty gefangen gewesener Verbrecher. Die bürgerliche und koalitionistische Presse dagegen stellte die ganze Bewegung als eine pogromistische, konterrevolutionäre Machenschaft dar, gleichzeitig auch als einen bolschewistischen Kreuzzug mit dem unmittelbaren Zweck, die Zügel der Regierung durch bewaffneten Druck auf den Zentral-Exekutiv-Ausschuss in die Hände zu bekommen.

Die Bewegung vom 3.—5. Juli hatte schon deutlich gezeigt, das in den führenden Sowjetsparteien zu Petrograd eine grosse Leerheit herrschte. Noch stand lange nicht die ganze Besatzung auf unserer Seite. Noch gab es zögernde, unentschlossene,

passive Elemente. Aber, von den Junkern abgesehen, gab es keine Regimenter, die bereit waren, die Regierung oder die führenden Sowjetparteien gegen uns zu verteidigen. Man musste die Truppen dazu von der Front zurückberufen. Die ganze Strategie der Zeretelli, Tschernow und Genossen lief am 3. Juli darauf hinaus, Zeit zu gewinnen, um Kerensky die Heranziehung seiner "getreuen" Regimenter zu ermöglichen. Eine Abordnung nach der andern betrat den Saal des Tauridapalastes, mit der Forderung einer völligen Trennung von der Bourgeoisie, positiver Sozialreformen und der Eröffnung von Friedensverhandlungen.

Wir Bolschewisten begrüssten jede neue Gruppe unzufriedener Soldaten, die sich auf Höfen und Strassen angesammelt hatte, mit Reden, welche sie aufforderten, Ruhe zu halten und sie der Aussichtslosigkeit des von den Koalitionisten unternommenen Versuches, eine neue Koalition zu bilden, bei dem augenblicklichen Gemütszustand des Volkes, versicherten. Die Kronstädter Matrosen, die wir mit Mühe davon zurückhielten, die Grenzen einer friedlichen Kundgebung zu überschreiten, drückten sich am schärfsten aus. Die schon unter unserer Parteiführung stehende vierte Kundgebung besass einen noch ernsteren Charakter. Die Sowjetenführer waren völlig ratlos, ihre Reden wurden immer ausweichender; Ulysses-Tschcheidses Antworten an die Abgeordneten waren allen politischen Inhalts bar. Es lag klipp und klar zutage, dass die offiziellen Sowjetenführer nur Zeit gewinnen wollten.

In der Nacht des 4. Juli begannen die "getreuen" Regimenter einzutreffen. Während der Sitzung des Exekutiv-Ausschusses hallte der Tauridapalast

von den Klängen der Marseillaise wider. Der Gesichtsausdruck der Führer veränderte sich plötzlich und spiegelte ein seit langer Zeit völlig mangelndes Selbstvertrauen wieder. Das war ihre Begrüssung beim Einmarsch des wolhynischen Regiments in den Tauridapalast, desselben Regiments, das vor wenigen Monaten, im Oktober, unter unsern Panieren die Vorhut der Oktoberrevolution gebildet hatte. Alles war im Augenblick wie verändert. Man brauchte nicht mehr die Petrograder Arbeiter- und Soldatenabgeordneten mit Glacé-Handschuhen anzufassen. In den im Exekutiv-Ausschuss gehaltenen Reden sprach man schon von der an diesem Tage von treuen revolutionären Kräften "unterdrückten" bewaffneten Erhebung. Die Bolschewiki erklärte man für eine konterrevolutionäre Partei.

Die Angst und das Entsetzen, die die liberale Bourgeoisie während der zwei Tage langen bewaffneten Kundgebung beherrscht hatten, verrieten sich durch einen nicht nur in den Spalten der Zeitungen, sondern auch auf den Strassen Petrograds sich niederschlagenden Hass; besonders wurden auf dem Newskij Prospekt einzelne auf frischer Tat ertappte Arbeiter und Matrosen erbarmungslos verhauen, wenn sie "verbrecherische" Agitation trieben. Die Junker, Offiziere, Polizeidiener, Georgsritter beherrschten nun das Feld und an ihrer Spitze standen die wütenden Konterrevolutionäre. Die Arbeitervereinigungen und -Einrichtungen unserer Partei wurden nun rücksichtslos unterdrückt und zertreten. Verhaftungen, Haussuchungen, Angriffe, auch Morde wurden zu Alltäglichkeiten. In der Nacht des 4. überreichte der damalige Staatsanwalt Perewersew der Presse "Dokumente", welche den Beweis liefern sollten,

die bolschewistische Partei werde von besoldeten deutschen Agenten geleitet.

Die Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiki kennen uns schon lange und zu gut, um solchen Beschuldigungen Glauben zu schenken. Doch waren sie zu stark am Gelingen ihrer Sache interessiert, um sie öffentlich als Lüge zu brandmarken. Es kann einem heute noch übel werden bei dem blossen Gedanken an jenes Lügengericht, das den Lesern der bürgerlichen und koalitionistischen Zeitungen aufgetischt wurde. Unsere Zeitschriften unterdrückte man. Das revolutionäre Petrograd überzeugte sich, dass die Provinzen und das Heer ihm noch lange nicht zur Seite standen. Eingriffe geschahen eine Zeit lang in den Arbeitervierteln der Stadt; in der Besatzung wurden gegen aufrührerische Regimenter Unterdrückungsmassregeln ergriffen und einzelne Einheiten entwaffnet. Gleichzeitig schufen die politischen Führer ein neues Ministerium, bei dessen Besetzung auch drittklassige bürgerliche Elemente bedacht worden waren, die der Regierung nichts beisteuern konnten, sie aber auch des letzten Fetzens revolutionären Vorgehens beraubten.

Indessen gingen die Begebenheiten an der Front ihren Gang. Als organische Einheit war das Heer bis ins Tiefste erschüttert. Die Soldaten kamen zu der Ueberzeugung, dass die allermeisten Offiziere, die sich zu Anfang der Revolution in rote Tücher wickelten, dem neuen Regiment noch sehr feindlich gegenüberstanden. In den Armee-Reihen suchten sie unverblümt nach konterrevolutionären Elementen. Bolschewistische Verlagsanstalten wurden rücksichtslos verfolgt. Aus dem militärischen Vorstoss war schon lange ein tragischer Rückzug geworden. Toll wütete die bürgerliche

Presse in Verleumdungen gegen das Heer. Dieselben regierenden Gruppen, die uns vor der Offensive eine nichtswürdige Bande schalten, die kein Verständnis fürs Heer kannte und von ihm nicht befragt werden würde, wälzten nun die Schuld an dem so traurig misslungenen Hazardspiel auf unsere Schultern ab. Die Gefängnisse überfüllten sich mit revolutionären Arbeitern und Soldaten. Alle alten Gerichtswölfe des Zarismus verwendete man zur Untersuchung der Affäre vom 3.—5. Juli. Zu dieser Zeit wagten es auch die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, das Verlangen zu erheben, Lenine, Sinowieff und andere dieser Gruppe sollten sich dem Gericht stellen.

Nachwehen der Julitage.

Eingriffe in die Arbeiterviertel hielten nur einige Tage an und überliessen das Feld revolutionären Aufwallungen, nicht nur im Proletariat, sondern auch in der Petrograder Besatzung. Die Koalitionisten verloren allen Einfluss. Die bolschewistische Flut ergoss sich von den städtischen Mittelpunkten über das ganze Land und drang, ungeachtet aller Hindernisse, in die Heeresreihen. Schon befliss sich die neue Koalitionsregierung mit Kerensky an der Spitze einer unverhohlenen Erdrückungspolitik. Die Todesstrafe war vom Ministerium fürs Heer wiedereingeführt worden. Unsere Zeitungen wurden unterdrückt, unsere Agitatoren sollten eingesperrt werden; unser Einfluss wurde aber immer mächtiger. Trotz aller der Neuwahl des Petrograder Sowjets in den Weg gelegten Hindernisse zeigten sich die inneren Machtverhältnisse jener Körperschaft als so stark verän-

dert, dass wir schon bei gewissen wichtigen Abstimmungen über eine Stimmenmehrheit verfügten. Im Moskauer Sowjet war es ebenso.

Zu jener Zeit wurde ich mit vielen andern zu Kresty gefangen gehalten, des Anstiftens und Organisierens der bewaffneten Empörung vom 3.—5. Juli beschuldigt, wobei wir nach Verabredung mit den deutschen Behörden und im Interesse der militärischen Zwecke der Hohenzollern gehandelt hätten. Dem berühmten Staatsanwalt der zaristischen Regierung, Alexandrow, wurde nun die Aufgabe anvertraut, die Oeffentlichkeit gegen die konterrevolutionären Bolschewiki zu beschützen. Das frühere Regiment hatte die Gefangenen in Politische und Verbrecher eingeteilt; diese Bezeichnungen wurden nun von "Bolschewiki" und "Verbrecher" ersetzt. Die gefangenen Soldaten gerieten in die grösste geistige Verwirrung, denn es waren ja lauter Bauernjungen, die nie zuvor an einer politischen Bewegung teilgenommen hatten. Sie hatten gemeint, die Revolution habe sie ein für allemal befreit, und betrachteten mit Erstaunen die Schlösser und Gitter ihres Kerkers. Bei ihren notwendigen Leibesübungen im Gefängnishof fragten sie mich beständig, was das alles heisse und wie es denn enden möchte. Ich tröstete sie mit der Hoffnung auf unseren unausbleiblichen Sieg.

Kornilow's Empörung.

Gegen Ende August erfolgte die Kornilowsche Empörung, als unmittelbare Nachfolge der Mobilisierung der durch den Angriff des 18. Juli zu neuem Leben erweckten konterrevolutionären

Kräfte. Am berühmten Mitte August abgehaltenen Moskauer Kongress versuchte Kerensky den goldenen Mittelweg zwischen den besitzenden Elementen und der kleinbürgerlichen Demokratie einzuschlagen. Die Maximalisten galten allgemein als jenseits des "Gesetzlichen" stehend. Kerensky bedrohte sie mit Eisen und Blut, unter geräuschvollem Beifall der besitzenden Hälfte der Versammlung und tückischem Schweigen seitens der bürgerlichen Demokratie. Aber Kerensky's hysterische Ausrufe und Drohungen befriedigten nicht die Anführer der konterrevolutionären Interessen. Nur zu klar hatten sie die revolutionäre Flut erkannt, welche das ganze Land überschwemmte, in den Arbeiterklassen, in den Dörfern, im Heer, und sie hielten es für unbedingt notwendig, sofort zu den äussersten Massnahmen zu greifen, um den Massen zu steuern. Nach dem Zustandekommen eines Verständnisses mit der grundbesitzenden Bourgeoisie, die in ihm ihren Helden sah, übernahm Kornilow die Ausführung dieses gefährlichen Unternehmens. An dieser Verschwörung nahmen auch teil: Kerensky, Sawinkow, Filonenko und andere Sozialrevolutionäre aus Regierungs- oder Halbregierungskreisen, aber jeder einzelne von ihnen verriet Kornilow in einem bestimmten Stadium der Entfaltung seines Unternehmens, da sie wohl wussten, dass er sie im Falle seines Erfolges doch nur beiseite werfen würde. Aus dem Gefängnisse sahen wir dem Kornilowschen Hergang zu und verfolgten ihn in den Zeitungen: nur durch freies Passieren der Zeitungen unterschieden sich die Zellen Kerenskys von denen des alten Regiments. Das Abenteuer des Kosackengenerals misslang. Sechs Revolutionsmonate hatten dem Bewusstsein der Massen und ihrer Organisation eine genügende Widerstandskraft verliehen, offene konterrevolutionäre Angriffe abzuschlagen. Die friedferti-

gen Sowjetparteien erschraken sehr über die möglichen Nachfolgen der Kornilowschen Verschwörung, welche nicht nur die Maximalisten, sondern die ganze Revolution überhaupt, samt allen ihren Regierungsparteien in den Kehricht zu fegen drohte. Die Sozialrevolutionäre und Minimalisten schickten sich nun an, die Maximalisten—wenn auch nur nachträglich und mit halber Zurückhaltung, denn sie ahnten in der Zukunft das Vorhandensein von Gefahrsmöglichkeiten — zu legalisieren. Dieselben Kronstädter Matrosen, die sie in den Tagen nach der Juliempörung als Einbrecher und Konterrevolutionäre bezeichneten, wurden während des Kornilowschreckens zur Verteidigung der Revolution nach Petrograd berufen. Ohne Murren, ohne Vorwürfe, ohne auch nur der Vergangenheit zu gedenken, zogen sie daher und besetzten die verantwortlichsten Posten.

Mit vollem Rechte konnte ich Zeretelli an die Worte erinnern, die ich im Mai, als er mit der Verhetzung der Kronstädter Matrosen beschäftigt war, an ihn gerichtet hatte: "Versucht ein konterrevolutionärer General den Strang um den Hals der Revolution zu werfen, so schmieren die Kadetten den Strang mit Seife ein; aber die Matrosen von Kronstadt werden kommen, mit uns zu kämpfen und zu sterben."

Die Sowjetorganisationen haben in ihrem Ringen mit der Kornilowschen Erhebung überall, hinter und an der Front, ihre Kraft und Lebensfähigkeit erwiesen. Fast in keinem Falle kam es zu einer militärischen Entscheidung. Die revolutionären Massen zermalmten die Generalverschwörung. Wie die Gemässigten im Juli keine Soldaten aus der Petrograder Garnison gegen uns aufbringen konnten, so fand auch Kornilow jetzt auf der ganzen Front keine Soldaten, die bereit gewesen wären, gegen die Revolution zu kämpfen. Seine Handlungen waren der Ausfluss einer Selbst-

täuschung, und sehr leicht vernichteten die Thesen unserer Propaganda seinen Anschlag.

Den Zeitungen gemäss hatte ich einen viel rascheren Uebergang der Gewalt in die Hände der Sowjets erwartet. Immer unzweifelhafter wuchsen der Einfluss und die Macht der Maximalisten heran und befanden sich bald in unwiderstehlichem Schwunge. Die Maximalisten hatten vor der Koalition gewarnt, auch vor dem Angriff des 18. Juli, sie hatten die Kornilowaffäre vorausgesagt, — die Massen konnten sich überzeugen, dass wir recht hatten. Unter den furchterregendsten Augenblicken, als die kaukasische Division gegen Petrograd heranrückte, bewaffnete der Petrograder Sowjet mit der erzwungenen Einwilligung der Behörden die Arbeiter. Heeresdivisionen, welche herzugezogen waren, um gegen uns zu kämpfen, hatten in der Petrograder Treibhausluft ihre Wiedergeburt erlebt und standen uns nun bedingungslos zur Seite. Die Kornilowerhebung sollte das Heer ein für allemal für den Gedanken empfänglich machen, dass die fortgesetzte Politik der Versöhnung mit der bürgerlichen Konterrevolution ausgeschlossen war. Es war also zu erwarten, dass die Niederwerfung der Kornilowerhebung nur das Vorspiel sei zu einer sofortigen aggressiven Handlung seitens der von unserer Partei angeführten revolutionären Kräfte, mit dem Zwecke der ausschliesslichen Machtergreifung. Doch entfalteten sich die Ereignisse etwas langsamer. Bei aller Anspannung des revolutionären Geistes waren die Massen doch nach den bitteren Erfahrungen der Julitage vorsichtiger geworden und verwarfen alle willkürlichen vereinzelten Kundgebungen, die nicht von verantwortlichen Leuten aufgeboten und geleitet wurden. Aber auch unter den Führern unserer Partei herrschte ein Gefühl der Erwartung. Unter diesen Umständen brachte das Kornilowsche Abenteuer, ungeachtet der tiefgehenden, zu unse-

ren Gunsten ausfallenden Umgruppierungen, keine vorläufigen politischen Umwälzungen.

Innere Kämpfe in den Sowjets.

Im Petrograder Sowjet erstarkte seit dieser Zeit der Einfluss unserer Partei bedeutend, was sich in dramatischer Weise herausstellte als man die Frage der Besetzung seines Vorstandes vorbrachte. Zu dieser Zeit, als die Sozialrevolutionäre und Minimalisten in den Sowjets das Szepter führten, kreisten sie die Maximalisten durch alle möglichen Mittel ein. Sogar als wir schon ein Drittel der Mitglieder des Sowjets hatten, wurde keines unserer Mitglieder in den Vorstand erwählt. Später, als der Petrograder Sowjet mit verschwindender Mehrheit den Beschluss annahm, alle Gewalt in die Hände der Sowjets zu legen, stellte unsere Partei die Forderung eines Koalitionsvorstandes auf, dessen Bestandteile den Verhältnissen der im Sowjet vertretenen Parteien entsprechen sollten. Der alte Vorstand, in dem sich Tschcheidse, Zeretelli, Kerensky, Skobeleff und Tschernow befanden, wies diese Forderung schroff zurück. Es ist am Platze, hier zu erwähnen, dass die Vertreter der von der Revolution zerstörten Parteien die Notwendigkeit einer ungebrochenen demokratischen Front betonen und uns separatistische Tendenzen vorwerfen. Es wurde damals eine Sondersitzung des Petrograder Sowjets einberufen, die über das Schicksal des Vorstandes zu entscheiden hatte. Alle Kräfte, alle Reserven, wurden auf beiden Seiten ins Treffen geführt. Zeretelli hielt eine Programmrede, in welcher er betonte, dass die Vorstandsfrage eine Orientierungsfrage sei. Nach unseren Berechnungen verfügten wir über etwas weniger als die Hälfte der Stimmenzahl und hielten diesen Umstand schon für eine grosse Errun-

genschaft. In Wirklichkeit aber hatten wir bei Abstimmungen eine Mehrheit von über hundert Stimmen. "Sechs Monate lang," sagte Zeretelli bei dieser Gelegenheit, "standen wir an der Spitze des Petrograder Sowjets und führten ihn von Sieg zu Sieg; wir wünschen Ihnen, dass Sie nur halb so lange die Posten bekleiden mögen, die Sie anzutreten im Begriffe sind." Im Moskauer Sowjet trat eine ähnliche Aenderung der Führerschaft ein.

Einer nach dem andern schlossen sich die Sowjets der Provinzen der bolschewistischen Richtung an. Der Tag nahte heran, auf den der zweite Allrussische Sowjetenkongress berufen war. Aber die führende Gruppe des Zentral-Exekutiv-Ausschusses strebte mit aller Gewalt eine Verschiebung des Kongresses auf unbestimmte Zeit an, um ihn im voraus zu vereiteln. Es lag auf der Hand, dass der neue Kongress unserer Partei die Mehrheit geben, das Erwachen des Zentral-Exekutiv-Ausschusses erneuern und die Fusionisten ihrer wichtigsten Stellung berauben würde. Daher hatte der Kampf um die Berufung des allrussischen Kongresses der Sowjets die höchste Bedeutung für uns.

Um diesem Umstand entgegenzuarbeiten, liessen die Menschewiki (Minimalisten) den Gedanken einer demokratischen Konferenz vom Stapel, denn sie bedurften dieses neuen Schrittes nicht nur gegen uns, sondern auch gegen Kerensky.

Der an der Spitze stehende Minister war indessen in eine Stellung vollständiger Unabhängigkeit und Verantwortungslosigkeit geraten. In der ersten Epoche der Revolution von dem Petrograder Sowjet ans Ruder gesetzt, war Kerensky ohne vorherigen Beschluss des Sowjets ins Ministerium eingetreten, wurde aber später von ihm bestätigt. Nach dem ersten Sowjetenkongress galten die sozialistischen Minister

als dem Zentral-Exekutiv-Ausschuss gegenüber verantwortlich. Die ihnen verbündeten Kadetten (Konstitutionaldemokraten) waren nur der Partei verantwortlich. Den Wünschen der Bourgeoisie entgegenzukommen, hatte der Zentral-Exekutiv-Ausschuss nach den Tagen des Juli die sozialistischen Minister ihrer Verantwortung den Sowjets gegenüber entbunden, um gleichsam eine revolutionäre Diktatur zu errichten. Es schadet nichts, dieses zu erwähnen, da dieselben Leute, die damals an der Errichtung einer Kliquendiktatur arbeiteten, uns jetzt unsere Klassendiktatur vorwerfen. Die Moskauer Konferenz, auf der sich gewerkschaftliche und demokratische Elemente die Wage hielten, hatte den Zweck, den Einfluss Kerenskys über Klassen und Parteien zu stärken, was aber nur scheinbar erreicht wurde. In Wirklichkeit entschleierte die Moskauer Konferenz Kerenskys bodenlose Ohnmacht, denn er war den gewerkschaftlichen Elementen und der bürgerlichen Demokratie fast in gleichem Masse entfremdet. Da aber Liberale und Konservative seine Ausfälle gegen die Demokratie mit Beifall begrüssten, und die Fusionisten ihm Ovationen brachten, als er die Konterrevolutionäre leise tadelte, gab er sich dem Eindruck hin, als geniesse er die Unterstützung beider Parteien und verfüge über grenzenlose Macht. Arbeitern und revolutionären Soldaten drohte er mit Blut und Eisen. Mit Kornilow fuhr seine Politik fort, noch weiter hinter den Kulissen zu schachern, was ihn sogar in fusionistischen Augen kompromittierte; er erging sich in den ihm so eigentümlichen ausweichend-diplomatischen Redensarten; Zeretelli sprach von persönlichen Bewegungen in der Politik und von der Notwendigkeit, ihnen zu steuern, was durch die demokratische Konferenz zu leisten sei, die willkürlicherweise aus Vertretern der Sowjets, Dumas, Semstwos, Kooperativen, Gewerkschaftsverbindungen usw. zusammengestellt werden

sollte. Die Hauptaufgabe war es aber, eine genügend konservative Besetzung der Konferenz zu erzielen, ein für allemal die Sowjets in die formenlose demokratische Masse aufgehen zu lassen und auf der neuen Organisationsbasis sich rüstig der steigenden bolschewistischen Flut zu widersetzen.

Hier erlaube ich mir in einigen Worten etwas einzufügen über den Unterschied zwischen der politischen Rolle der Sowjets und der der demokratischen Selbstverwaltungsorgane. Mehr als einmal machten uns die Philister darauf aufmerksam, dass die neuen Dumas und Semstvos, auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts erwählt, unvergleichlich demokratischer und zur Vertretung der Bevölkerung geeigneter seien als die Sowjets. Dieser formelle demokratische Prüfstein hat in einer revolutionären Zeit keinen ernsten Inhalt. Eine Revolution hat eigentliche Bedeutung nur in der Tatsache, dass sich in ihr das Urteil der Massen schnell verändert, dass neue und aberneue Bevölkerungsschichten ihre gestrigen Ansichten anziehen, durchleben und befestigen, um sie sofort wieder abzustreifen, neue anzunehmen, erprobte Führer verlassen und neuen im Vormarsch nachfolgen. In revolutionären Zeiten werden die der Form nach demokratischen Organisationen, die auf dem zu schwerfälligen Apparat des allgemeinen Stimmrechts beruhen, unvermeidlich durch die Entwicklung des politischen Bewusstseins der Massen überflügelt. Ganz anderer Art sind die Sowjets. Sie stützen sich unmittelbar auf organische Gruppierungen wie Werkstatt, Mühle, Fabrik, Wolost, Regiment, usw. Diese Körper können mit denselben gesetzlichen Garantien einer rechtmässigen Wahl umgeben werden, wie in den Wahlen für demokratische Dumas und Semstwos. Doch gibt es hier viel ernstere, tiefergehende Garantien einer direkten, unmittelbaren Beziehung zwischen Abgeordneten und Wählern. Ein Stadtduma- oder Semstwo-

mitglied steht über der formlosen Wählermasse, die sich einmal im Jahre zusammenfindet, um ihm ihre Rechte zu übertragen und dann auseinandergeht. Die Sowjetwähler bleiben ständig durch ihre Arbeits- und Daseinsbedingungen vereinigt, sie können ihm zu jeder Zeit ein Tadelsvotum übermitteln, ihn abrufen oder durch einen andern ersetzen. Fand im vorgehenden Revolutionsmonat die allgemeine politische Entwicklung ihren Ausdruck in der Tatsache der Verdrängung des fusionistischen Einflusses durch den entscheidenden Druck der Bolschewiki, so hatte dieser Hergang seine auffallendste und überzeugendste Wirkung in den Sowjets, während die Dumas und Semstwos, trotz allem formellen Demokratismus, das gestrige, nicht das heutige Stadium der Massen widerspiegelte. Hieraus erklärt sich die Annäherung an die Dumas und Semstwos seitens jener Parteien, die innerhalb der revolutionären Klasse mehr und mehr an Boden verloren. Wir werden derselben Frage bei unserer Betrachtung der Konstituante wieder begegnen.

Die demokratische Konferenz.

Die von Zeretelli und seinen Mitstreitern Mitte September berufene demokratische Konferenz war rein künstlicher Art, denn sie stellte eine Mischung aus Sowjets und Selbstverwaltungsorganen dar, die durch ihre Zahlenverhältnisse den Fusionistenparteien die Herrschaft zu gewähren schien. Der Hülflosigkeit und Verwirrung entsprungen, schloss die Konferenz mit einem kläglichen Fiasko. Die Berufsbourgeoisie behandelte die Konferenz mit der grössten Feindschaft, da sie in ihr einen Versuch witterte, die Bourgeoisie aus den von ihr auf der Moskauer Konferenz eroberten Stellungen zu vertreiben. Das revolutionäre Proletariat und die mit ihm verbundenen

Soldaten- und Bauernmassen verurteilten im voraus die betrügerische Ausflucht der Berufung der demokratischen Konferenz. Die nächstliegende Aufgabe der Fusionisten war die Aufstellung eines verantwortlichen Ministeriums, aber auch das gelang ihnen nicht. Kerensky wollte die Verantwortung weder annehmen noch zugeben, denn die Bourgeoisie, welche ihn unterstützte, wollte das nicht. Unverantwortlichkeit den sogenannten demokratischen Instanzen gegenüber hiess wirkliche Verantwortlichkeit den Kadetten und den alliierten Gesandtschaften gegenüber. Vorläufig begnügte sich die Bourgeoisie damit. In der Koalitionsfrage offenbarte die demokratische Konferenz ihre ganze Zahlungsunfähigkeit: die Stimmenzahl für eine Koalition mit der Bourgeoisie übertraf diejenige, welche dagegen abgegeben wurde; die Mehrheit war gegen eine Koalition mit den Kadetten. Nach Abzug der Kadetten gab es aber inmitten der Bourgeoisie keine ernstzunehmenden koalitionsfeindlichen Elemente. Dies wurde der Konferenz von Zeretelli ausführlich dargestellt. Wenn es die Konferenz nicht verstand, so lag das an ihr. Hinter dem Rücken der Konferenz wurden ohne viel Aufhebens Verhandlungen mit den von ihr verworfenen Kadetten gepflogen, und man beschloss, dass sich die Kadetten nicht als solche einstellen sollten, sondern als soziale Arbeiter. Rechts wie links dem Drucke weichend, konnte sich die bürgerliche Demokratie bei all dieser Macherei aufrecht erhalten und bewies so ihre vollständige politische Niederlage.

Von der demokratichen Konferenz war der Sowjet ausgeschlossen, den man mit Vertretern der Professionen zu ergänzen vornahm; dieses Vorparlament sollte die vor der Berufung der Konstituante einsetzende Lücke ausfüllen. Zeretelli's ursprünglichem Plan zuwider, aber in vollem Einklang mit den Absichten der Bourgeoisie, behielt das neue Koalitionsministerium

seine formelle Unabhängigkeit vom Vorparlament. Alles zusammen machte den Eindruck der kümmerlich ohnmächtigen Unterwürfigkeit des Büroschreibers, hinter welcher die vollständige Niederlage der kleinbürgerlichen Demokratie unter dem professionellen Liberalismus verborgen lag, der vor nur einem Monate Kornilow's Anschlag auf die Revolution unumwunden unterstützt hatte. Als Endergebnis hatte man also die Wiederherstellung und Festigung der Koalition mit der liberalen Bourgeoisie zu betrachten. Es bestand kein Zweifel mehr, dass, ungeachtet der Zusammensetzung der künftigen konstituierenden Versammlung, die eigentliche Regierungsgewalt von der Bourgeoisie geführt würde, da die Fusionsparteien, trotz alles ihnen vom Volke übertragenen Uebergewichts, beständig auf eine Koalition mit den Kadetten zurückkamen, weil sie es für unmöglich hielten, ohne die Bourgeoisie eine Staatsmacht zu errichten. Die Volksmassen verhielten sich Miljukow's Partei gegenüber äusserst feindlich. In allen in der Revolutionsperiode abgehaltenen Wahlen erlitten die Kadetten erbarmungslose Niederlagen, und doch übertrugen dieselben Parteien — Sozialrevolutionäre und Menschewiki — welche über die Kadetten in den Wahlen siegreich hervorgegangen waren — ihren Unterlegenen, den Kadetten, nach der Wahl den Ehrenplatz in der Koalitionsregierung. Freilich mussten die Massen nach und nach begreifen, dass die Fusionsparteien die Rolle von Interessenverwaltern der liberalen Bourgeoisie spielten.

Schwierigkeiten hinter und an der Front.

Indessen verwickelte und verschlimmerte sich die innere Lage immer mehr. Der Krieg dauerte immer noch zwecklos, sinnlos, aussichtslos an. Die Regierung tat keinen einzigen Schritt, sich aus dieser heiklen Lage zu befreien. Man kam auf den lächerlichen Gedanken, den Menschewisten Skobeleff nach Paris

zu schicken, um die alliierten Imperialisten zu beeinflussen. Aber keiner, der bei Trost war, mass dem Vorhaben irgend welche Bedeutung bei. Kornilow räumte den Deutschen Riga ein, um so der Oeffentlichkeit Furcht einzujagen und sich diese Stimmung zur Einführung einer Knutendisziplin im Heere zunutze zu machen. Petrograd war bedroht. Die bürgerlichen Elemente begrüssten die Gefahr mit schlecht verhüllter Schadenfreude. Rodsianko, früherer Vorsitzer der Duma, äusserte offen und wiederholt die Meinung, dass eine Uebergabe des verkommenen Petrograds an die Deutschen gar nicht so schlimm sei. Riga benutzte er als Beweis, denn da seien die Vertreterräte (Sowjets) nach dem Einzug der Deutschen abgeschafft und Ordnung und gute Zucht seien, nebst den Schutzleuten des alten Regiments, wieder da.

Musste man mit dem Verlust der baltischen Flotte rechnen? Die Flotte sei aber von revolutionärer Propaganda durchseucht, also wäre der Verlust kein unersetzlicher. In der zynischen Weltanschauung eines geschwätzigen Hofmannes lag der in den grossen bürgerlichen Kreisen verbreitete Gedanke verborgen, dass eine Uebergabe Petrograds an die Deutschen eigentlich keinen Verlust der Stadt bedeute. Der Friedensvertrag würde sie, wenn auch von den Deutschen verstümmelt, wieder aushändigen. Bis dahin hätte man schon die Revolution geköpft, und letztere könne man dann viel leichter bearbeiten. Die Kerensky'sche Regierung dachte gar nicht an eine Verteidigung der Stadt. Im Gegenteil, man bereitete die Oeffentlichkeit auf eine mögliche Räumung vor. Oeffentliche Anstalten wurden von Petrograd nach Moskau und anderen Städten verlegt.

Das war die allgemeine Lage als die Soldatenabteilung des Petrograder Sowjets ihre Sitzung hielt. Die Stimmung war die einer aufgeregten Spannung.

Konnte die Regierung Petrograd nicht verteidigen? Wo nicht, so sollte sie Friede machen. Und könne sie keinen Frieden geben, so solle sie überhaupt vom Schauplatz verschwinden. Das war der Beschluss, in dem sich die Meinung der Arbeiterabteilung ausdrückte. Schon blitzte das Wetterleuchten der Oktoberrevolution.

An der Front wurde die Lage mit jedem Tage unerträglicher. Der kalte, windige, regnerische Herbst war im Anzug. Ein vierter Winterfeldzug kam immer näher. Nahrungsmittel wurden täglich karger. Hinter der Front hatte man die Front vergessen. Hülfs- und Ablösungstruppen liessen auf sich warten; es fehlte auch die notdürftigste Winterkleidung. Desertionen wurden häufiger. Die alten, in der ersten Revolutionsperiode erwählten Heeresausschüsse blieben auf ihrem Posten und unterstützten Kerensky's Politik. Neuwahlen waren verboten. Ein Abgrund tat sich zwischen den Ausschüssen und den Soldatenmassen auf, der sich erweiterte bis endlich die Soldaten den Ausschüssen nur noch mit Abscheu begegneten. Von den Schützengräben mehrten sich die Absendungen von Vertretern nach Petrograd, die in den Sitzungen des Petrograder Sowjets offen die Frage stellten: "Was nun? Wie und durch wen soll der Krieg beendet werden? Warum schweigt der Petrograder Sowjet?"

Unvermeidlichkeit des Kampfes um die Herrschaft.

Das Schweigen des Petrograder Sowjets wurde gebrochen. Er verlangte in der Hauptstadt und auf dem flachen Lande die sofortige Uebergabe aller Macht in die Hände der Sowjets, sofortige Auslieferung des Grundbesitzes an die Bauern, Arbeiteraufsicht über

alle Manufakturerzeugung und sofortige Eröffnung der Friedensverhandlungen. So lange wir eine Oppositionspartei blieben, war die Losung: "Den Sowjets die Macht!" ein Propagandamittel. Aber da wir nunmehr in allen wichtigeren Sowjets die Mehrheit waren, legte uns diese Lösung die Pflicht auf, ein sofortiges Ringen um die Macht ins Werk zu setzen.

In den Dörfern hatte sich die Lage aufs äusserste verwickelt. Dem Bauer hatte die Revolution Ackerland versprochen, doch bestanden die führenden Parteien darauf, dass er dieses Land erst nach der Versammlung der Konstituante berühren dürfe. Zuerst warteten die Bauern geduldig, aber als ihnen die Geduld allmählich ausging, musste das Koalitionsministerium ihnen gegenüber zu Unterdrückungsmassregeln greifen. Indessen rückte die Konstituante in immer weitere Entfernung: die Bourgeoisie wollte sie sogar erst nach Friedensschluss einberufen. Die Bauernmassen verloren schliesslich alle Geduld. Was wir vom ersten Anfang der Revolution vorausgesagt hatten, wurde zur Wirklichkeit. Die Bauern ergriffen auf eigene Faust Besitz vom Lande. Unterdrückungsmassregeln vermehrten sich, man begann revolutionäre Ausschüsse zu verhaften. In einzelnen *Ujesds* (Kreisen, Einteilungen russischer Gouvernements) führte Kerensky Belagerungszustand ein. Lange Fäden von Delegaten zu Fuss zogen sich von den Dörfern nach dem Petrograder Sowjet. Sie beschwerten sich über Verhaftungen, die an ihnen vorgenommen wurden, weil sie das Programm des Petrograder Sowjets hatten ausführen wollen und das Land der Grossgrundbesitzer den Händen der Bauernausschüsse anvertrauen wollten. Die Bauern verlangten in unseren Schutz genommen zu werden. Wir antworteten, wir könnten das nur tun, wenn alle Macht in unseren Händen liege. Daraus folgte es jedoch, dass die Sowjets die Macht wirklich ergreifen mussten, wenn sie nicht zu sinnlosen

schönrednerischen Körperschaften hinabsinken wollten.

"Es hat keinen Sinn," sagten uns unsere Nachbarn zur Rechten, "sechs oder acht Wochen vor der Konstituante auf Macht für die Sowjets zu bestehen." Dieser Ehrfurchtskultus vor der konstituierenden Versammlung hatte uns aber keineswegs angesteckt. Erstens gab es keine Gewähr, dass sie wirklich einberufen würde. Die Auflösung des Heeres, Massendesertionen, der Zusammenbruch der Proviantierung, die agrarische Revolution — die ganze Sachlage war der Abhaltung von Wahlen für die konstituierende Versammlung äusserst ungünstig. Und die bevorstehende Aufgebung Petrograds an die Deutschen drohte Wahlfragen überhaupt von der Tagesordnung zu verdrängen. Ausserdem würde selbst eine nach den alten Einschreibungen vorgenommene, von den führenden Parteien geleitete Wahl, nur eine Hülle und einen Heiligenschein für die Macht der Koalition bedeuten. Ohne die Bourgeoisie konnten weder Sozialrevolutionäre noch Menschewiki die Macht auf sich nehmen. Nur die revolutionäre Klasse konnte den unheilvollen Kreis sprengen, in welchem sich die Revolution bewegte und zugrunde richtete. Die Gewalt musste jenen Elementen, die der Bourgeoisie mittelbar oder unmittelbar dienstlich waren, entrissen werden, denn ihnen war die Staatsgewalt nur ein Mittel, die revolutionären Forderungen des Volkes zu entkräften.

Der Kampf um das Zustandekommen des Sowjeten-Kongresses.

Die Gewalt den Sowjets! — das war die Losung unserer Partei. In die Parteisprache übersetzt, hatte das in der vorhergehenden Periode die Vorherrschaft

der Sozialrevolutionäre und Menschewiki bedeutet, im Gegensatz zu einer Koalition mit der liberalen Bourgeoisie. Jetzt, im Oktober 1917, verlangte derselbe Schlachtruf die Auslieferung aller Macht an das revolutionäre Proletariat, an dessen Spitze nunmehr die Bolschewiki standen. Die Frage der Diktatur der Arbeiterklasse war es, welche die viele Millionen zählende Masse der ärmsten Bauern anspornte, oder richtiger, anspornen konnte. Das war die historische Wichtigkeit der Oktobererhebung.

Alles zog die Partei auf diesen Pfad. Seit den ersten Tagen der Revolution predigten wir von der Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit einer Uebertragung der Macht an die Sowjets. Nach ernstem innerem Kampfe machte die Mehrheit der Sowjets diese Forderung zu der ihrigen: unser Standpunkt hatte ihnen eingeleuchtet. Wir machten uns an die Vorarbeiten des zweiten allrussischen Sowjetenkongresses, auf dem wir einen endgültigen Sieg unserer Partei erwarteten. Auf Dan's Veranlassung reiste der vorsichtige Tschcheidse nach dem Kaukasus ab und widersetzte sich im voraus auf jede Art der Berufung des Sowjetenkongresses durch den Zentral-Exekutiv-Ausschuss. Nach grossen, von der Sowjetfraktion der demokratischen Konferenz unterstützten Anstrengungen, gelang uns die Anberaumung des Kongresstages auf den 5. Oktober. Dieser Tag sollte später Russlands grösster Ehrentag werden. Als Vorbereitung liessen wir in Petrograd einen Sowjetenkongress der nördlichen Landesteile (mit Einschluss der baltischen Flotte und Moskaus) zusammentreten. Auf diesem Kongress hatten wir eine tüchtige Mehrheit, sicherten uns auf der Rechten eine gewisse Deckung in den Sozialrevolutionären der Linken und errichteten wichtige organisatorische Grundpfeiler zur Erhebung vom Oktober.

Der Kampf um die Petrograder Besatzung.

Schon vor dem Zusammentreten des nördlichen Sowjetenkongresses geschah etwas, was für den bevorstehenden politischen Kampf grosse Wichtigkeit hatte. Anfang Oktober sprach der Sowjetsvertreter beim Stab des Petrograder Militärkreises, in einer Sitzung des Petrograder Exekutiv-Ausschusses, vor und verlangte die Versetzung von zwei Dritteln der Petrograder Garnison nach der Front. Als Grund wurde die Notwendigkeit der Verteidigung Petrograds angegeben. Zwar sollten sie nicht sofort nach der Front abgehen, doch müssten schon jetzt Vorbereitungen getroffen werden. Der Stab schlug vor, dass der Sowjet diesen Plan genehmige. Wir hüteten uns aber. Ende August waren fünf Regimenter ganz oder teilweise aus Petrograd entfernt worden, was auf Verlangen des damaligen Oberbefehlshabers Kornilow geschehen war. Dieser war damals nämlich im Begriff, eine kaukasische Division gegen Petrograd zu werfen, um eine endgültige Abrechnung mit der revolutionären Hauptstadt zu erzielen. Wir waren schon in Sachen der rein politischen, aber unter dem Vorwande kriegerischer Operationen vorgenommenen Truppenverlegungen ziemlich bewandert. Um hier etwas vorzugreifen, erwähne ich, dass nach der Oktoberrevolution ans Tageslicht gelangende Dokumente keinen Zweifel darüber mehr zuliessen, dass die vorgeschlagene Entfernung der Petrograder Garnison aber auch gar nichts mit militärischen Absichten zu tun hatte, sondern dem Oberbefehlshaber Duchonin gegen seinen Willen von keinem andern als Kerensky aufgezwungen wurde, welcher die Hauptstadt von den revolutionärsten, d. h., den ihm feindlichst gesinnten Soldaten säubern wollte. Aber damals (Anfang Oktober) entfesselten unsere Bedenken zuerst einen Sturm patriotischer Entrüstung. Die Stabsleute drängten, Kerensky hatte keine

Geduld; der Boden war ihm zu heiss geworden. Wir dagegen verzögerten die Antwort. Die Gefahr war zweifellos vorhanden und die Frage der Verteidigung Petrograds stellte sich uns in ihrer furchterregenden Grösse entgegen. Aber nach der Erfahrung mit Kornilow, nach den Worten Rodsiankos konnten wir nicht zulassen, dass Petrograd als Strafe für seine revolutionäre Gesinnung böswillig den Deutschen preisgegeben würde. Der Exekutiv-Ausschuss weigerte sich, blindlings einen Versetzungsbefehl für Zweidrittel der Garnison zu unterzeichnen. Wir erklärten es für notwendig, erst zu bestimmen, ob dieser Befehl tatsächlich militärischen Rücksichten entspringe und besondere Organe zu dieser Bestätigung zu schaffen. Also entstand der Gedanke einer neuen, neben der Soldatenabteilung des Sowjets (der politischen Garnisonsvertretung) arbeitenden, rein militärischen Organisation, welche später wuchtigen Einfluss ausübte und sich zum eigentlichen Hebel der Oktoberrevolution entwickelte. Zweifellos waren wir schon in jenen Tagen, da wir eine Organisation ins Leben riefen, in deren Hände alle Fäden zusammenlaufen sollten, die sich mit dem Ausbau der Petrograder Garnison als rein militärischer Angelegenheit befassten, uns wohl bewusst, dass sich diese Organisation zu einem unschätzbaren revolutionären Werkzeug herausbilden könnte. Schon damals war unser Kurs auf die Erhebung, deren Vorbereitung wir jetzt planmässig betrieben, gerichtet.

Wie gesagt, war der allrussische Sowjetenkongress auf den 5. Oktober anberaumt. Es war keinem Zweifel mehr unterworfen, dass der Kongress sich für die alleinige Macht der Sowjets erklären würde. Ein solcher Beschluss musste aber auch sofort in Wirkung treten, sonst bliebe er eine rein platonische Aeusserung. Die Logik der Geschehnisse liess darauf folgern, dass wir die Erhebung für den 25. Oktober inszeniert hatten: das war nämlich die Auslegung der ganzen bür-

gerlichen Presse. Aber der Ausgang des Kongresses hing in erster Linie von der Petrograder Garnison ab: würde sie Kerensky die Gelegenheit geben, den Sowjetenkongress mit der Hülfe einiger Hunderte oder Tausende von Militärzöglingen, Junkern und käuflichem Pöbel zu umzingeln und auseinanderzujagen? War der blosse Versuch einer Entfernung der Garnison nicht schon Beweis genug, dass die Regierung sich anschickte, den Sowjetenkongress nach Hause zu jagen? Es wäre in der Tat erstaunend gewesen, wenn sie dieses nicht beabsichtigte, da es dem ganzen Lande klar sein musste, dass wir die Sowjetkräfte mobil machten, um den Koalitionselementen den Garaus zu machen.

Der Kampf zu Petrograd entspann ich also in der Form der Frage über die Verfügung der Garnison. In erster Linie waren alle Soldaten lebhaft davon berührt. Aber auch die Arbeiter hatten das lebhafteste Interesse an diesem Kampfe, fürchteten sie doch, nach der Entfernung der Garnison durch Kadetten und Kosacken erstickt zu werden. Das Ringen nahm also äusserst ausgesprochene Formen an und entwickelte sich auf für Kerensky möglichst nachteilhaften Voraussetzungen.

Daneben entwickelte sich der obenerwähnte Kampf um die Berufung des allrussischen Sowjetenkongresses, zu dem wir offen im Namen des Petrograder Sowjets und des nördlichen Sowjetenkongresses erklärten, dass der zweite Sowjetenkongress Kerensky's Regierung beseitigen und als der wirkliche Lenker der Geschicke Russlands hervortreten müsse. In der Tat hatte die Erhebung schon eingesetzt. Sie entfaltete sich offenkundig vor den Augen des ganzen Landes.

Im Oktober spielte die Frage der Erhebung im inneren Leben unserer Partei eine wichtige Rolle. Lenin,

der sich in Finnland versteckt hielt, bestand in zahlreichen Briefen auf entschlossenerer Taktik. Die niederen Schichten gährten und die Unzufriedenheit häufte sich, weil die bolschewistische Partei, welche sich im Petrograder Sowjet als die Mehrheit herausgestellt hatte, es vernachlässigte, die praktischen Schlüsse aus ihren eigenen Losungen zu ziehen. Am 10. Oktober fand, im Beisein von Lenin, eine verschwörungsartige Sitzung des Zentral-Ausschusses unserer Partei statt. Die Frage der Erhebung stand auf der Tagesordnung. Mit allen gegen zwei Stimmen einigte man sich auf bewaffnete Empörung als das einzige Mittel, die Revolution zu retten und das Land vor dem Zerfall zu bewahren. Das sofortige Ergebnis würde die Uebertragung der Macht an die Sowjets sein.

Der demokratische Sowjet und das Vorparlament.

Der von der demokratischen Konferenz losgetrennte demokratische Sowjet hatte die ganze Hülflosigkeit der Konferenz als Erbschaft übernommen. Die alten Sowjetparteien — Sozialrevolutionäre und Menschewiki — hatten sich darin eine künstlich erzeugte Mehrheit erschaffen, um ihre politische Impotenz desto auffallender zur Schau zu tragen. Hinter den Kulissen des Sowjets führte Zeretelli verwickelte Unterhandlungen mit Kerensky und mit den Vertretern der "professionellen Elemente", wie diese Leute nun in den Sowjets hiessen, um den "beleidigenden" Ausdruck — "die Bourgeoisie", zu vermeiden.

Zeretelli's Bericht über Lauf und Ausgang der Einschreibungen gestaltete sich zu einer Art Trauerrede über eine ganze Epoche der Revolution. Es entpuppte sich, dass weder Kerensky noch die professio-

nellen Elemente sich der Verantwortung gegenüber der neuen halbrepräsentativen Einrichtung angenommen hatten. Im Gegenteil war es ihnen nicht gelungen, ausserhalb der Kadettenpartei sogenannte "tüchtige", zu sozialer Arbeit geeignete Kräfte zu finden. Die Leiter des Unternehmens mussten sich in beiden Stücken ergeben. Ihre Niederlage machte einen umso gewaltigeren Eindruck, als man die demokratische Konferenz ausgerechnet zu dem Zweck berufen hatte, das verantwortungslose Regiment zu beseitigen; indessen verwarf die Konferenz in aller Form durch Abstimmung eine Koalition mit den Kadetten. Vor der Revolution stattgehabte Sitzungen des demokratischen Sowjets zeugten von äusserst gespannter Stimmung und gänzlich fehlender Tatkraft. Nicht den Vormarsch der Revolution, sondern die Auflösung der von der Revolution überflügelten Parteien, spiegelte der Sowjet wieder.

Schon vor der demokratischen Konferenz hatte ich in der Parteifraktion die Frage eines demonstrativen Austritts aus der Konferenz und eines Boykotts des Sowjets erhoben. Den Massen musste durch eigene Anschauung vor Augen geführt werden, dass die Fusionisten die Revolution in eine Sackgasse geführt hatten. Der Kampf um die Erweiterung der Sowjetenmacht konnte nur in revolutionärer Weise geführt werden. Wir mussten denjenigen, die sich als unfähig erwiesen hatten, Gutes zu stiften, und sogar die Kraft verloren, schädlich zu wirken, die Macht aus den Händen reissen. Durch ein künstlich zusammengewürfeltes Vorparlament und eine erdichtete Konstituante suchten sie sich über Wasser zu halten. Dem mussten wir mit unserer Methode der Mobilmachung aller Kräfte um den Mittelpunkt der Sowjets, mit dem allrussischen Sowjetenkongress, mit Aufruhr und Empörung, entgegenarbeiten. Dazu gehörte ein offener, vor den Augen des ganzen Volkes vollzogener Bruch mit

der ganzen von Zeretelli nebst Anhang geschaffenen Einrichtung und eine Zuspitzung der ganzen geistigen und sittlichen Kräfte der Arbeiterklasse auf die Einrichtung der Sowjets. Das war der Grund meines Vorschlags einer Zurückziehung von der Konferenz und einer revolutionären Agitation in Werkstätten und bei den Fahnen, als Kundgebung gegen den Versuch, die Revolution hinters Licht zu führen und ihre Entwicklung wieder ins alte Bett einer Mitwirkung mit der Bourgeoisie zu leiten. Lenin, dessen Brief wir einige Tage später erhielten, drückte sich ähnlich aus. Aber in den oberen Schichten der Partei schwankte man noch inbezug auf diese Frage. Die Julitage hatten im Bewusstsein der Partei einen tiefen Eindruck hinterlassen. Die Massen der Arbeiter und Soldaten hatten sich viel schneller von der Juliniederlage erholt als viele der führenden Genossen, welche eine Entgleisung der Revolution als Folge einer vorzeitigen Wallung der Massen befürchteten. In der Fraktion der demokratischen Konferenz musterte ich 50 Stimmen für meinen Antrag, gegen 70, die für Beteiligung am demokratischen Sowjet waren. Die Erfahrungen dieser Beteiligung hatten aber eine Stärkung des linken Flügels der Partei zur Folge. Es war ja zu klar geworden, dass an Betrug grenzende Kombinationen, welche den professionellen Elementen unter Mitwirkung der Fusionisten auch die weitere Führung der Revolution anvertrauen wollten, die ihr Ansehen unter den niederen Schichten verloren hatten, nicht aus der Sackgasse retten konnten, in die die Schlaffheit der bürgerlichen Demokratie die Revolution verleitet hatte. Bis sich der von professionellen Elementen durchsetzte demokratische Sowjet in ein Vorparlament verwandelte, war in unserer Partei der Entschluss schon gereift, mit dieser Einrichtung zu brechen.

Sozialrevolutionäre und Menschewiki.

Es fragte sich nun, ob die linksten der Sozialrevolutionäre uns auf diesem Pfade folgen würden. Die Gruppe war im Werden begriffen, aber der Prozess vollzog sich, nach unserem Parteimass gemessen, zu langsam und zu unentschlossen. Zu Anfang der Revolution waren die Sozialrevolutionäre auf dem ganzen politischen Gebiet die vorherrschende Partei. Bauern, Soldaten, sogar die grosse Masse der Arbeiter stimmten für die Sozialrevolutionäre. Die Partei selbst hatte nichts derartiges erwartet und schien mehr als einmal in den Fluten des eigenen Erfolges untergehen zu sollen. Von den rein kapitalistischen und landbesitzenden Gruppen und von den professionellen Elementen unter den Intellektuellen abgesehen, stimmten alle für die revolutionäre Volkspartei, was beim Anfangsstadium der Revolution nicht anders zu erwarten war, wo klassenbewusste Elemente sich noch nicht geltend machten, wo das Bestreben nach einer ungebrochenen revolutionären Front in dem zerstreuten Programm einer Partei zum Ausdruck kam, welche den Arbeiter, der einen Bruch mit dem Bauer fürchtete, den nach Land lechzenden Bauer, den beide nasführenden Intellektuellen und den mit der neuen Aera noch nicht befreundeten Tschinownik mit gleicher Bereitwilligkeit aufnahm.

Als der unter dem Zarismus als Arbeiterparteiler (Laborite) bekannte Kerensky nach dem Siege der Revolution sich der sozialrevolutionären Partei anschloss, wuchs die Beliebtheit dieser Partei mit dem ansteigenden Ansehen Kerenskys. Oberste und Generale liessen sich — nicht nur aus platonischer Achtung vor dem Kriegsminister — in die bisherige Terroristenpartei einschreiben. Auch gab es alte Sozialrevolutionäre, die erst im März, als die Revolution schon das alte Regiment gestürzt hatte, die Regungen

der revolutionären Volksseele in der Brust spürten. In ihren verschwommenen Grenzen beherbergte diese Gruppe nicht nur die inneren Widersprüche der heranwachsenden Revolution, sondern auch die Vorurteile der rückständigen Bauernmassen und die Gefühlsduselei, die Unbeständigkeit und das Karrieremachen der gebildeten Schichten. Es lag auf der Hand, dass die Partei in ihrer damaligen Beschaffenheit kein langes Dasein fristen konnte. An geistigem Gehalt gebrach es ihr von Anfang an vollständig.

In politischer Hinsicht war die massgebende Rolle in den Händen von Menschewiki, die durch die Marx-'sche Schule gegangen waren und ihr gewisse Arbeitsmethoden und Gewohnheiten entlehnt hatten, die ihnen bei einer Orientierung in der politischen Lage insoweit behülflich waren, als sie damit eine wissenschaftliche Fälschung des sich abspielenden Klassenkampfes vornehmen und der Bourgeoisie die unter den Umständen grösstmögliche Hegemonie verschaffen konnte. Aus diesem Grunde gerieten die den Machtwillen der Bourgeoisie direkt befürwortenden Menschewiki bald in einen Zustand der Erschöpfung, der sie bis zur Oktoberrevolution fast vernichtet hatte.

Die Sozialrevolutionäre verloren allmählich auch an Ansehen, zunächst bei den Arbeitern, dann im Heere, und zuletzt auch in den Dörfern. Aber am Vorabend der Oktobererhebung waren sie an Zahl immer noch eine bedeutende Partei. Aber innere Widersprüche zerstörten ihr den Grund unter ihren Füssen. Dem rechten Flügel gegenüber, der sich in seinen chauvinistischsten Elementen — Awksentjeff, Breschko-Breschkowskaja, Sawinkow, usw. — zu den Konterrevolutionären geschlagen hatte, bildete sich nun ein linker Flügel, der seine Berührung mit den arbeitenden Massen beizubehalten wünschte. Von der Tatsache abgesehen, dass der sozialrevolutionäre Awksent-

jeff als Minister des Innern die aus Sozialrevolutionären bestehenden bäuerlichen Landausschüsse wegen eigenwillig vorgenommener Lösung der Agrarfrage verhaften liess, wird sich uns der Meinungs-"Unterschied" innerhalb dieser Partei ziemlich offensichtlich darstellen.

In ihrem Zentrum stand der bewährte Parteiführer Tschernow. Ein erfahrener, in der sozialistischen Literatur bewanderter, im Fraktionskampfe geriebener Schriftsteller, hatte er ohne Unterbrechung seine Stellung an der Spitze der Partei beibehalten, als sich das Parteileben unter Auswanderern in fremden Ländern aufbaute. Die Revolution, die mit wahlloser Heftigkeit die Sozialrevolutionäre zu ungewohnten Höhen emporgeschnellt hatte, verherrlichte dadurch auch Tschernow, aber nur, um ihn auch unter den Reihen der politischen Führer der ersten Phase in seiner ganzen Erbärmlichkeit blosszustellen. Die geringen Talente, die in der ausländischen Volksbewegung Tschernow ein gewisses Ansehen verschafften, wogen in den Wagschalen der Revolution sehr wenig. Alle Anstrengungen richtete er in allen entscheidenden Fragen auf das Vermeiden jeder entschlossenen Handlung: seine Politik war die des Abwartens und Zurückhaltens. Eine Zeit lang verschaffte ihm diese Taktik eine Mittelstellung zwischen den immer weiter auseinandergehenden Flügeln. Aber auf lange konnte die Parteieinigkeit nicht gerettet werden. Der frühere Terrorist schloss sich der Kornilow'schen Verschwörung an, befand sich in rührender Uebereinstimmung mit den konterrevolutionären Kreisen der Kosackenoffiziere und traf Anstalten zum Zersprengen der Petrograder Arbeiter und Soldaten, unter denen sich noch recht zahlreiche Sozialrevolutionäre der Linken befanden. Dem linken Flügel brachte das Zentrum das Opfer, Sawinkow aus der Partei auszustossen, schreckte aber davor zurück, gegen Kerensky vorzu-

gehen. Im Vorparlament trug die Partei alle Anzeichen einer vorgeschrittenen Zersetzung, aber keine Gruppe war sich ihres eigenen Wollens bewusst. Die anerkannte Vorherrschaft dieser Partei in der Konstituante hätte nur die Fortdauer des politischen Bankrotts bedeutet.

Rücktritt aus dem Vorparlament. Stimmen der Front.

Ehe wir als Mitglieder des Vorparlaments zurücktraten, wo wir nach Kerenskys und Zeretellis politischer Statistik auf etwa 50 Sitze Anspruch hatten, verabredeten wir eine Konferenz mit der Linken der Sozialrevolutionäre. Sie weigerten sich, unserem Rücktritt Folge zu leisten, indem sie behaupteten, der Bauernschaft die Machtlosigkeit des Vorparlaments noch nicht bewiesen zu haben. In den Worten eines sozialrevolutionären Führers: "Wir halten es als unsere Pflicht, Sie zu warnen, dass wir Ihnen nicht folgen werden, wenn Sie das Vorparlament verlassen, um eine sofortige Strassenrauferei anzustiften." Die bürgerlich-fusionistische Presse warf uns die Absicht vor, das Vorparlament im Keim ersticken zu wollen, um so eine revolutionäre Lage zu schaffen. In unserer Fraktionssitzung im Vorparlament beschlossen wir, auf eigene Faust vorzugehen und nicht auf die Sozialrevolutionäre der Linken zu warten. Die vom Podium des Vorparlaments erlassene Erklärung unserer Partei, die unseren Bruch mit dieser Körperschaft begründete, begrüsste man mit einem Gebrüll von Hass und Ohnmacht aus den Mehrheitsgruppen. Im Petrograder Vertretersowjet, wo unser Austritt aus dem Vorparlament mit überwältigender Mehrheit gutgeheissen wurde, erklärte uns Martow, der Anführer der winzigen "internationalen" Menschewikigruppe,

dass unser Austritt aus der jeweiligen Gesetzgebung des Landes nur dann einen Sinn hätte, wenn wir sofort zu einer offenen Offensive übergingen. Gerade das hatten wir aber vor. Unsere im Interesse der liberalen Bourgeoisie handelnden Verfolger hatten recht, indem sie uns des Schaffens einer revolutionären Lage beschuldigten. In offener Empörung und unmittelbarer Machtergreifung erkannten wir den einzigen Ausweg aus dieser Lage.

Wie in den Julitagen, so machten auch die Presse und alle andern Organe der sogenannten öffentlichen Meinung gegen uns mobil. Aus den Julitagen übernahm man die giftigsten Waffen, die nach den Kornilowstunden weggelegt worden waren. Vergebene Mühe! Die Massen näherten sich uns mit jedem Tage umso unaufhaltsamer und ihre Aufregung verschärfte sich beständig. Von den Schützengräben setzten sich die Vertretungen fort. "Wie lange," so lautete immer in den Petrograder Sowjetsitzungen ihre Frage, "soll diese unmögliche Situation noch währen?" "Die Soldaten lassen Ihnen durch uns erklären: Sind bis zum 1. November keine entscheidenden Schritte zum Frieden geschehen, so stehen die Gräben leer; die ganze Armee begibt sich nach Hause." Ein derartiger Entschluss hatte sich auch wirklich der Soldaten bemächtigt. Schlichte, ungekünstelte Proklamationen liefen von einer Abteilung zur andern, welche aufforderten, beim ersten Schnee die Gräben zu verlassen. "Ihr habt uns vergessen!" riefen die Gräbenvertreter in den Sowjetsitzungen. "Wenn ihr keine Lösung dieser Frage finden könnt, so kommen wir selbst, alle unsere Feinde, euch eingeschlossen, mit unseren Bajonetten zu zerstreuen!" In einigen Wochen richtete sich die Aufmerksamkeit des ganzen Heeres auf den Petrograder Sowjet. Von der Aenderung seiner leitenden Gedanken und der Neuwahl seines Vorsitzes hatten die erschöpften und niedergeschlagenen Truppen an

der Front die Ermittelung einer im Sinne der bolschewistischen Vorschläge gehaltenen Lösung erhofft: nämlich, die Veröffentlichung der geheimen Verträge und die Anbietung eines Waffenstillstandes auf allen Fronten. "Ihr sagt, alle Gewalt müsse an die Sowjets übergehen — so nehmt sie doch! Ihr fürchtet, ihr möchtet von der Front nicht unterstützt werden? Solche Befürchtungen sind grundlos; die Soldatenmassen stehen euch in überwältigender Mehrheit zur Seite."

Indessen tobte noch der Kampf um die Versetzung der Garnison. Fast täglich trat eine Konferenz der Fahnen-, Regiments- oder Abteilungsausschüsse zusammen. Der Einfluss unserer Partei hatte sich in der Garnison endgültig und unverbrüchlich festgesetzt. Der Petrograder Kreisstab befand sich in äusserster Verlegenheit. Bald versuchte er, Beziehungen zu uns anzuknüpfen, bald drohte er uns, von den Führern des Zentral-Exekutiv-Ausschusses angetrieben, mit Repressalien.

Kommissare des soldatischen Revolutions-Ausschusses

Oben erwähnten wir schon die Organisierung eines soldatischen Revolutionsausschusses im Petrograder Sowjet, dessen Grundgedanke es war, als Sowjetstab der Petrograder Garnison gegen Kerenskys Stab aufzutreten. "Das Vorhandensein zweier Stäbe ist aber unzulässig," ermahnten uns dogmatisch die Vertreter der Fusionsparteien. "Ist es aber zulässig," versetzten wir, "dass die Garnison dem amtlichen Stabe nicht trauen darf, und von ihm eine aus konterrevolutionären Rücksichten vorgenommene Versetzung der Petrograder Besatzung befürchten muss?" Von der Rechten kam die Antwort: "Die Bildung eines zweiten

Stabs heisst Empörung. Ihr militärrevolutionärer Ausschuss wird sich eher mit der Ausführung einer Erhebung gegen die jetzige Regierung befassen, als mit der Konstatierung der Operationspläne und Befehle der militärischen Behörden." Dieser Einwand war zutreffend. Aber gerade darum erschreckte er Niemanden. Eine überwältigende Mehrheit des Sowjets erkannte die Beseitigung der Koalitionsherrschaft für notwendig an. Je umständlicheren Beweis die Menschewiki und Sozialrevolutionäre lieferten, dass der militärrevolutionäre Ausschuss sich unvermeidlich zum Hebel eines Aufruhrs herausbilden würde, desto eifriger unterstützte der Petrograder Sowjet die neue Kampfesorganisation.

Zunächst ernannte der militärrevolutionäre Ausschuss Vertreter bei allen Teilen der Petrograder Garnison und bei allen wichtigeren Anstalten der Residenz und ihrer Umgebungen. Von verschiedenen Seiten wurde uns mitgeteilt, dass die Regierung — richtiger: die Regierungspartei — rüstig an der Organisierung und Bewaffnung ihrer Kräfte arbeitete. Von verschiedenen staatlichen wie privaten Waffenlagern wurden Büchsen, Revolver, Maschinengewehre ans Licht gezogen, um Kadetten, Studenten, wie überhaupt die bürgerliche Jugend zu bewaffnen. Sofortige Vorbeugungsmassregeln waren nun zu treffen. Bei Waffenlagern und Waffendepots wurden Vertreter ernannt. Ohne nennenswerten Widerstand waren sie bald die Meister der Lage. Zwar wollten die Kommandanten und Besitzer der Lager sie nicht anerkennen, aber das blosse Heranziehen des Soldaten- oder Arbeiterausschusses der betreffenden Anstalt genügte schon, jede Verweigerung im Keim zu ersticken. Es wurden nunmehr auf Befehl der von uns ernannten Vertreter Waffen abgegeben.

Schon vorher hatten die Regimenter der Petrograder Garnison ihre Vertreter gehabt, aber diese

waren von dem Zentral-Exekutiv-Ausschuss ernannt. Wir erwähnten oben, dass die fusionistischen Parteien nach dem Sowjetenkongress im Juni, hauptsächlich aber nach der Kundgebung vom 18. Juni, welche die im fortwährenden Steigen begriffene Macht der Bolschewiki an den Tag legte, den Petrograder Sowjet eines jeden wirklichen Einflusses auf den Lauf der Dinge in der Hauptstadt der Revolution beraubt hatten. Die Führung der Petrograder Garnison lag letzten Endes in den Händen des Zentral-Exekutiv-Ausschusses. Die gegenwärtige Aufgabe war die durchgängige Einsetzung der Vertreter des Petrograder Sowjets. Diese wurde nur durch die energischste Mitwirkung der Massen der Soldaten zur Wirklichkeit. Versammlungen, welche von Rednern der verschiedenen Parteien bearbeitet wurden, hatten immer den Ausgang, dass ein Regiment nach dem andern die Erklärung ablegte, es würde einzig und allein die Vertreter des Petrograder Sowjets anerkennen, und nicht von der Stelle weichen, ohne seinen Beschluss abzuwarten.

Eine einflussreiche Rolle in der Ernennung dieser Vertreter wurde von der bolschewistischen militärischen Organisation gespielt. Vor den Julitagen hatte sie eine ausgedehnte Agitationstätigkeit entfaltet. Am 5. Juli erstürmte ein Fahrradbataillon, das von Kerensky nach Petrograd verlegt wurde, das alleinstehende Kschessinskische Haus, in dem die Militärorganisation unserer Partei einquartiert war. Die meisten ihrer Führer, nebst vielen Privatleuten, wurden verhaftet, die Herausgabe von Drucksachen eingestellt, die Druckerei zerstört. Nur allmählich konnte diese Körperschaft ihren Mechanismus wieder in Gang bringen, wozu diesmal verschwörerische Mittel benutzt wurden. Der Zahl nach schlossen ihre Reihen nur einen unbedeutenden Teil der Petrograder Garnison ein — im ganzen einige hundert Mann. Es

waren aber darunter viele Soldaten und junge Offiziere, meistens Fähnriche, die entschlossenen Mutes und der Revolution mit ganzer Seele ergeben waren, und die im Juli und August in Kerensky's Kerkern geweilt hatten. Alle hatten sich zur Verfügung des militärrevolutionären Ausschusses gestellt und wurden an die verantwortlichsten Gefechtsposten verteilt.

Es ist vielleicht nicht überflüssig, zu erwähnen, dass es gerade die Mitglieder der militärischen Organisation unserer Partei waren, die im Oktober sich der Frage einer sofortigen Empörung gegenüber mit ausserordentlicher Vorsicht und sogar mit einigem Skeptizismus verhielten. Die heimliche Beschaffenheit der Organisation, sowie deren amtlich militärischer Charakter liessen ihre Führer die rein technischen und Organisationshülfsquellen der Empörung unterschätzen und in dieser Hinsicht waren wir auch schwach. Unsere Kraft war in der steigenden revolutionären Gemütsverfassung der Massen und ihrem Bereitsein, unter unseren Fahnen zu kämpfen.

Das Steigen der Flut.

Neben der organisatorischen Tätigkeit lief eine stürmische Agitation. Es war die Zeit der fortwährenden Versammlungen in Fabriken, im Modernen Zirkus, im Tschiniselli Zirkus, in den Kasernen. Bei allen Versammlungen war die Luft wie mit Elektrizität geladen. Mit Beifallsstürmen und Freudenrufen wurde jede Andeutung auf die Erhebung begrüsst. Die bürgerliche Presse verschärfte nur den allgemeinen Panikzustand. Ein von mir unterzeichneter Befehl an die Sestroretzker Munitionsfabrik, 5000 Gewehre an die rote Garde auszuliefern, rief in bürgerlichen Kreisen unbeschreibliche Panik hervor. Ueberall sprach und schrieb man von dem von uns beabsichtig-

ten allgemeinen Morden. Freilich lieferten die Arbeiter der Sestroretzker Munitionsfabrik dessenungeachtet der roten Garde die verlangten Gewehre. Je toller die Verleumdungen und Verhetzungen der bürgerlichen Presse gegen uns wüteten, desto zahlreicher und begeisterter strömten die Massen zu uns herbei. Beiden Seiten war es einleuchtend, dass in wenigen Tagen die Krise erreicht werden würde. Die sozialrevolutionäre und menschewistische Presse stiess den Mahnruf aus: "Die Revolution ist in der grössten Gefahr. Eine Wiederholung der Julitage wird vorbereitet — aber auf viel breiterem Boden und mit so verhängnisvolleren Nachwehen!" In seiner "Nowaja Shisn" (Neues Leben) beweinte Gorki täglich das herannahende Ende der Zivilisation. Durchweg verwischte sich der sozialistische Anstrich der Bürgerlich-Gebildeten mit unheimlicher Schnelligkeit beim Anzuge der ernsten Zeit der Arbeiterdiktatur. Dagegen begrüssten sogar die Soldaten der rückständigsten Regimenter die Vertreter des militär-revolutionären Ausschusses mit Begeisterung. Von Kosackentruppenteilen, wie auch von der sozialistischen Minderheit der Militärzöglinge, kamen Delegaten zu uns. Die versprachen, bei etwaigen Zusammenstössen wenigstens die Neutralität ihrer Truppenteile zu bewirken. Offenbar schwebte Kerensky's Regierung nur noch in der Luft.

Vom Kreisstab wurden Verhandlungen mit uns eröffnet und uns ein Ausgleich vorgeschlagen. Um die Widerstandskraft des Feindes voll einschätzen zu können, willigten wir in die Abhaltung von Besprechungen ein. Der aufgereizte Stab versuchte bald, uns zu überreden, dann drohte er und erklärte unsere Vertreter für machtlos, was sie aber keineswegs an der Erfüllung ihrer Aufgabe behinderte. Nach Vereinbarung mit dem Stab ernannte der Zentral-Exekutiv-Ausschuss den Stabshauptmann

Malewsk zum Hauptkommissar des Petrograder Militärkreises und sprach eine grossmütige Anerkennung unserer Kommissare aus, unter der Bedingung, dass sie Unterbeamte des Hauptkommissars sein würden. Der Vorschlag wurde abgewiesen, die Unterhandlungen abgebrochen. Hervorragende Menschewiki und Sozialrevolutionäre kamen als Fürsprecher zu uns, ermahnten, drohten und sagten unseren Niedergang und den der Revolution voraus.

Der Tag des Petrograder Sowjets.

Das Smolny'sche Institut befand sich damals schon gänzlich in den Händen des Petrograder Sowjets und unserer Partei. Die Menschewiki und die Rechten der Sozialrevolutionäre verlegten ihre politische Tätigkeit nach dem Marinskypalast, wo das nur noch schemenhafte Vorparlament seine letzten Tage fristete. Im Vorparlament hielt Kerensky eine grosse, vom bürgerlichen Flügel stürmisch bejubelte Rede, in welcher er seine Ohnmacht hinter lärmenden Drohungen zu verbergen suchte. Der Stab stellte sich zum letzten Mal zur Wehr, indem er an alle Truppenteile der Besatzung Aufforderungen richtete zu einer Konferenz wegen Entfernung der Truppen von der Hauptstadt. Die Konferenz sollte am 22. Oktober um 1 Uhr nachmittags stattfinden. Sofort lief entsprechende Mitteilung von den Regimentern bei uns ein. Durch den Fernsprecher beriefen wir eine Garnisonskonferenz auf 11 Uhr vormittags. Eine Anzahl Delegaten kamen dennoch zum Stab, erklärten ihm aber, dass sie ohne den Beschluss des Petrograder Sowjets sich nicht von der Stelle rühren würden. Fast einstimmig bestätigte die Garni-

sonskonferenz ihre Treue dem militärrevolutionären Ausschuss gegenüber.

Einwände wurden nur von Vertretern der früheren Sowjetparteien erhoben, fanden aber unter den Regimentsvertretern keinen Widerhall. Dieser Anschlag des Stabs bestätigte nur noch auffallender, wie sicher unsere Grundlage war. An der Spitze stand nämlich dasselbe wolhynische Regiment, welches in der Nacht des 4. Juli mit schmetternder Musik in den Tauridapalast hineinmarschiert war, um die Bolschewiki zu stürzen.

Wie gesagt, hatte der Zentral-Exekutiv-Ausschuss die Verwaltung der Petrograder Sowjetskasse und seiner Zeitschriften. Jede vorgenommene Besitzergreifung einer dieser Zeitschriften war erfolglos. Von Anfang September an beschäftigten wir uns mit der Gründung einer unabhängigen Zeitung des Petrograder Sowjets. Aber alle Druckereien waren in festen Händen und ihre Eigentümer boykottierten uns mit der Hülfe des Zentral-Exekutiv-Ausschusses. Es wurde die Veranstaltung eines "Petrograder Sowjetstages" beschlossen, an welchem weittragende Agitation und Einsammlung von Geldern für diese Gründung ungefähr 14 Tage vor dem ersten Erscheinen vorgenommen werden sollten. Dieser Tag war auf den 22. Oktober anberaumt und fiel daher mit dem Augenblick des offenen Aufloderns der Empörung zusammen.

Mit absoluter Sicherheit verkündigte die feindliche Presse, dass am 22. Oktober eine bewaffnete Empörung der Bolschewiki in den Strassen Petrograds stattfinden sollte. Keiner zweifelte an dem Ausbruch der Empörung, nur versuchte man, den genauen Zeitpunkt zu bestimmen, man mutmasste, prophezeite und versuchte auf diese Art, uns eine

Leugnung oder Bekenntnis abzupressen. Der Sowjet ging aber, unbekümmert des bürgerlichen Geheuls, seines Weges. Der 22. Oktober war ein Paradetag für die proletarischen Streitkräfte; er verlief zu unserer vollständigen Genugtuung. Trotz der von der Rechten zu hörenden Warnungen, dass in den Strassen Petrograds das Blut in Strömen fliessen würde, wälzten sich wahre Fluten von Volksmassen in die vom Petrograder Sowjet veranstalteten Versammlungen. Alle Rednerkräfte waren mobilgemacht, alle öffentlichen Plätze angefüllt, Versammlungen ununterbrochen stundenlang in Gang. Unter den Rednern waren unsere Parteisprecher, Vertreter, die für den Sowjetenkongress angekommen waren, Abgeordnete von der Front, Sozialrevolutionäre der Linken und Anarchisten. Oeffentliche Gebäude wurden von wogenden Mengen von Arbeitern, Soldaten und Matrosen belebt. Sogar in der Revolutionszeit gab es nur wenige solcher Massenversammlungen. Es kam eine bedeutende Menge kleinbürgerlicher Elemente, die weniger erschreckt als von dem Geschrei, dem Gehetz und den Warnungen der bürgerlichen Presse aufgebracht war. Zehntausende von Menschen fassende Wogen stürzten sich auf das Gebäude des Volkshauses, wälzten sich durch die Korridore und füllten die Räume. An den eisernen Säulen hingen Knäuel von menschlichen Köpfen, Füssen und Händen wie Blumenkränze und Traubenreben. Mit der elektrischen Spannung, welche die kritischsten Momente der Revolutionen zu bezeichnen pflegt, war die Luft beladen. "Nieder mit Kerensky's Regierung! Nieder mit dem Krieg! Die Macht den Sowjets!" Kein einziger aus den Reihen der ersten Sowjetsparteien wagte es, dieser ungeheuren Menge auch nur mit einem einzigen Worte der Erklärung entgegenzutreten.

Der Petrograder Sowjet beherrschte das Feld allein. Schon war der Feldzug gewonnen; es erübrigte nur noch, der Scheingewalt den Gnadenstoss zu versetzen.

Die Eroberung der schwankenden Truppenteile.

Die Vorsichtigsten unter uns meldeten noch von Truppenteilen, die noch nicht zu uns hielten: die Kosacken, das Reiterregiment, das Semjonowskische Regiment; die Radfahrer, Kommissare und Agitatoren wurden diesen Einheiten zugeschickt. Ihre Berichte befriedigten uns gänzlich: die Gluthitze der Umgebung steckte eine nach der andern an und die konservativsten Elemente des Heeres hatten keine Möglichkeit mehr, der allgemeinen Richtung der Petrograder Garnison zu widerstehen. Im Semjonowski'schen Regiment, welches als der Grundpfeiler der Kerenskyherrschaft galt, wohnte ich einer Versammlung im Freien bei. Die hervorragendsten Redner des rechten Flügels hielten Ansprachen, ihre Anhänglichkeit an der Koalitionswirtschaft betonend. Alles umsonst. Mit niederschmetternder Stimmenmehrheit erklärte sich das Regiment für uns und erlaubte den früheren Ministern nicht einmal, ihre Reden zu beendigen Die Gruppen, welche den Sowjetslosungen noch Widerstand leisteten, bestanden hauptsächlich aus Offizieren, Freiwilligen und überhaupt aus Bürgerlich-Gebildeten und Halbgebildeten. Die Massen der Arbeiter und Bauern folgten keiner dieser Gruppen. Die Grenzlinie fiel genau mit den Klassengegensätzen zusammen.

Die Peterpaulsfestung ist der Hauptmilitärstützpunkt Petrograds. Wir setzten einen jungen

Fähnrich als ihren Kommandanten ein. Er erwies sich als dem Posten ganz vorzüglich gewachsen und beherrschte nach wenigen Stunden die Situation. Die rechtmässig angestellten Behörden zogen sich zurück und warteten die Entwickelungen ab. Die uns gegenüber als unverlässlich bezeichneten Soldaten waren die Radfahrer, die im Juli die Militärorganisation unserer Partei im Kschessinskischen Hause zerstoben und gleichzeitig vom Hause selbst Besitz ergriffen hatten. Am 23. ging ich, um 2 Uhr nachmittags, in die Festung. Im Hof war eine Versammlung im Gang. Die Redner vom rechten Flügel vermieden vorsichtig, ausweichend und mit der offensichtlichsten Mühe jede Anspielung auf die Kerenskyfrage, denn sein Name löste wiederholt Protest- und Entrüstungsrufe aus. Man lauschte uns und lief uns nach. Um 4 Uhr nachmittags versammelten sich die Radfahrer im benachbarten Modernen Zirkus zu einer Bataillonssitzung. Unter den auftretenden Rednern war der General-Quartiermeister Paradjelow. Er sprach mit der äussersten Vorsicht; die Tage lagen schon weit hinter uns, da offizielle und halboffizielle Redner von der Arbeiterpartei überhaupt nur als von einer Verräterbande oder von Söldlingen des deutschen Kaisers sprachen.

Der Hülfskommandant des Stabes kam auf mich zu mit dem Ausruf: "Wir sollten uns doch einigen können!" Schon war es aber zu spät! Das ganze Bataillon beschloss eben mit allen gegen dreissig Stimmen, sich für die Uebergabe der Macht in die Hände der Sowjets zu erklären.

Ausbruch der Revolution.

Die Kerenskyregierung suchte, bald hier, bald da, eine Unterkunft. Neue Bataillone, diesmal Motorradfahrer, berief man von der Front. Die Zenith-Batterie wurde auch zurückgerufen, und dasselbe wurde auch bei einigen Reiterabteilungen versucht. Die Motorrädler telegraphierten unterwegs an den Petrograder Sowjet: "Man führt uns, wir wissen nicht warum, nach Petrograd. Erklärt es uns." Wir befahlen ihnen, Halt zu machen und eine Abordnung nach Petrograd abzusenden. Ihre Vertreter langten an und erklärten in einer Sowjetssitzung, dass die ganze Abteilung zu uns halte. Diese Erklärung wurde mit begeistertem Hoch aufgenommen. Die Abteilung erhielt sofort Befehl, in die Stadt einzurücken.

Täglich mehrten sich die Abordnungen von der Front, welche Auskunft über die Lage zu erhalten wünschten. Sie trugen unsere Drucksachen zusammen und überbrachten der Front die Kunde, dass der Petrograder Sowjet einen Kampf führe um die Herrschaft der Arbeiter, Soldaten und Bauern. "Die Männer in den Schützengräben werden euch unterstützen," erklärten sie uns. Alle Heeresausschüsse, welche in den vergangenen vier bis fünf Monaten keine Wiederwahl erlebt hatten, schickten uns drohende Telegramme, die aber keinen Eindruck auf uns machten: Wir wussten, dass diese Ausschüsse eben so sehr die Fühlung mit den Soldaten in Reih' und Glied verloren hatten, wie der Zentral-Exekutiv-Ausschuss die Fühlung mit den städtischen Sowjets.

Der militärrevolutionäre Ausschuss ernannte Kommissare an alle Eisenbahnstationen. Diese Kommissare bewachten scharf alle ankommenden

und abgehenden Züge und ganz besonders die Truppenbewegungen. Ununterbrochene Verbindung wurde mit benachbarten Städten und ihren Besatzungen mittelst Fernsprechers und Kraftwagens aufrecht gehalten. Den Gemeinden in der Umgebung Petrograds lag es ob, durch strenge Aufmerksamkeit das Herannahen konterrevolutionärer oder, richtiger, von der Regierung verführter Truppen an die Hauptstadt zu verhüten. Die niederen Eisenbahnbeamten und Arbeiter erkannten unsere Kommissare sofort an. Am 24. erhoben sich im Fernsprechamt Schwierigkeiten; man verweigerte uns den angerufenen Anschluss. Militärkadetten bemächtigten sich der Zentrale und unter ihrem Schutz nahmen die Telephonistinnen eine sowjetenfeindliche Haltung an. Dies war das erste Erscheinen der später so beliebten Sabotage. Der militärrevolutionäre Ausschuss schickte eine Abteilung an die Fernsprechzentrale und liess dort zwei kleine Geschütze auffahren. So wurde die Besitzergreifung aller Regierungsabteilungen und Verwaltungsorgane eingeleitet. Die Matrosen und roten Garden besetzten das Telegraphenamt, die Post und andere Anstalten. Auch schickte man sich an, die Landesbank in Besitz zu nehmen. Der Mittelpunkt der Regierung, das Smolny'sche Institut, wurde in eine Festung umgewandelt. In der Bodenkammer standen noch einige zwanzig Maschinengewehre, Erbstücke des alten Zentral-Exekutiv-Ausschusses, die nun von den Dienern in einem verwahrlosten und vernachlässigten Zustand belassen wurden. Wir verschrieben noch eine Maschinengewehrabteilung nach dem Smolny-Institut. Früh am Morgen rollten die Matrosen mit betäubendem Lärm die Maschinengewehre über den Betonboden der langen, halbdunkeln Korridore des Smolny. Aus den Türen guckten die Gesich-

ter der wenigen noch gebliebenen Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit Verwunderung.

Täglich trat der Sowjet zusammen, täglich auch der Garnisonsrat.

Im dritten Stock des Smolny war der militärrevolutionäre Ausschuss fortwährend in Sitzung. Dort liefen alle Mitteilungen ein: über Truppenbewegungen, den Geist unter Soldaten und Arbeitern, die Agitation in den Kasernen, die Tätigkeit der Pogromanstifter, die Beratungen der bürgerlichen Politiker, das Leben im Winterpalast, die Pläne der früheren Sowjetparteien. Von allen Seiten strömten die Berichterstatter herbei. Es waren Arbeiter, Offiziere, Dienstmänner, sozialistische Fähnriche, Dienstmädchen, Gesellschaftsdamen. Der entscheidende Moment nahte heran. Es gab offenbar kein Zurückgehen.

Am Abend des 24. Oktober erschien Kerensky im Vorparlament und verlangte die Annahme von Unterdrückungsmassregeln gegen die Bolschewiki. Das Vorparlament befand sich aber in einem traurigen Zustande der Unschlüssigkeit und Auflösung. Die Konstitutional-Demokraten versuchten die Rechte der Sozialrevolutionäre zu einem Vertrauensvotum zu überreden. Diese übten nun einen Druck auf das Zentrum aus. Letzteres schwankte. Der linke Flügel bediente sich einer parlamentarischen Oppositionstaktik. Nach vielen Beratungen, Debatten, Verzögerungen, wurde schliesslich der vom "linken" Flügel eingebrachte Beschluss angenommen. Dieser Beschluss tadelte das aufrührerische Vorgehen des Sowjets, aber die Verantwortung für diese Bewegung wurde der antidemokratischen Politik der Regierung in die Schuhe geschoben. Täglich überbrachte uns die Post Dutzende von Briefen mit gegen uns erkann-

ten Todesurteilen, Zeitbomben, Gerüchten von der bevorstehenden Sprengung des Smolny, usw. Die bürgerliche Presse erging sich in wildem, von Hass und Schrecken eingeflösstem Geheul. Gorki, der seinen "Falkengesang" ganz vergessen hatte, fuhr fort in seinem "Neuen Leben" das Herannahen des Weltuntergangs vorauszusagen.

Die Mitglieder des militärrevolutionären Ausschusses verliessen die ganze Woche lang nicht den Smolny. Sie schliefen nur dann und wann auf Kanapés, von Läufern, Aufklärern, Motorrädlern, Telegraphenjungen und Fernsprechrufen beständig unterbrochen. Von Pawlowsky bekamen wir telephonisch die Mitteilung, dass die Regierung von der Peterhofer Fähnrichschule Artillerie verordnete und dass Kerensky im Winterpalast die Fähnriche und Offiziere empfing. Wir erteilten telephonische Befehle, alle nach Petrograd führenden Strassen mit zuverlässigem Militär zu besetzen und der von der Regierung heranbefohlenen Abteilung Agitatoren entgegenzusenden. Bei erfolglosen Ueberredungsversuchen sollten sie bewaffnete Gewalt anwenden. Alle Unterhandlungen wurden über öffentliche Fernsprechdrähte geführt und waren also der Regierung zugänglich.

Telephonisch benachrichtigten uns die Kommissäre, dass unsere Freunde auf alle nach Petrograd führenden Strassen ein waches Auge hielten. Eine Fähnrichsabteilung aus Oranienbaum brachte es doch fertig, die Wache in der Nacht zu hintergehen und wir verfolgten telephonisch ihre weiteren Bewegungen. Die Aussengarde des Smolny liessen wir durch eine weitere Kompagnie verstärken. Mit allen Teilen der Garnison blieben wir in fortwährender Verbindung. Die wachthabenden Kompagnien waren in allen Regimentern auf der Hut.

Die Delegaten jeder Abteilung standen Tag und Nacht zur Verfügung des militärrevolutionären Ausschusses. Ein Befehl wurde erlassen, rücksichtslos die Agitation der Schwarzen Hundert zu verhindern und beim ersten Zeichen eines Pogroms erbarmungslos die Waffen zu benutzen.

In dieser entscheidenden Nacht fielen alle wichtigen Punkte der Stadt in unsere Hände, fast ohne Widerstand, ohne Kampf, ohne Blutvergiessen. Die Staatsbank wurde von einer Regierungsabteilung und einem Panzerwagen bewacht. Wir liessen das Gebäude von unseren Truppen umzingeln. Der Panzerwagen wurde durch einen plötzlichen Ueberfall genommen und die Bank fiel ohne das Feuern eines einzigen Schusses in die Hand des militärrevolutionären Ausschusses. Auf der Newa lag wegen Reparaturen hinter der französich-russischen Anlage der Kreuzer "Aurora", dessen Besatzung ausschliesslich aus revolutionstreuen Matrosen bestand. Als Kornilow Ende August Petrograd bedrohte, wurden die Matrosen der "Aurora" angerufen, den Winterpalast zu beschützen, und, obgleich sie schon die Kerenskyregierung verabscheuten, fassten sie es als ihre Pflicht auf, sich der konterrevolutionären Flut als fester Damm zu widersetzen und gingen ohne Murren an ihre Posten. Nach überstandener Gefahr schickte man sie wieder zurück. Aber jetzt, in den Tagen der Oktobererhebung, waren sie zu gefährlich. Auf Befehl des Marineministers sollte die "Aurora" die Anker lichten und Petrograd verlassen. Die Mannschaft übermittelte uns den Befehl, den wir sofort aufhoben. Der Kreuzer wich nicht vom Platze und war zu jeder Zeit bereit, seine militärischen Machtmittel auf Befehl des Sowjets einzusetzen.

Der Tag der Entscheidung.

Bei Tagesanbruch kamen am 24. ein Mann und eine Frau, die in der Parteidruckerei angestellt waren, mit der Nachricht, die Regierung habe das amtliche Blatt unserer Vereinigung, nebst der "Neuen Zeitung" der Petrograder Garnison mit Beschlag belegt. Von einem Regierungsbeamten seien die Drucksachen mit Siegeln versehen worden. Der militärrevolutionäre Ausschuss machte sofort diese Verfügungen rückgängig und nahm beide Zeitschriften in seinen Schutz, dem "tapferen wolhynischen Regiment die Ehre übertragend, die freie sozialistische Presse gegen konterrevolutionäre Anschläge zu beschützen." Der Druck konnte nun ohne Unterbrechung fortgestezt werden und das Erscheinen beider Zeitungen erfolgte ohne Verspätung.

Die Regierung hatte noch im Winterpalast ihren Sitz, aber sie war nur noch ihr eigener Schatten. Als politische Macht hatte sie aufgehört zu existieren. Am 25. Oktober wurde der Winterpalast von unseren Truppen auf allen Seiten abgeschnitten. Um 1 Uhr nachmittags erklärte ich in der Sitzung des Petrograder Sowjets, im Namen des militärrevolutionären Ausschusses, dass die Kerenskyregierung aufgehört hätte zu existieren und dass von nun an, bis auf anderslautenden Beschluss des allrussischen Sowjetenkongresses, die Macht in Händen des revolutionären Ausschusses liege.

Schon einige Tage vorher hatte Lenin Finnland verlassen und hielt sich nun in den Vororten, im Arbeiterviertel, verborgen. Am Abend des 25. kam er heimlich nach dem Smolny. Zeitungsartikel hatten ihn darauf schliessen lassen, dass der Ausgang wohl ein vorläufiger Ausgleich zwischen uns und

der Kerenskyregierung sein würde. Die bürgerliche Presse hatte so oft über die bevorstehende Revolution Lärm geschlagen, über bewaffnete Soldatenkundgebungen in den Strassen, dass diese Presse die tatsächlich sich vollziehende Revolution übersah und die Verhandlungen zwischen uns und dem Generalstab wörtlich auffaste. Indessen waren, ohne Verwirrung zu verursachen, die Regierungsanstalten der Reihe nach von strengen, geschulten Abteilungen Soldaten, Matrosen und roten Garden besetzt worden, in Ausführung der von dem kleinen Zimmer im dritten Stock des Smolny ausgehenden Befehle. Am Abend fand eine Orientierungssitzung des zweiten allrussischen Sowjetenkongresses statt. Im Namen des Zentral-Exekutiv-Ausschusses verlas Dan einen Bericht. Es war ein Angriff auf die aufrührerischen Usurpatoren und Umstürzler, welcher das unausbleibliche Fiasko der Revolution voraussagte und so den Kongress einzuschüchtern versuchte. Die Revolution würde durch Streitkräfte von der Front unterdrückt werden. Seinen Ausführungen mangelte es an Ueberzeugung wie auch an der richtigen Stelle, denn es waren ja in diesem Saal die allermeisten Delegaten von dem siegreichen Vormarsch der Petrograder Revolution höchst freudig berührt.

Indessen war die Einkreisung des Winterpalastes schon vollzogen, der Palast selbst aber noch nicht eingenommen. Von Zeit zu Zeit gab es Schüsse von den Fenstern auf seine Belagerer, welche langsam und vorsichtig näher rückten. Von der Peterpaulsfestung wurden von Geschützen einige Granaten auf den Palast abgeschossen. Vom Smolny konnten wir den Knall hören. Mit ohnmächtiger Entrüstung sprach Martow vom Podium des Kongresses über den Bürgerkrieg und besonders über die Belagerung des Winterpalastes, wo sich unter den Ministern — welch

ein Schrecken! — auch Mitglieder der menschewistischen Partei befanden. Die Matrosen, welche mit Nachrichten vom Schauplatz anlangten, ergriffen gegen ihn das Wort. Sie erinnerten die Anklagenden an die Offensive vom 18. Juni, an die tückische Politik der alten Regierung, an die Wiedereinführung der Todesstrafe für Soldaten, an die Ausmerzung revolutionärer Körperschaften und schlossen mit einem Gelübde auf Siegen oder Sterben. Und sie brachten auch die Kunde von unsern ersten Gefallenen vor dem Winterpalast.

Alle erhoben sich wie auf ein unsichtbares Zeichen und mit einer von hoher sittlicher Begeisterung getragenen Einstimmigkeit stimmten sie den Trauermarsch an. Wer diesen Augenblick erlebte, wird ihn nicht vergessen.

Die Sitzung wurde abgebrochen: es war unmöglich, über theoretische Fragen zu beraten, über Wiedererrichtung der Regierungsgewalt, während die Luft von der Schlacht an den Barrikaden des Winterpalastes erzitterte, denn da wurde ja das Los dieser Regierung praktisch entschieden. Das Einnehmen des Palastes nahm aber lange Zeit in Anspruch, was eine gewisse Verzagtheit unter den weniger festen Elementen hervorrief. Redner des rechten Flügels prophezeiten unsern Untergang. Sehnlichst erwarteten alle die Nachrichten von dem Palastschauplatz. Schliesslich kam Antonow, der Leiter der Operationen gegen den Palast. Unter Todesschweigen verkündigte er: Der Winterpalast sei genommen, Kerensky geflohen, andere Minister verhaftet und nach der Peterpaulsfestung gebracht. Das erste Kapitel der Revolution war zu Ende.

Die Sozialrevolutionäre der Rechten und die Menschewiki, im Ganzen einige 60 Mann, also

ungefähr ein Zehntel des Kongresses, verliessen als Protest den Saal. Es blieb ihnen weiter nichts übrig als "alle Verantwortung" für die Ereignisse der nächsten Zukunft auf die Bolschewiki und die Linken der Sozialrevolutionäre zu legen. Letztere hatten Augenblicke schwacher Entschlussfähigkeit, denn die Vergangenheit hatte sie an Tschernow's Partei festgebunden. Der rechte Flügel dieser Partei ging zu den mittleren und kleinbürgerlichen Elementen herab, zu den Gebildeten der Mittelklasse und zu den wohlhabenderen Elementen auf dem flachen Lande. In allen entscheidenden Fragen gesellte sich diese Partei zu der liberalen Bourgeoisie, um gemeinsam gegen uns vorzugehen. Die revolutionären Elemente der Partei, welche die tiefgehenden sozialen Forderungen der ärmsten Bauernmassen zum Ausdruck brachten, neigten sich dem Proletariat und seiner Partei zu. Doch fürchteten sie den Nabelstrang zu zerschneiden, der sie mit ihrer alten Partei verband. Als wir aus dem Vorparlament austraten, folgten sie uns nicht nach und warnten uns vor Abenteurerei, aber der Aufruhr stellte sie vor das Dilemma, für oder gegen die Sowjets zu entscheiden. So sammelten sie nicht ohne Zögern ihre Reihen auf unsere Seite der Barrikaden.

Die Bildung des Volkskommissarenrates.

Der Petrograder Sieg war ein vollständiger: die Macht ging ausschliesslich an den militärrevolutionären Ausschuss über. Unser erster Erlass hob die Todesstrafe wieder auf und bestimmte Neuwahlen für die Heeresausschüsse usw. Aber da stellte es sich heraus, dass wir von der Provinz abgeschnitten waren. Die höheren Eisenbahn-, Post-

und Telegraphenbehörden waren gegen uns. Die Heeresausschüsse, die Selbstverwaltungen, die Semstwos, fuhren fort, den Smolny zum Ziel ihrer drohenden Telegramme zu machen, in denen sie uns offen den Krieg erklärten und versicherten, die Aufrührerischen binnen Kurzem zu vertreiben. Unsere Telegramme, Erlässe und Erklärungen erreichten nie die Provinz, denn die Petrograder Telegraphenagentur verweigerte uns den Dienst. In dieser durch die Isolierung der Hauptstadt von der Provinz hervorgerufenen Atmosphäre entstanden sehr leicht die beunruhigendsten, ungeheuerlichsten Gerüchte.

Als die bürgerliche Presse sich endlich überzeugte, dass der Sowjet wirklich alle Regierungsgewalt übernommen hatte, dass die alte Regierung verhaftet war, dass die Strassen Petrograds von bewaffneten Arbeitern besetzt waren, so erhob diese Presse, wie auch diejenige, welche für einen Kompromiss war, eine wirklich nie dagewesene Wutkampagne gegen uns. Keine Lüge, keine Verleumdung, deren man sich nicht gegen den militärrevolutionären Ausschuss, seine Führer und Kommissare bediente.

Am 26. war eine Sitzung des Petrograder Sowjets, unter Beteiligung von Delegaten des allrussischen Kongresses, Mitgliedern der Vorstandskonferenz und vielen Mitgliedern verschiedener Parteien. Hier sprachen zum ersten Male seit langer Zeit wieder Lenin und Sinowieff, welche stürmisch begrüsst wurden. Der Jubel über den neuen Sieg war etwas durch die Besorgnis gestört, das Land möge die neue Umwälzung falsch auffassen und der Sowjet seine Macht nicht behaupten können.

Am Abend fand eine Exekutivsitzung des Sowjets statt. Von Lenin wurden zwei Erlässe eingebracht: über Frieden und über die Landfrage. Nach kurzer Erörterung wurden beide Erlässe einstimmig angenommen. In dieser Sitzung wurde auch eine neue Zentralbehörde geschaffen, welche als der Volkskommissarenrat bekannt sein sollte.

Der Zentralausschuss unserer Partei versuchte die Einwilligung der linken Sozialrevolutionäre zu erlangen, welche eingeladen wurden, sich an der Gründung der Sowjetregierung zu beteiligen. Sie zögerten aus dem Grunde, dass sie einen Koalitionscharakter dieser Regierung unter den Sowjetsparteien befürworteten. Aber die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre brachen absolut mit dem Sowjetenrat, da sie eine Koalition mit den sowjetfeindlichen Parteien für notwendig hielten. Uns blieb nichts weiteres übrig als den linken Sozialrevolutionären die Mühe zu überlassen, ihre Nachbarn zur Rechten zu einer Rückkehr ins revolutionäre Lager zu bestimmen; indem sie sich mit dieser aussichtslosen Aufgabe befassten, hielten wir es für unsere Pflicht, die verantwortliche Regierung gänzlich in die Hand unseserer Partei zu nehmen. Das Namenverzeichnis des Volkskommissarenrates wies also nur bolschewistische Namen auf. Zwar lag in einem solchen Vorgehen auch eine politische Gefahr; der Wechsel war ziemlich rasch eingetreten. Man stelle sich vor, dass die Führer dieser Partei noch gestern unter Anwendung vom Paragraphen 108 vom Strafgesetzbuch unter Anklage standen (wegen Landesverrats); doch gab es keinen andern Ausweg. Die andern Sowjetparteien trugen Bedenken und begegneten der Frage ausweichend, sich einer Politik des Abwartens hingebend. So

waren wir schliesslich zur Ueberzeugung gelangt, dass nur unsere Partei eine revolutionäre Regierung errichten könne.

Die ersten Tage des neuen Regiments.

Die vom Sowjet angenommenen Erlässe über Land und Frieden wurden in ungeheuren Mengen gedruckt und durch Delegaten von der Front, von den Dörfern zu Fuss ankommenden Bauern und von uns nach den Gräben und in die Provinz ausgesandten Leuten über das ganze Land verbreitet. Gleichzeitig ging das Organisieren und Bewaffnen der roten Garde vor sich. Hand in Hand mit der alten Garnison und den Soldaten vollzogen die roten Garden die anstrengendsten Wachrunden. Der Volkskommissarenrat ergriff von einer Regierungsanstalt nach der andern Besitz, obgleich er überall auf den passiven Widerstand der höheren und mittleren Beamten stiess. Die früheren Sowjetparteien machten verzweifelte Versuche, in dieser Klasse eine Stütze zu finden und eine Sabotage gegen die neue Regierung ins Werk zu setzen. Unsere Feinde waren fest überzeugt, dass die ganze Affäre nur vorübergehender Art sei, dass in einigen Tagen, höchstens in einer Woche, die Sowjetregierung wieder abgesetzt würde. Die ersten ausländischen Räte und Gesandtschaftsmitglieder, der Neugier mindestens ebenso viel gehorchend wie der eigentlich notwendigen Geschäftserledigung, liessen sich im Smolny-Institut sehen. Zeitungskorrespondenten eilten mit ihren Notizbüchern und Apparaten hin und her. Jeder wollte die neue Regierung zu Gesicht bekommen, da er wusste, es sei schon in einigen Tagen wieder zu spät.

In der Stadt herrschte vollkommene Ruhe. Die Matrosen, Soldaten und roten Garden verhielten sich in diesen Tagen in vorzüglicher Zucht und gewährten der Erhaltung der strengen revolutionären Ordnung die hochherzigste Unterstützung.

Im feindlichen Lager fing man an, zu befürchten, diese vorübergehende Episode möge sich zu lange ausdehnen, und man organisierte daher in aller Eile die ersten auf den Umsturz der neuen Regierung gerichteten Stosskräfte. In dieser Sache ging die Anregung von den Sozialrevolutionären und Menschewiki aus. In der vorhergehenden Periode hatten sie alle Gewalt in ihre Hand weder nehmen wollen noch nehmen können. Dem Uebergangscharakter ihrer politischen Stellung gemäss begnügten sie sich in der Koalitionsregierung mit einer Tätigkeit des Aushelfens, Kritisierens und wohlwollenden Tadelns und Verteidigens der Bourgeoisie. In allen Wahlen brachten sie ihrem Gewissen das Opfer, die liberale Bourgeoisie anzugreifen, vereinigten sich aber in der Regierung ebenso ausnahmslos mit ihr. In den ersten sechs Monaten der Revolution brachten sie es auf diese Weise fertig, durch diese Politik das ganze Vertrauen des Volks und der Armee zu verscherzen, und bis zur Oktoberrevolution waren sie schon aus der Regierungstätigkeit hinausgeworfen. Und doch hielten sie sich noch gestern für die Beherrscher der Lage: die von ihnen verfolgten bolschewistischen Führer hielten sich noch wie unter dem Zarismus versteckt. Heute führen die Bolschewiki die Macht und die Koalitionsminister und ihre Mitarbeiter von gestern sehen sich plötzlich beiseitegeworfen und jeden Einflusses auf den weiteren Lauf der Begebenheiten beraubt. Sie konnten und wollten nicht glauben, dass diese plötzliche Erheb-

ung den Beginn einer neuen Aera bezeichnete. Sie zogen es vor, sie als reinen Zufall zu betrachten, als Auswuchs irgend eines Missverständnisses, das sehr leicht durch einige kräftige Ansprachen und verleumderische Zeitungsartikel beseitigt werden könne. Mit jeder Stunde stiessen sie aber auf grössere und unüberwindlichere Hindernisse. Daher auch ihr blinder, wahrlich wahnsinniger Hass gegen uns.

Die bürgerlichen Politiker wagten es zwar nicht, der Gefahr zu nahe zu treten. Sie schickten die Sozialrevolutionären und Menschewiki ins Treffen, und diese entwickelten im Kampfe gegen uns alle Kraft, die ihnen als halbregierende Macht gemangelt hatte. Ihre Zeitschriften verbreiteten die erstaunlichsten Gerüchte und Lügen. In ihrem Namen wurden die Aufrufe, die neue Regierung zu zerstören, herausgegeben. Sie waren es auch, welche die Regierungsbeamten zur Sabotage und die Fähnrichszöglinge zum militärischen Widerstand organisierten.

Am 27. und 28. fuhren Drohungen von Heeresausschüssen, Stadtdumas, Semstwos und Wikshelvereinigungen (Eisenbahnern) beständig fort, bei uns einzulaufen. Auf dem Newskij Prospekt, der Hauptverkehrsader der bürgerlichen Welt der Hauptstadt, wurde es immer lebendiger. Die bürgerliche Jugend war aus ihrer Erschlaffung erwacht und entfaltete unter dem Antrieb der Presse eine immer mehr um sich greifende Agitation gegen die Sowjetregierung. Mit der Unterstützung der bürgerlichen Menge entwaffneten die Fähnriche einzelne rote Garden. In entlegenen Strassen wurden rote Garden und Matrosen erschossen. Eine Fähnrichgruppe bemächtigte sich des Fernsprechamts. Von derselben Seite geschahen auch Ver-

suche, das Telegraphenamt zu besetzen. Am Ende hörten wir auch, dass drei Panzerwagen feindlichen Militärkräften in die Hände gefallen waren. Die bürgerlichen Elemente atmeten schon wieder auf. Die Zeitungen posaunten in alle Welt die frohe Botschaft hinaus, dass uns nur noch einige Stunden gegönnt seien. Unsere Freunde fingen ein paar Geheimbefehle auf, woraus hervorging, dass man eine aggressive Organisation zur Bekämpfung des Petrograder Sowjets gebildet habe. Die führende Rolle in dieser Organisation lag in den Händen des sogenannten Ausschusses zur Verteidigung der Revolution, welcher von der städtischen Duma und dem Zentral-Exekutiv-Ausschuss der früheren Regierung gebildet war. An einzelnen Orten herrschten noch rechte Sozialrevolutionäre und Menschewiki. Dieser Ausschuss hatte die Fähnriche, Studenten und viele konterrevolutionäre Offiziere zu seiner Verfügung, welche die Gelegenheit abwarteten, den Sowjets einen tötlichen Stoss zu versetzen.

Die Fähnrichserhebung vom 29. Oktober.

Hauptstützpunkt der konterrevolutionären Organisation waren die Fähnrichsschulen und der Ingenieurhof, wo bedeutende Vorräte an Waffen und Munition bewahrt wurden, und die als Operationsbasis für Angriffe auf das Hauptquartier der revolutionären Regierung dienten. Abteilungen roter Garden und Matrosen hatten die Fähnrichsschulen umgeben und verlangten durch ausgesandte Boten die Uebergabe der Waffenvorräte. Vereinzelte Schüsse waren ihre Antwort. Die Belagerer wurden von Fliehenden niedergetreten und oft wurden Vorübergehende durch Fehlschüsse von den Fenstern verwundet.

Diese Zusammenstösse schienen sich in unabsehbare Länge ziehen zu wollen und dieser Umstand drohte den revolutionären Abteilungen mit Auflösung. Die entschlossensten Massnahmen mussten ergriffen werden. Die Frage der Entwaffnung der Fähnriche wurde dem Kommandanten der Peterpaulsfestung, Fähnrich B., übertragen. Dieser liess die Fähnrichsschulen umzingeln, Panzerwagen und Geschütze auffahren, und den Fähnrichen zur Uebergabe eine Zehnminutenfrist verkündigen. Erneutes Feuern war die erste Antwort. Nach Ablauf der zehn Minuten liess B. mit den Geschützen schiessen; schon die ersten Schüsse schlugen grosse Breschen in die Mauern des Schulgebäudes. Die Junker ergaben sich, obgleich einige sich durch die Flucht zu retten versuchten und auch dann noch Schüsse abgaben.

Die bei einem Bürgerkrieg unausbleibliche Erbitterung fehlte nicht. Zweifellos begingen die Matrosen zahlreiche Gewaltakte an einzelnen Fähnrichen. Die bürgerliche Presse beschuldigte nachträglich die Matrosen und die Sowjetregierung der Unmenschlichkeit und Brutalität. Mit keinem Worte hat sie aber die Tatsache erwähnt, dass die Erhebung vom 25.—26. Oktober fast ohne Schiesserei oder andere Opfer abgelaufen war, dass nur die von der Bourgeoisie inszenierte konterrevolutionäre Verschwörung, welche die junge Generation in hellen Flammen gegen die Arbeiter auflodern liess, zu unvermeidlichen strengen Massregeln und Opfern führte.

Der 29. Oktober sah schon einen entschiedenen Stimmungsumschlag unter der Petrograder Bevölkerung. Die Dinge nahmen einen tragischeren Kurs. Gleichzeitig waren unsere Feinde auf den wirklichen Ernst der Lage zum ersten Mal aufmerksam geworden: der Sowjet hatte offenbar nicht die entfernteste

Absicht, die gewonnene Macht den Junkern und der kapitalistischen Presse zuliebe wieder herauszugeben.

Die Säuberung Petrograds von Herden der konterrevolutionären Verseuchung wurde intensiv in Angriff genommen. Die Junker wurden fast alle entwaffnet, die Teilnehmer am Anschlag verhaftet und entweder in der Peterpaulsfestung gefangen gehalten oder nach Kronstadt befördert. Alle Zeitschriften, welche offen Empörung gegen die Sowjetgewalt anfachten, wurden sofort aufgehoben. Befehle wurden zur Festnahme aller solcher Führer der früheren Sowjetparteien erteilt, deren Namen auf den aufgefangenen konterrevolutionären Aufrufen standen. Jeder bewaffnete Widerstand in der Hauptstadt war also vorbei.

Es folgte ein langer und mühevoller Kampf mit den italienischen Streikmethoden (Sabotage) der Bürokraten, technischen Arbeiter, Schreiber usw., welche Elementen angehörten, die durch ihre Einnahmen grösstenteils den unterdrückten Klassen der Gesellschaft zugezählt werden müssen, sich aber wegen ihrer Lebensbedingungen und ihrer allgemeinen Psyche der bürgerlichen Klasse anschliessen. Treu und guten Gewissens dienten sie der Regierung als der Zarismus noch an der Spitze stand. Treu dienten sie auch dieser Regierung, als die Macht an die bürgerlichen Imperialisten überging. In der darauffolgenden Revolutionsperiode waren sie nebst all ihrem Wissen und technischen Können eine Art Erbschaft an die Koalitionsregierung. Aber als die aufrührerischen Arbeiter, Soldaten und Bauern die Parteien der Ausbeuterklassen vom Ruder des Staates wegrissen und die Macht in ihre eigene Hand zu nehmen wünschten, fuhren die Bürokraten ins Zeug, gerieten in Wut und verweigerten der neuen Regierung jegliche Unterstützung. Diese hauptsächlich von Sozialrevolutionären und Menschewiki eingeleitete und durch Gelder

von den Banken und den alliierten Gesandtschaften gespeiste Sabotage nahm immer grössere Ausdehnung an.

Kerenskys Vormarsch gegen Petrograd.

Je stärker die Sowjetregierung in Petrograd wurde, desto mehr mussten die bürgerlichen Gruppen ihre Hoffnungen auf Unterstützung nach auswärts verlegen. Die Petrograder Telegraphenagentur und die Funkenstation zu Zarskoje Sselo übermittelten von allen Seiten Nachrichten von auf Petrograd heranziehenden Kräften, welche daselbst die Rebellen niederwerfen und die Ordnung wiederherstellen sollten. Kerensky machte Eiltouren nach der Front und die bürgerlichen Zeitungen berichteten von zahllosen Scharen, die er gegen die Bolschewiki anführe. Da die Telegraphenbeamten uns nicht bedienen wollten, sahen wir uns von dem übrigen Lande abgeschnitten. Aber die Soldaten, die in Gruppen von zehn oder hundert Mann mit Aufträgen von ihren eigenen Regimentern ankamen, erklärten uns immer ohne Ausnahme: "Habt wegen der Front keine Befürchtungen: sie steht euch bei. An euch liegt es nur, das Wort zu sprechen und wir senden euch sofort eine Division oder ein Korps." Im Heer machten wir dieselbe Erfahrung wie sonst überall: die Massen waren für uns, die oberen Schichten gegen uns. Der militärtechnische Betrieb befand sich in den Händen der Letzteren. Die verschiedenen Teile des Heeres erwiesen sich als von einander abgeschnitten und wir vom Heer und vom Volke. Nichtsdestoweniger flog die Nachricht von der Sowjetregierung zu Petrograd und von seinen Beschlüssen über das ganze Land und feuerte die Provinzsowjets zur Auflehnung gegen die alte Regierung an.

Immer beharrlicher wurden die Gerüchte vom An-

marsch Kerenskys, an der Spitze irgendwelcher Streitkräfte, auf Petrograd, und bald nahmen sie auch bestimmtere Gestalt an. Von Zarskoje Sselo wurde uns das Herannahen von Kosackenstaffeln gemeldet und ein von Kerensky und dem General Krassnow unterzeichneter Appell wurde in Petrograd verbreitet, welcher die Garnison aufrief, sich den zu jeder Stunde in der Hauptstadt zu erwartenden Regierungstruppen anzuschliessen. Die Junkererhebung vom 29. Oktober hatte ohne Zweifel einen Zusammenhang mit Kerenskys Vorhaben, nur dass sie durch unser energisches Vorgehen zum vorzeitigen Ausbruch kam. Die Besatzung von Zarskoje Sselo erhielt Befehl, von den herannahenden Kosackenregimentern Anerkennung der Sowjetregierung zu fordern. Im Verweigerungsfalle sollten die Kosacken entwaffnet werden. Jene Besatzung erwies sich aber als zur Kriegsbenutzung wenig geeignet. Sie besass weder Bestückung noch Führer, da ihre Offiziere der Sowjetregierung feindlich waren. Die Kosacken konnten sich also der Funkenstation zu Zarskoje Sselo, der kräftigsten im ganzen Lande, bemächtigen und weiter vorrücken. Die Besatzungen zu Peterhof, Krassnoje Sselo und Gatschina erwiesen sich gleich tat- und mutlos.

Nach dem fast blutlosen Siege zu Petrograd erwarteten die Soldaten mit Sicherheit einen ähnlichen weiteren Fortgang der Dinge. Man brauchte, ihrer Meinung nach, nur den Kosacken einen Agitator entgegenzusenden, und sie würden die Waffen niederlegen, sobald ihnen der Zweck der proletarischen Revolution erläutert wurde. Kornilows konterrevolutionäre Erhebung wurde durch Ansprachen und durch Fraternisieren niedergeworfen. Durch Agitation und sorgfältig durchdachte Besitzergreifung gewisser Anstalten war auch ohne Kampf die Kerenskyregierung beseitigt worden. Dieselben Mittel wurden jetzt von den Füh-

rern der Sowjets zu Zarskoje Sselo, Krassenoje Sselo und Gatschina bei den Kosacken von General Krassnow angewandt, hatten aber diesmal keinen Erfolg. Ohne eigentliche Entschiedenheit oder Begeisterung, rückten die Kosacken dennoch vor. Vereinzelte Abteilungen nahten sich Gatschina und Krassnoje Sselo, griffen die dürftigen Kräfte der Stadtbesatzungen an, und brachten es einige Male so weit, sie zu entwaffnen. Ueber die Stärke der Kerenskyschen Streitkräfte waren wir zuerst gar nicht unterrichtet. Einige erklärten, er verfüge über zehntausend Mann; andere, dass es nicht mehr als tausend sein könnten; die feindlichen Zeitungen und Flugschriften dagegen gaben in ungeheuren Ueberschriften an, es seien zwei Armeekorps vor Gatschinsk aufgestellt.

In der Petrograder Garnison machte sich ein mangelndes Selbstvertrauen fühlbar. Kaum hatte sie einen blutlosen Sieg erfochten, so forderte man sie auf, sich gegen einen in unbekannter Stärke heranrückenden Feind in Schlachten zu begeben, deren Ausgang unsicher war. Im Garnisonsrat besprach man hauptsächlich die notwendige Hinsendung von zahlreichen Agitatoren und den Erlass von Aufrufen an die Kosacken. Den Soldaten schien es nämlich unmöglich, dass sich die Kosacken nicht auf den Standpunkt, den die Petrograder Garnison in ihrem Kampfe vertrat, erheben könnten. Nichtsdestoweniger kamen einzelne Kosackengruppen dicht an Petrograd heran und wir ahnten schon, dass die erste Schlacht sich in den Strassen der Stadt abspielen würde.

Die grösste Entschlossenheit zeigte die rote Garde: sie verlangte Waffen, Munition, Führung. Das ganze Militärgetriebe war aber ausser Rand und Band geraten durch fehlende Uebung wie auch durch boshafte Eingriffe. Offiziere hatten demissioniert: viele waren geflohen. Die Büchsen waren an einer Stelle, die

Munition an einer anderen. Mit der Bestückung verhielt es sich noch schlimmer. Geschütze, Maschinengewehre und Munitionslager waren überall verteilt; im Dunkeln mussten wir darnach herumtappen. Die verschiedenen Regimenter hatten weder Pionierwerkzeuge noch Feldfernsprecher. Der revolutionäre Generalstab, der sich von oben mit der Beseitigung dieser Uebelstände befassen wollte, stiess auf unüberwindliche Hindernisse, deren grösste die von den militärischen Angestellten ausgeübte Sabotage war.

Wir entschlossen uns, uns direkt an die Arbeiterklasse zu wenden. Wir erklärten den Erfolg der Revolution für ernsthaft bedroht, und dass es an ihr lag, durch ihre Energie, Tatkraft und Entsagung die Herrschaft der Proletarier- und Bauernregierung zu stärken. Dieser Aufruf hatte fast augenblicklichen praktischen Erfolg. Tausende von Arbeiter bewegten sich in der Richtung nach den Kerenskyschen Streitkräften und begaben sich an die Arbeit des Schützengrabenanlegens. Die Munitionsarbeiter bedienten die Geschütze und schafften aus den verschiedenen Lagerhäusern die nötige Munition herbei. Sie fuhren die Geschütze in die richtigen Stellungen und brachten sie in Ordnung, requirierten Pferde; organisierten eine Provisionsabteilung; brachten Benzin, Motore, Kraftwagen auf; schafften Lebensmittel und Tierfutter zur Stelle; versicherten die Tüchtigkeit der Sanitätszüge, — kurz, sie schufen den vollständigsten Kriegsmechanismus, den wir uns umsonst bemüht hatten, von oben herab einzuführen.

Als Dutzende von Geschützen in ihre Positionen aufgefahren wurden, änderte sich auch sofort die Stimmung unserer Soldaten. Unter Deckung der Artillerie waren sie bereit, den Angriff der Kosacken abzuschlagen. In der ersten Linie waren die Matrosen und die roten Garden. Einige uns politisch nicht verbundene,

aber ihren Regimentern in treuer Hingebung dienende Offiziere begleiteten ihre Soldaten an die neuen Stellungen und leiteten ihre Operationen gegen Krassnows Kosacken.

Indessen verbreiteten Telegramme im In- und Auslande die Nachricht, dass das bolschewistische "Abenteuer" nun erledigt, Kerensky in Petrograd eingerückt und mit der Wiederherstellung der Ordnung, mit eiserner Faust, beschäftigt sei. Andererseits schrieb in Petrograd die von der Nähe der Kerenskyschen Truppen ermutigte bürgerliche Presse über die gänzliche Auflösung der Petrograder Garnison, über den unwiderstehlichen Vormarsch der mit vielem Geschütz versehenen Kosacken, und prophezeite den baldigen Untergang des Smolny. Uns gebrach es in erster Linie an passenden mechanischen Werkzeugen und an Leuten, die in der Leitung militärischer Operationen bewandert waren. Sogar Offiziere, die sich gewissenhaft mit ihren Soldaten in die neuen Stellungen begaben, lehnten es ab, den Oberbefehlshaberposten zu bekleiden.

Nach langer Beratung verfielen wir auf folgendes Mittel: der Garnisonsrat wählte einen Fünferausschuss, der mit der Oberaufsicht aller gegen die auf Petrograd heranmarschierenden konterrevolutionären Kräfte vorzunehmenden militärischen Operationen betraut wurde. Dieser Ausschuss brachte es später zu einer Vereinbarung mit Oberst Murawjeff, der unter dem Kerenskyregiment der Oppositionspartei angehörte und nun aus freien Stücken der Sowjetregierung seine Dienste anbot.

In der kalten Nacht vom 30. Oktober fuhren Murawjeff und ich im Kraftwagen nach den Linien ab. Die ganze Strasse entlang bewegten sich Wagen mit Proviant, Futter, Militärbedarf und Geschützen. Dies

alles wurde durch die Arbeiter der verschiedenen Fabriken möglich gemacht. Mehrmals wurde unser Kraftwagen unterwegs von Wachen der roten Garde angehalten, welche unsere Pässe untersuchten. Seit den ersten Tagen der Oktobererhebung war jeder Kraftwagen in der Stadt eingezogen und keiner konnte innerhalb der Stadt oder in ihren Vororten ohne vom Smolny erteilten Erlaubnisschein fahren. Die Wachsamkeit der roten Garden übertraf alle Erwartungen. Stundenlang standen sie um kleine Feuer, die Büchse in der Hand. Der Anblick dieser jungen, bewaffneten Arbeiter war das vorzüglichste Wahrzeichen der proletarischen Revolution.

Viele Geschütze standen bereit und es fehlte nicht an Munition. Noch an diesem Tage entwickelte sich der entscheidende Zusammenstoss, welcher zwischen Krassnoje Sselo und Zarskoje Sselo geschah. Nach heftigem Geschützkampf zogen sich die Kosacken, welche nur vorrückten, wenn ihnen keine Hindernisse in den Weg traten, zurück. Man hatte sie lange Zeit mit Geschichten von bolschewistischen Greueltaten betrogen und ihnen erzählt, die Bolschewiki hätten Russland an den deutschen Kaiser verkaufen wollen. Man hatte sie versichert, dass fast die ganze Petrograder Garnison ihnen als Erlösern in der Not entgegensehe. Der erste ernstliche Widerstand zerbröckelte sofort ihre Reihen und bestätigte den Zerfall von Kerenkys ganzem Unternehmen.

Durch den Rückzug der Krassnowschen Kosacken gelangten wir wieder in den Besitz der Funkenstation zu Zarskoje Sselo. Sofort funkten wir die Nachricht unseres Sieges über Kerenskys Scharen. Freunde im Auslande teilten uns später mit, dass die deutsche Funkenstation sich auf höheren Befehl geweigert habe, diese drahtlose Nachricht aufzunehmen. Den Wortlaut dieses Funkenspruchs füge ich hier ein:

"Sselo Pulkowo, Generalstab, 2.10 nm. Die Nacht vom 30.—31. wird in der Geschichte unvergesslich sein. Kerenskys Versuch, konterrevolutionäre Truppen gegen die Revolutionshauptstadt zu führen, ist auf entscheidenden Widerstand gestossen. Er ist im Rückzug, wir gehen vor. Die Petrograder Soldaten, Matrosen und Arbeiter haben bewiesen, dass sie mit Waffen in der Hand den Willen und die Macht der proletarischen Demokratie bestätigen können und bestätigen werden. Die Bourgeoisie versuchte die Revolutionsarmee einzukreisen und Kerensky versuchte sie mit Kosackentum zu erdrücken. Das eine und das andere sind vereitelt worden.

"Der grosse Gedanke einer Arbeiter- und Bauerndemokratie vereinigte die Reihen des Heeres und stärkte seinen Willen. Das ganze Land wird sich nun der Ueberzeugung erschliessen, dass die Sowjetregierung keine vorübergehende Erscheinung, sondern der Ausdruck für die Oberherrschaft der Arbeiter, Soldaten und Bauern ist. Kerenskys Niederlage war die Niederlage der Mittelklasse, der Bourgeoisie und der Kornilowisten. Seine Niederlage heisst die Bestätigung der Rechte des Volkes auf ein freies, friedsames Leben, auf Land, Brot und auf die Regierung. Die Pulkowskiabteilung stärkte durch ihre glänzende Verteidigung die Sache der proletarischen und bäuerlichen Revolution. Es gibt keine Rückkehr zur Vergangenheit mehr. Es wird noch Hindernisse, Kämpfe, Opfer in der Zukunft für uns geben, aber die Strasse liegt nun offen und der Sieg kann uns nicht entgehen.

"Das revolutionäre Russland und die Sowjetregierung können mit vollem Recht stolz sein auf ihre Pulkowskiabteilung und ihren Führer Walden. Mögen die Namen der Gefallenen nie vergessen werden. Den Kämpfern für die Revolution alle

Ehre — den Soldaten und Offizieren, die dem Volke beistanden! Es lebe das revolutionäre, sozialistische Russland! Im Auftrage des Volkskommissarenrats, L. Trotzky, den 31. Oktober 1917."

Wie gesagt, war der erste, bei den deutschen Behörden zu bemerkende Eindruck des Oktober eine Furchtempfindung: es könnten diese Begebenheiten Unruhen in Deutschland selbst hervorrufen. In Oesterreich-Ungarn wurde ein Teil unserer Depesche aufgenommen und dieser Teil wurde dem übrigen Europa zur Quelle über Kerenskys verunglückten Versuch, seine Macht wieder zu erlangen.

Unter Krassnows Kosacken entstanden Unruhen. Sie begannen, Aufklärer nach Petrograd und sogar Abgeordnete nach dem Smolny zu schicken. Dort hatten sie Gelegenheit, sich von der, dank der Petrograder Garnison — die die Sowjetregierung absolut unterstützte — in Petrograd herrschenden vollständigen Ruhe zu überzeugen. Die Zerfahrenheit unter den Kosacken mehrte sich noch, als ihnen das Lächerliche an dem Unternehmen klar wurde, Petrograd mit einigen Tausend Reitern einnehmen zu lassen, — denn die von der Front erwarteten Verstärkungen sind nie angekommen.

Krassnows Abteilung zog sich nach Gatschina zurück, und als wir am nächsten Tage nach dort aufbrachen, war Krassnows Stab der Hauptsache nach schon von den Kosacken selbst gefangengenommen. Unsere Gatschinaer Garnison hielt alle militärischen Punkte von Wichtigkeit besetzt. Die Kosacken dagegen, obgleich sie noch nicht entwaffnet waren, befanden sich in keinem Zustande, weiteren Widerstand zu leisten. Nur eins wollten sie: baldmöglichst in die Dongegend oder wenigstens zur Front zurückzukehren.

Das Schloss zu Gatschinsk bot einen sonderbaren

Anblick dar. Bei jedem Eingang stand eine besondere Wache, an den Toren Geschütze und Panzerwagen. Matrosen, Soldaten und rote Garden besetzten die königlichen Gemächer, die mit kostbaren Gemälden geziert waren. Auf den aus kostbaren Hölzern ausgelegten Tischen lagen Soldatenkleider, Pfeifen und leere Sardinenbüchsen ausgestreut. Eine der Kammern diente zum Aufenthalte des Krassnowschen Stabes. Auf dem Boden lagen Matratzen, Ueberzieher und Mützen.

Der uns geleitende Vertreter des militärrevolutionären Ausschusses trat in das Gemach des Generalstabs ein, liess den Gewehrkolben geräuschvoll auf den Boden nieder und meldete, indem er sich auf das Gewehr stützte: "Herr General Krassnow! Sie und die Mitglieder Ihres Stabes sind die Arrestanten der Sowjetbehörde!" Sofort wurden die Türen von bewaffneten roten Garden versperrt. Kerensky war nicht zu finden. Er war schon wieder, wie seiner Zeit aus dem Winterpalast, entflohen. Was die Umstände seiner Flucht betrifft, so hat General Krassnow am 1. November einen ausführlichen Bericht darüber ausgestellt. Ich lasse dieses merkwürdige Schriftstück hier im Wortlaut folgen:

Den 1. November, 1917, um 19 Uhr.

Um 15 Uhr heute beruft mich der Oberbefehlshaber Kerensky zu sich. Er ist nervös und aufgeregt.

"General!" sagt er, "Sie haben mich verraten! Ihre Kosacken behaupten ganz bestimmt, sie wollten mich festnehmen und den Matrosen ausliefern!"

"Ja," antwortete ich, "man spricht davon und ich weiss, dass Sie hier keine Freunde haben."

"Sind aber auch die Offiziere gleichen Geistes?"

"Ja, die Offiziere sind ganz besonders von Ihnen enttäuscht."

"Was soll ich also tun? Ich werde Selbstmord begehen müssen!"

"Wenn Sie ein Ehrenmann sind, so werden Sie sich sofort unter weisser Flagge nach Petrograd begeben und sich dem militärrevolutionären Ausschuss stellen, mit dem Sie als mit dem Haupt der Regierung beraten können."

"Jawohl, Herr General, das werde ich thuen!"

"Ich gebe Ihnen eine Leibwache mit und werde für Sie auch das Geleit eines Matrosen ausbitten."

"Nur keine Matrosen! Sonst irgend Jemand! Wissen Sie nicht, dass Dybenko da ist?"

"Ich weiss noch nicht einmal, wer das ist!"

"Er ist ein Feind von mir."

"Daran lässt sich wohl nichts ändern. Wer um Grosses spielt, muss auch bereit sein, den Einsatz zu verlieren."

"Nun gut. Aber ich will lieber nachts gehen."

"Weshalb denn? Das wäre eher eine Flucht zu nennen. Gehen Sie doch ruhig und vor Aller Augen, damit jeder weiss, dass Sie nicht die Flucht ergreifen."

"Gut. Nur müssen Sie mir einen zuverlässigen Begleiter verschaffen."

"Das werde ich."

Ich liess einen Kosacken vom 10. Donkosackenregiment rufen, einen gewissen Rysskow, und befahl ihm,

acht Kosacken auszusuchen, die den Oberbefehlshaber zu beschirmen hätten.

Nach einer halben Stunde kamen die Kosacken und berichteten, Kerensky sei schon fort — geflohen. Ich liess Lärm schlagen und nach ihm forschen. Ich glaube nicht, dass er aus Gatschinsk hat entfliehen können, und meine, er muss sich hier irgendwo verborgen halten.

Generalmajor Krassnow,
Kommandierender des 3. Korps.

So endete diese Unternehmung.

Unsere Gegner gaben sich aber noch immer nicht für geschlagen und wollten nicht zugeben, dass die Machtfrage nun entschieden sei. Sie bauten ihre Hoffnungen immer noch auf die Front auf: eine ganze Reihe von Führern früherer Sowjetparteien — Tschernow, Zeretelli, Awksentieff, Götz und andere — begaben sich an die Front, eröffneten Unterhandlungen mit den alten Heeresausschüssen, versammelten sich in Duchonins Lager, versuchten ihn zum Widerstand aufzureizen und brachten es, Zeitungsberichten nach, im Lager beinahe zur Bildung eines neuen Ministeriums. Das Alles führte aber zu nichts. Die alten Heeresausschüsse hatten alle Bedeutung verloren und an der Front wurde in Verbindung mit Ausschüssen und Räten, die berufen wurden, um alle Heeresorganisationen umzuwandeln, Vorzügliches geleistet. In diesen neuen Wahlen siegte die Sowjetregierung auf der ganzen Linie.

Von Gatschinsk folgten unsere Divisionen der Eisenbahnlinie weiter in der Richtung nach dem Luganfluss und Pskow (Pleskau). Unterwegs begegneten sie einigen Eisenbahnzügen mit Kosacken und Stoss-

truppen, welche entweder von Kerensky herangezogen oder von einzelnen Generälen hinübergeschickt wurden. Mit einer dieser Staffeln kam es sogar zu einem Zusammenstoss. Die meisten Soldaten aber, die von der Front nach Petrograd gesandt wurden, erklärten bei der ersten Begegnung mit Vertretern der Sowjetkräfte, dass man sie betrogen habe und sie keinen Finger gegen die Regierung der Soldaten und Bauern erheben würden.

Innere Reibungen.

Indessen wuchs der Kampf um die Sowjetherrschaft bis er das ganze Land umfasste. Besonders in Moskau nahm er äusserst ausgedehnten und blutigen Charakter an. Nicht die kleinste Schuld daran trug wahrlich der Umstand, dass die Führer der Erhebung nicht sofort zum entschlossenen Angriff vorgingen. Im Bürgerkrieg kann der Sieg noch weniger als in irgend einem andern Krieg durch mangelnde Tatkraft und Beharrlichkeit errungen werden. An Zagen ist da nicht zu denken. In Beratungen einzuwilligen ist gefährlich, nicht vorgehen heisst schon Selbstmord. Es handelt sich hier um Massen, die nie irgendeine Macht geführt haben, die also in ihrem Auftreten jeder politischen Sicherheit entbehren. Sie gehen auseinander bei dem ersten Zeichen einer Schwäche an der Revolutionsspitze. Nur wenn die revolutionäre Partei sicher und unerschrocken auf dem eingeschlagenen Kurs beharrt, nur so kann sie den Arbeitern beim Abstreifen ihrer jahrhundertalten Sklaveninstinkte behülflich sein und sie zum Siege führen. Und nur durch entschlossenen Angriff kann der Sieg durch den geringsten Aufwand an Lebenskraft und an menschlichen Opfern erfochten werden.

Die grösste Schwierigkeit ist es aber, solch entschlossen positive Taktik entwerfen zu können, denn das mangelnde Selbstvertrauen des Volkes spiegelt sich natürlich in seinen Führern wieder, die ihrerseits auch dem ungeheuren Druck der Bourgeoisie von oben ausgesetzt sind.

Die liberale Bourgeoisie behandelte den blossen Gedanken einer Regierung der Arbeiterklasse mit Hohn und Entrüstung, und verlieh in diesem Zusammenhang ihren Gefühlen in den zahllosen zu ihrer Verfügung stehenden Organen freien Ausdruck. Dicht hinter ihnen kamen die Intellektuellen, die bei all ihrem hochtrabenden Radikalismus und der sozialistischen Färbung ihrer Weltanschauung doch innerlich die sklavischste Ehrfurcht vor der Stärke und der Verwaltungsfähigkeit der Bourgeoisie hegen. All diese "sozialistischen" Intellektuellen schlossen sich eiligst der Rechten an und sahen in der heranwachsenden Macht der Sowjetregierung nur die Anzeichen des bevorstehenden Untergangs. Nach den Vertretern der "freien" Professionen folgten die kleineren — ausführenden — Techniker, jene Elemente, die durch vom Tische der Bourgeoisie aufgelesene Krümchen ihr Dasein fristen. Der Widerstand dieser Elemente war meistens passiver Art, besonders nach der Erdrückung der Junkererhebung; doch war er nicht zu verachten. Zu jedem Schritte verweigerte man uns die Mitwirkung. Regierungsbeamte traten entweder aus dem Kabinett zurück, oder sie blieben drinnen und leisteten keine Arbeit. Sie wollten weder die Geschäfte noch die Gelder ihrer Abteilungen herausgeben. Telephonistinnen verweigerten uns die verlangten Anschlüsse und im Telegraphenamt wurden unsere Depeschen entweder zurückgehalten oder entstellt. Uebersetzer, Stenographen, sogar Kopisten waren für uns nicht zu haben.

Es führte das alles eine Stimmung herbei, in der verschiedene Elemente in den höheren Schichten unserer Partei von Zweifel befallen wurden, ob es dennoch den Matrosen gelänge, trotz dieses von der bürgerlichen Gesellschaft ins Werk gesetzten Boykotts, den Regierungsbetrieb wieder in Gang zu setzen und sich selbst an der Regierung zu halten. Es kamen wieder Koalitionsvorschläge zum Vorschein. Aber mit wem? Mit der liberalen Bourgeoisie, natürlich! Aber der Versuch einer Koalition mit ihnen hatte ja den Revolutionskarren so schrecklich in den Sand gefahren. Die Erhebung vom 25. Oktober war eine Selbsterhaltungsmassnahme der Massen, nachdem sie von der Impotenz und dem Verrat der Führer der Koalitionsregierung eine zeitlang an der Nase herumgeführt worden waren. Es bleibt also nur eine Koalition innerhalb der Reihen der sogenannten revolutionären Bourgeoisie zu berücksichtigen, d. h., eine Koalition aller Sowjetparteien.

Eine solche Koalition hatten wir aber von jeher befürwortet — auch in der am 25. Oktober stattfindenden Sitzung des zweiten allrussischen Kongresses. Die Kerenskyregierung war gestürzt, und wir rieten dem Sowjetenrat, alle Macht in die eigene Hand zu nehmen. Aber die Parteien der Rechten zogen sich zurück und warfen hinter sich die Tür ins Schloss. Besseres hätten sie auch nicht tun können, stellten sie ja eine völlig bedeutungslose Fraktion des Sowjets dar. Unter den Massen hatten sie keinen Anhang mehr und jene Klassen, die sie noch aus blosser Trägheit unterstützten, gingen alle nach und nach auf unsere Seite über. Eine Koalition mit den Rechten der Sozialrevolutionäre und Menschewiki konnte die soziale Grundlage der Sowjetregierung kaum erweitern, würde aber auch gleichzeitig Elemente ins Personal dieser Regierung einführen, die gänzlich vom politischen Skeptizismus und dem Kultus der liberalen

Bourgeoisie durchdrungen waren. Die ganze Stärke der neuen Regierung lag ja in ihrem bis an die Wurzeln hinabgehenden Programm und in der Kühnheit ihrer Handlungen. . Sich mit den Fraktionen von Tschernow und Zeretelli einzulassen, hätte geheissen, der neuen Regierung Hände und Füsse mit Ketten belegen, sie der Handlungsfreiheit berauben, und in möglichst kurzer Zeit das Vertrauen der Massen verscherzen.

Unsere nächsten politischen Nachbarn nach rechts waren die sogenannten "Linken Sozialrevolutionäre". Im allgemeinen waren sie mit uns, wünschten aber die Bildung einer Koalitionsregierung. Die Eisenbahnerverbindung (die sogenannte Wikshel), der Zentralausschuss der Post- und Telegraphenbeamten — alle waren gegen uns. Und in den höheren Schichten unserer Partei sprach man schon die Ansicht aus, als müsse man sich mit diesen Körperschaften auf die eine oder andere Art verständigen. Aber auf welcher Grundlage? Alle aufgezählten führenden Vereinigungen der vergangenen Zeit hatten ihre Wirksamkeit überlebt. Ihren niedrigeren Schichten gegenüber verhielten sie sich etwa wie die alten Heeresausschüsse gegenüber den Soldaten in den Schützengräben. Die Geschichte hat zwischen Ober- und Unterklasse einen tiefen Abgrund geschaffen. Nicht grundsätzlich gerechtfertigte Kombinationen dieser Führer aus einer vergangenen Zeit, Führer, die von der Revolution längst überflügelt waren, hatten keine andere Aussicht als sicheres Verderben. Völlig und unbedingt mussten wir uns auf die Massen verlassen, um gemeinsam mit ihnen die Sabotage und die vornehmen Ansprüche der Oberklasse zu überwinden.

Wir überliessen es den linken Sozialrevolutionären, den hoffnungslosen Versuch einer Koalition fortzusetzen. Unsere Politik dagegen war es, mit der arbei-

tenden Unterklasse den Vertretern der das Kerenskysche Regiment unterstützenden Organisationen entgegenzutreten. Eine so entschiedene Politik musste auch in den oberen Schichten unserer Partei bedeutende Reibungen und auch Teilungen hervorrufen. Im Zentral-Exekutiv-Ausschuss wurde von den linken Sozialrevolutionären Einwand gegen die Strenge unseres Vorgehens erhoben und die Notwendigkeit der Kompromisse betont. Auch von einigen Bolschewiki wurde dieser Einwand unterstützt. Drei Mitglieder des Volkskommissarenrats legten ihr Amt nieder und traten von der Regierung zurück. Einige Parteiführer stimmten ihnen im Prinzip bei. Das ganze machte in gebildeten und bürgerlichen Kreisen einen ungeheuren Eindruck. Wenn sich die Bolschewiki nicht durch die Junker und die Krassnowschen Kosacken besiegen lassen, so geht die Sowjetregierung doch schliesslich an der eigenen inneren Uneinigkeit zugrunde. Von dieser Uneinigkeit fand sich aber in den Massen keine Spur. Einstimmig unterstützten sie den Volkskommissarenrat, nicht nur gegen konterrevolutionäre Wühler und Saboteure, sondern auch gegen Koalitionisten und Skeptiker.

Das Schicksal der Konstituante.

Als die herrschenden Sowjetparteien nach der Kornilowepisode die Lauheit ihres Verhaltens zur konterrevolutionären Bourgeoisie zu vertünchen versuchten, verlangten sie eine sofortige Berufung der Konstituante. Kerensky, den die Sowjets eben aus der zu innigen Umarmung seines Verbündeten, Kornilows, gerettet hatten, sah sich zu Kompromissen gezwungen. Die Konstituante wurde auf Ende September anberaumt. Bis dahin hatten sich aber die Dinge derartig

gestaltet, dass es wirklich keine Gewähr gab, dass sie je zusammentreten würde.

An der Front befand sich das Heer in einem vorgeschrittenen Auflösungszustand. Desertionen mehrten sich täglich; die Massen der Soldaten drohten in ganzen Regimentern und Korps die Gräben zu verlassen und sich bei Verheerung der durchzogenen Gegenden ins Innere des Landes zu begeben. In den Dörfern wurde ganz allgemein eine Besitzergreifung der Ländereien und sonstigen Besitzungen der Mittelklasse vorgenommen. In einigen Provinzen war schon Belagerungszustand. Die Deutschen rückten weiter vor, nahmen Riga und bedrohten Petrograd. Der rechte Flügel der Bourgeoisie frohlockte mit unverhohlener Schadenfreude über die der revolutionären Hauptstadt drohende Gefahr. Die Geschäftsstellen der Regierung zu Petrograd wurden geräumt und die Kerenskyregierung wollte nach Moskau. Das Zusammentreten der Konstituante wurde nicht nur unsicher, sondern höchst unwahrscheinlich. Von diesem Standpunkt betrachtet, war die Oktobererhebung wohl der rettende Engel der Konstituante, wie auch der Revolution überhaupt. Als wir erklärten, dass der Weg zur Konstituante nicht über Zeretellis Vorparlament, sondern über eine bolschewistische Besitznahme der Regierungsmacht führe, war die Erklärung auch ganz ehrlich gemeint.

Die nie endenwollende Verzögerung in der Berufung der Konstituante musste aber auch auf diese Einrichtung selbst einen Einfluss ausüben. Obgleich sie schon in den ersten Tagen der Revolution verkündigt wurde, so sollte sie erst nach 8—9 Monaten erbitterten Klassenkampfes ins Leben treten. Sie erschien zu spät, um wirklich schöpferische Kraft zu haben. Ihre innere Unvollkommenheit war auf eine einzige Tatsache zurückzuführen, welche zuerst unwichtig er-

schien, später aber für das Schicksal der Konstituante ungeheure Wichtigkeit annahm.

Der Zahl nach war in der ersten Epoche die führende Revolutionspartei die der Sozialrevolutionäre. Schon habe ich ihre Formlosigkeit, ihre bunte Zusammensetzung erwähnt. Die Revolution führte notwendigerweise zur Ausscheidung jener Mitglieder, die ihr unter dem Banner des Populismus beigetreten waren. Der linke Flügel, der unter einigen Arbeitern und der grossen Masse der ärmeren Bauern einen Anhang hatte, entfremdete sich immer mehr von der übrigen Partei. Dieser Flügel fand sich in einem unversöhnlichen Gegensatz zu den kleineren und mittleren bürgerlichen Zweigen der sozialrevolutionären Partei. Aber das Trägheitsmoment der Parteiorganisation und der Parteitraditionen verzögerten den unausbleiblichen Klärungsprozess. In Parteilisten herrscht noch bekanntlich die Verhältniswahl. Da diese Listen aber 2—3 Monate vor der Oktobererhebung aufgestellt und seitdem keiner Aenderung unterzogen waren, so stellten linke und rechte Sozialrevolutionäre darin immer noch eine ungeteilte Partei vor. Zur Zeit der Oktobererhebung — da Sozialrevolutionäre der Rechten die Linken verhafteten und Letztere sich mit den Bolschewiki zum Umsturz des Kerenskykabinetts verbanden — behielten aber die alten Listen noch volle Gültigkeit: in den Wahlen für die Konstituante müssten also die Bauern für jene Namen stimmen, an deren Spitze Kerensky stand und die auch die Namen der linken Sozialrevolutionäre enthielten, die sich an der Verschwörung zu seiner Absetzung beteiligten.

Waren die der Oktobererhebung vorangehenden Monate eine Periode des beständigen Steigens vom Einfluss der Linken unter den Massen gewesen — eines allgemeinen Wachsens also vom Anhang der Bolschewiki unter Arbeitern, Soldaten und Bauern, —

so fand dieser Vorgang innerhalb der sozialrevolutionären Parteien in einem Gedeihen des linken Flügels auf Kosten des rechten sein Gegenstück. Nichtsdestoweniger wiesen die Parteiverzeichnisse der Sozialrevolutionären eine Mehrheit von drei gegen eins zugunsten der alten Führer des rechten Flügels auf — der Männer, die in den Tagen der Koalition mit der liberalen Bourgeoisie alle revolutionäre Geltung verloren hatten.

Dazu kommt auch, dass die Wahlen selbst in die auf die Oktobererhebung folgenden Wochen fielen. Langsam verbreitete sich die Nachricht des Umsturzes aus der Hauptstadt in die Provinz, aus den Städten an die Dörfer. An vielen Orten hatte die Bauernschaft nur eine unklare Vorstellung von dem, was sich in Petrograd und Moskau vollzog. Sie stimmte für "Land und Freiheit", für ihre Vertreter in den Grundbodenausschüssen, die sich meistens unter dem Banner des Populismus angesammelt hatten. Das hiess aber auch gleichzeitig für Kerensky und Awksentjeff stimmen, die die Grundbodenausschüsse auflösten und ihre Mitglieder verhafteten. Es ergab sich der sonderbare politische Widerspruch, dass eine der beiden, die konstituierende Versammlung auflösende Parteien — die linken Sozialrevolutionäre nämlich, — ihre Mandate durch Wählerverzeichnisse gewonnen hatte, die ihr mit derjenigen Partei gemeinsam zukamen, welche die Mehrheit der Vertreter in die Konstituante schickte. Diese Wirklichkeitsseite der Situation muss es ja klarlegen, wie weit die Konstituante hinter dem Lauf der politischen Ereignisse und Parteigruppierungen hinterherhinkte.

Die Prinzipienfrage verdient nun unsere Aufmerksamkeit.

Die Grundsätze der Demokratie und der proletarischen Diktatur.

Als Marxisten sind wir nie Götzendiener am Altar der demokratischen Form gewesen. In einer Klassengesellschaft sehen die demokratischen Einrichtungen nicht nur von dem Klassenkampf ab, sondern sie verleihen den Klasseninteressen einen äusserst mangelhaften Ausdruck. Den besitzenden Klassen stehen immer Dutzende und Hunderte von Mitteln zur Verfügung, den Willen der Arbeitenden zu fälschen, verletzen und umzustossen. Und unter revolutionären Umständen werden die demokratischen Einrichtungen zu einem noch unvollkommeneren Ausdruck des Klassenkampfes. Marx nannte die Revolutionen "die Lokomotiven der Geschichte". Durch den offenen, unmittelbaren Kampf um die Macht gewinnen die Arbeiter in kurzer Zeit reiche politische Erfahrung und durchlaufen rasch die verschiedenen Stadien ihrer Entwicklung. Der schwerfällige Mechanismus der demokratischen Einrichtungen wird durch diese Entwicklung um so entschiedener zurückgelassen, als die Ausdehnung des Landes eine ungeheure, und sein technischer Apparat ein mangelhafter ist.

Die Sozialrevolutionäre in der Konstituante erwiesen sich als die Mehrheit: die Zügel der Regierung lagen also dem Parlamentsverfahren gemäss in ihrer Hand. Aber die Rechten der Sozialrevolutionäre hatten schon in der ganzen Vor-Oktober-Epoche Gelegenheit gehabt, die Herrschaft zu führen; diese verantwortliche Regierungstätigkeit scheuten sie sich aber anzunehmen und sie überliessen also den Löwenanteil daran der liberalen Bourgeoisie. Diese Handlungsweise hatte den rechten Sozialrevolutionären schon die letzte Spur ihres Einflusses bei den revolutionären Elementen benommen, noch ehe sie durch ihre numerische Stärke innerhalb der Konstituante vor die Frage

einer Regierungsbildung gestellt wurden. Die arbeitende Klasse, wie auch die roten Garden, waren der Partei der rechten Sozialrevolutionäre sehr feindlich gesinnt. Die allermeisten Soldaten unterstützten die Bolschewiki. Die Sympathien des revolutionären Elements in den Provinzen waren zwischen Sozialrevolutionären der Linken und Bolschewiki geteilt. Die Matrosen, die in den revolutionären Handlungen eine so wichtige Rolle gespielt hatten, standen fast ohne Ausnahme auf unserer Seite. Die rechten Sozialrevolutionäre hatten übrigens aus den Sowjets, die im Oktober — also vor der Anberaumung der Konstituante — die Regierung übernahmen, austreten müssen. Auf wessen Unterstützung konnte also ein aus der Mehrheit der Konstituante hervorgehendes Kabinett noch rechnen? Einen Rückhalt hatte es an den Oberklassen in den Provinzen, den Intellektuellen, den Regierungsbeamten, und, vorläufig noch, an der Rechten der Bourgeoisie. Aber eine solche Regierung würde der materiellen Verwaltungsmittel gänzlich entbehren. In einem politischen Zentrum von der Art Petrograds würde sie, vom ersten Augenblick an, auf unüberwindlichen Widerstand stossen. Hätte der Sowjet unter diesen Umständen sich die formelle Logik der demokratischen Körperschaften zur Richtschnur genommen, die Regierung also der Partei von Kerensky und Tschernow in die Hände gelegt, so hätte eine solche, schon derartig kompromittierte und geschwächte Regierung nur zu einer zeitweiligen Verwirrung im politischen Leben der Nation führen können und in einigen Wochen durch eine neue Aufwallung gestürzt werden müssen. Die Sowjets beschlossen, dieses verspätete Experiment der Geschichte auf den schmalsten Spielraum zu beschränken und lösten die Konstituante schon bei ihrem ersten Zusammentreten auf.

Dafür wurde unsere Partei schwer getadelt. Diese

Auflösung der Konstituante hat sogar unter den führenden Kreisen der sozialistischen Parteien des Westens einen entschieden ungünstigen Eindruck hinterlassen. Kautsky hat in einer mit der ihm eigentümlichen Pedanterie ausgestatteten Artikelserie die zwischen den sozialrevolutionären Problemen des Proletariats und dem politischdemokratischen Regiment bestehenden Zusamenhänge erläutert. Er hat den Beweis zu liefern gesucht, dass es letzten Endes immer zum Nutzen der Arbeiter gereiche, die wesentlichsten Bestandteile der demokratischen Ordnung beizubehalten. Was im grossen Ganzen auch zutrifft. Aber aus dieser Geschichtswahrheit hat Kautsky eine Prefessorenweisheit gezimmert. Ist es letzten Endes wahr, dass das Proletariat besser daran handelt, seinen Klassenkampf und sogar seine Diktatur in die Formen der demokratischen Einrichtungen fliessen zu lassen, so darf man aber aus diesem Grundsatz nicht die Schlussfolgerung ziehen, dass die Geschichte dem Proletariat auch jedesmal die Benutzung dieser glücklichen Konjunktur gewähren wird. In der Marxschen Lehre findet sich nichts, was zur Annahme rechtfertigt, es werde die Geschichte immer die dem Proletariat "günstigsten" Zustände schaffen.

Wie sich die Revolution entwickelt hätte, wenn die Konstituante wirklich im zweiten oder dritten Monat derselben in Sitzung geblieben wäre, ist jetzt sehr schwer zu bestimmen. Wahrscheinlich ist, dass die darin vorherrschenden sozialrevolutionären und menschewistischen Parteien sich und die ganze Konstituante blamiert hätten, und das nicht nur in den Augen der rührigen, die Sowjets unterstützenden Elemente, sondern auch der rückständigeren demokratischen Massen, deren Hoffnungen sie zu Anhängern der Konstituante, nicht der Bolschewiki, gemacht hatten. Unter diesen Umständen hätte die Auflösung der Konstituante wohl zu neuen Wahlen geführt, in denen die

Partei der Linken wohl die Mehrheit erhalten hätte. Einen andern Weg hat aber die Entwicklung eingeschlagen. Die Wahlen für die Konstituante hatten im neunten Monat der Revolution stattgefunden und bis dahin hatte der Klassenkampf schon solch heftige Formen angenommen, dass er durch die ihm innewohnende Kraft den Formenrahmen der Demokratie zerbarst.

Das Proletariat zog das Heer und die Bauern nach sich. Diese Klassen lagen in einem offenbaren und erbitterten Kampf mit den rechten Sozialrevolutionären. Diese Partei hatte es, kraft des schwerfälligen demokratischen Wahlmechanismus in der Konstituante, zu einer Mehrheit gebracht, welche die Zustände vor der Oktobererhebung ausdrückte. Es ergab sich ein Widerspruch, der innerhalb der Formen des demokratischen Verfahrens unlösbar war. Nur politische Pedanten, die kein Auge haben für die revolutionäre Logik der Klassenbeziehungen, können, trotz der Lage nach dem Oktober, dem Proletariat abgeschmackte Strafpredigten vorlesen über die Vorteile und Wohltaten der Demokratie im Dienste des Klassenkampfes.

Die Geschichte hat die Frage viel konkreter und schärfer gestellt. Die Konstituante musste, der Beschaffenheit ihrer Majorität nach, die Regierung der Gruppe von Tschernow, Kerensky und Zeretelli ausliefern. Konnte diese Gruppe die Geschicke der Revolution leiten? Konnte sie in jener Klasse Stärkung finden, die das Rückgrat der Revolution bildet? Nein! Der wahre Kern der Klassenrevolution barst erbarmungslos ihre demokratische Schale. Das Los der Konstituante war entschieden. Ihre Auflösung war der einzige chirurgische Eingriff, der aus der Lage retten konnte, die nicht von uns, sondern von der ganzen voraufgehenden Entwicklung geschaffen war.

Friedensverhandlungen.

In der historisch gewordenen Nachtsitzung des zweiten allrussischen Sowjetenkongresses war der Beschluss angenommen worden, baldigst in Friedensverhandlungen einzutreten. Es wurde damals eben erst die Sowjetregierung in den Hauptzentren des Landes eingeführt, und im Auslande schenkte man ihr nur geringes Vertrauen. Der Sowjet hatte den Erlass einstimmig angenommen. Vielen unter uns galt das aber nur als eine politische Kundgebung. Diejenigen, die für Kompromiss waren, predigten unaufhörlich von der Aussichtslosigkeit unseres Beschlusses, denn einerseits werden die deutschen Imperialisten uns weder anerkennen, noch mit uns unterhandeln; andererseits werden uns die Alliierten sofort nach Eintritt in Verhandlungen um einen Sonderfrieden den Krieg erklären. Unter dem Schatten dieser Vorbedeutungen taten wir die ersten Schritte zur Erlangung eines allgemeinen demokratischen Friedens. Am Tag der Annahme dieses Beschlusses (26. Oktober) standen Kerensky und Krassnow vor den Toren Petrograds. Am 7. November richteten wir eine drahtlose Einladung an unsere Alliierten und Feinde, einen allgemeinen Frieden zu schliessen. Als Antwort liessen uns die Alliierten durch ihre Militärattachés mitteilen, dass weitere Schritte zur Abschliessung eines Sonderfriedens die schwersten Folgen nach sich ziehen würden. Am 11. November beantworteten wir diesen Protest durch einen Appell an alle Arbeiter, Soldaten und Bauern. In diesem Appell erklärten wir, dass wir unter keinen Umständen von unserem Heere verlangten, es solle sein Blut unter dem Knüppel der fremden Bourgeoisie vergiessen. Die Drohungen der Imperialisten des Westens warfen wir bei Seite und nahmen die Verantwortung vor der internationalen Arbeiterklasse für unsere Friedenspolitik auf unsere eigenen

Schultern. Zunächst veröffentlichten wir in Ausführung unserer grundsätzlichen Versprechungen die geheimen Verträge, unter gleichzeitiger Erklärung, dass wir von diesen Verträgen alles für ungültig erklärten, was den Interessen der Massen in allen Ländern zuwiderläuft. Die kapitalistischen Regierungen bemühten sich, unsere Enthüllungen gegen einander auszuspielen, aber die Massen der Völker verstanden und anerkannten uns. Keine einzige sozialdemokratische Zeitschrift hat unseres Wissens irgend einen Einwand dagegen erhoben, dass von einer Regierung der Bauern und Arbeiter diplomatische Arbeitsmethoden gänzlich umgeformt würden: sie konnten uns nicht in der Verwerfung der ehrlosen Schikane und Ränke der alten Diplomatie widersprechen. Wir machten es zur Aufgabe unserer Diplomatie, die Massen aufzuklären, ihnen die Augen zu öffnen über die wirkliche Bedeutung der Politik ihrer Regierungen, um sie in einen gemeinsamen Kampf und Hass gegen die bürgerlich-kapitalistische Ordnung zu vereinigen. Die deutsche bürgerliche Presse beschuldigte uns des "Verzögerns" der Friedensverhandlungen; aber alle Völker folgten mit banger Spannung den Brest-Litowsker Besprechungen. Und das war ein Verdienst um die Friedenssache, das uns auch von unseren ehrlicheren Feinden zugestanden wurde. Die Friedensfrage wurde der Welt also zunächst in einer Form vorgelegt, die es unmöglich machte, sie länger durch Machenschaften hinter den Kulissen zu ersticken. Am 27. November unterzeichneten wir einen Waffenstillstand, der den Abbruch aller militärischen Tätigkeiten auf der ganzen Front, von der Ostsee zum Schwarzen Meer, bedeutete. Wir richteten noch einmal an unsere Alliierten die Einladung, sich uns zu gemeinsamer Führung der Friedensunterhandlungen anzuschliessen. Wir erhielten keine Antwort darauf, doch unterliessen es die Alliierten diesmal, uns zu drohen. Am 9.

Dezember, anderthalb Monate nach der Annahme des Friedenserlasses, hoben die eigentlichen Unterhandlungen an. Die von der gekauften sozialdemokratischen Presse erhobene Beschuldigung, wir hätten keine Schritte getan, mit unseren Alliierten zu einer gemeinsamen Friedensbasis zu kommen, ist also gänzlich erlogen. Anderthalb Monate lang unterrichteten wir unsere Alliierten über alle vorgenommenen Schritte und ersuchten sie wiederholt, den Verhandlungen beizutreten. Vor den Völkern Frankreichs, Italiens und Grossbritanniens ist unser Gewissen rein . . . Wir taten alles in unserer Macht Stehende, um alle Kriegführenden zu veranlassen, den Verhandlungen beizuwohnen. Sind wir gezwungen worden, separate Friedensunterhandlungen anzuknüpfen, so geschah das nicht durch unsere Schuld, sondern durch die der westlichen Imperialisten, wie auch jener russischen Parteien, die beständig den nahen Untergang der Arbeiter- und Bauernregierung voraussagten und die Alliierten ersuchten, unserer Friedensinitiative keine ernstliche Aufmerksamkeit zu schenken. Auf jeden Fall begannen die Friedensunterhandlungen am 9. Dezember. Unsere Deputation verlas eine Erklärung ihrer Prinzipien, in der die Basis eines allgemeinen demokratischen Friedens wörtlich dem Erlass des 26. Oktober (8. November neuen Stils) entnommen war. Unsere Gegner verlangten Abbruch der Sitzungen und ihre Wiedereröffnung wurde auf Anregung Kühlmanns mehrmals aufgeschoben. Es war jedem klar, dass die Vertretung der deutschen Verbündeten es nicht leicht fand, die Antwort auf unsere Erklärung zu formulieren. Am 25. Dezember erfolgte die Antwort. Die Diplomaten der deutschen Verbündeten drückten ihre Uebereinstimmung aus mit unserer demokratischen Formel des Friedens ohne Gebietserweiterungen oder Entschädigungen auf dem Boden der Selbstbestimmung der Völker. Uns war das

natürlich ein Vorwand, aber wir hatten nicht erwartet, dass sie sich zu heucheln bemüht hätten, ist die Heuchelei doch, in den Worten eines französischen Schriftstellers, ein Tribut, den das Laster der Tugend zahlt. Dass die deutschen Imperialisten es für nötig fanden, den Prinzipien der Demokratie diesen Tribut zu zollen, war in unseren Augen schon Beweis genug, dass die Lage innerhalb Deutschlands eine sehr ernste war. . . . . Hatten wir aber im Allgemeinen keine Illusionen über die Neigung der Herren Kühlmann und Czernin zur Demokratie — kannten wir doch nur zu gut die Eigenart der herrschenden Klassen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, — so müssen wir doch zugeben, dass wir nicht den Abgrund ahnten, der die wirklichen Grundsätze des deutschen Imperialismus von den von Kühlmann am 25. Dezember als Parodie der russischen Revolution aufgestellten Erklärungen trennte: ein Abgrund, der sich eigentlich erst später offenbarte. Eine solche Unverfrorenheit hatten wir nicht erwartet.

Kühlmanns Antwort machte auf die arbeitenden Massen Russlands ungeheuren Eindruck. Sie wurde als Ergebnis der Furcht der herrschenden Klassen in den Mittelmächten vor der wachsenden Ungeduld der arbeitenden Massen Deutschlands aufgefasst. Am 28. Dezember fand in Petrograd eine gemeinsam veranstaltete Kundgebung der Arbeiter und Soldaten für einen demokratischen Frieden statt. Am nächsten Morgen kehrte unsere Deputation von Brest-Litowsk zurück, mit den räuberischen Forderungen, die Herr von Kühlmann im Namen der Mittelmächte als ihre Auslegung seiner "demokratischen" Formeln an uns richtete.

Beim ersten Blick wird es nicht einleuchten, warum die deutsche Diplomatie, zwei oder drei Tage vor der Entschleierung ihres wölfischen Appetits, demokrati-

sche Formeln hätte aussprechen sollen: was wollte die deutsche Diplomatie dadurch erreichen? Wenigstens scheinen die sich um die demokratischen Formeln entspinnenden theoretischen Erörterungen, die hauptsächlich auf Kühlmanns eigene Initiative zurückzuführen sind, etwas gefährlich gewesen zu sein. Das Geheimnis von Kühlmanns diplomatischem Verfahren besteht aber darin, dass dieser wirklich meinte, ein vierhändiges Spiel mit uns spielen zu können. Er wandte bei sich wohl folgende Beweisführung an: Russland braucht den Frieden; die Bolschewiki kamen zur Macht, weil sie um Frieden kämpften; die Bolschewiki wollen diese Macht beibehalten und das können sie nur, wenn sie es wirklich zu einem Friedensabschluss bringen. Zwar haben sie sich zu einem ganz bestimmten demokratischen Friedensprogramm verpflichtet, aber wozu sind wir denn Diplomaten, wenn wir den Leuten nicht Schwarz als Weiss vorspiegeln können? Wir Deutsche werden den Bolschewiki ihre Sache leichter machen, indem wir unsern Raubzug in demokratische Formeln einhüllen. Die bolschewistische Diplomatie hat jeden Grund, ja nicht zur politischen Wurzel der Sache hinabzugehen — oder vielmehr, der ganzen Welt den Inhalt der verlockenden Formeln blosszulegen. . . . . Mit anderen Worten, verliess sich Kühlmann auf ein schweigendes Verständnis mit uns: Wir erhalten unsere schöne Formel unversehrt zurück und geben ihm dafür Gelegenheit, ohne Protest Provinzen und Völker für Deutschland zu erwerben. In den Augen der deutschen Arbeiter würden die Annexionen also scheinbar die Einwilligung der russischen Revolution erhalten. Als wir aber in den Besprechungen klar machten, dass es uns nicht um leere Worte oder um die Verschleierung einer hinter den Kulissen abgehaltenen Verschwörung handelte, sondern um die Aufstellung demokratischer Grundlagen zum Zusammenleben der Nationen, nahm

Kühlmann dieses als eine mutwillige und boshafte Verletzung der stillen Verabredung auf. In keinem Stück wollte er von der in den Formeln des 25. Dezember behaupteten Stellung weichen. Sich auf seine schlaue bürokratisch-juristische Logik stützend, versuchte er vor der ganzen Welt den Beweis zu liefern, dass sich Weiss in keinem Punkte von Schwarz unterscheide, und dass nur unser eignes Wollen uns auf einen derartigen Unterschied bestehen lasse. Graf Czernin, der Vertreter Oesterreich-Ungarns, spielte in diesen Verhandlungen eine Rolle, die wohl niemandem imponieren oder genügen wird. Ein gewandter Sekundant war er keineswegs und er unterzog sich der Aufgabe, immerwährend auf Kühlmanns Instruktionen hin die übertriebensten und zynischsten Ansichten zur Schau zu tragen. General Hoffmann schlug in den Verhandlungen eine erfrischende Note an. Den diplomatischen Konstruktionen Kühlmanns wenig Teilnahme entgegenbringend, liess der General mehrmals seinen Soldatenstiefel auf dem Tisch ruhen, um welchen sich die verwickeltsten rechtlichen Diskussionen bewegten. Unsererseits zweifelte man auch keinen Augenblick daran, dass dieser Stiefel des General Hoffmann gerade die einzig fassbare Wirklichkeit der Unterhandlungen war.

Der starke Trumpf, den Herr Kühlmann in der Hand hatte, war die Beteiligung einer Deputation der Rada zu Kiew an den Unterhandlungen. Denn die ukrainischen Mittelklassen, die die Macht ergriffen hatten, schienen auf die "Anerkennung" ihrer Regierung durch die kapitalistischen Regierungen Europas wie versessen zu sein. Zuerst stellte sich die Rada den alliierten Imperialisten zur Verfügung, strich von ihnen etwas Taschengeld ein, um dann sogleich ihre Vertreter nach Brest-Litowsk zu schicken, damit sie dort hinter dem Rücken Russlands mit der österreichisch-ungarischen Regierung um die Anerkennung

der gesetzmässigen Geburt ihrer Regierung schachern konnten. Kaum hatte sie den ersten Schritt auf dem Wege zum "internationalen" Dasein getan, so wies die Kiewer Diplomatie dieselben engherzigen sittlichen Grundsätze auf, die den kleinen Politikern des Balkans immer eigen waren. Die Herren Kühlmann und Czernin hegten wohl keine Zweifel hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit des neuen Teilnehmers an der Unterhandlung. Aber sie meinten ganz richtig, dass die Beteiligung der Kiewer Deputation das Spiel nicht ganz zu ihren Ungunsten verwirrte.

Bei ihrem ersten Erscheinen zu Brest-Litowsk beschrieb die Kiewer Deputation die Ukraine als einen Bestandteil der eben im Werden begriffenen russischen Republik. Das verursachte den Diplomaten der Mittelmächte nicht geringe Verlegenheit, denn sie hielten es ja für ihre Hauptaufgabe, Russland in eine neue balkanische Halbinsel umzuwandeln. Bei ihrem zweiten Erscheinen erklärte die Deputation auf Einreden der österreichisch-ungarischen Diplomatie, dass die Ukraine sich weigere, sich der russischen Föderation anzuschliessen und eine völlig unabhängige Republik werden wolle. Um dem Leser einen einigermassen klaren Begriff der Lage zu geben, vor die der Sowjet durch diesen Umschlag im letzten Moment der Unterhandlungen gestellt wurde, halte ich es für passend, hier wenigstens in ihren wesentlichsten Teilen die Ansprache wiederzugeben, die der Verfasser dieser Zeilen in seiner Eigenschaft als Volkskommissär für äussere Angelegenheiten am 14. Februar 1918 in der Sitzung des Zentral-Exekutiv-Ausschusses hielt.

Leon Trotzkys Ansprache im 2. Allrussischen Sowjet-Kongress.

Genossen! Dem Sowjetischen Russland erwächst nun die Aufgabe, nicht nur das Neue aufzubauen, sondern auch gewissermassen das Alte wieder zusammenzufügen, was in erster Linie bedeutet, alle Rechnungen, hauptsächlich die des vierthalbjährigen Krieges, zu bestreiten. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kriegführenden Länder hat der Krieg auf die Probe gestellt. Das Schicksal Russlands, eines armen rückständigen Landes, in einem längeren Kriege, war leicht vorauszubestimmen. In dem furchtbaren Zusammenstoss der Kriegsmaschinen war doch letzten Endes das ausschlaggebende Moment die Fähigkeit des Landes, seine Industrie den Kriegsforderungen anzupassen, sie in möglichst kurzer Zeit umzuschaffen, und in fortwährend wachsenden Mengen die Zerstörungswerkzeuge zu liefern, die in diesem Völkermorden so schnell aufgebraucht werden. Auch die rückständigsten Länder konnten zu Anfang des Krieges diese mächtigen Kriegswerkzeuge besitzen, d. h., sie konnten sie aus fremden Ländern einführen. Und das wurde auch von den rückständigen Ländern, Russland eingeschlossen, getan. Aber sehr rasch zerfrisst der Krieg sein totes Kapital und fordert unaufhörlich seine Ersetzung durch neues. Die militärische Macht eines jeden in den Strudel des Weltkriegs hineingezogenen Landes beruht eigentlich auf seiner Fähigkeit, von andern unabhängig, und auch bei fortdauerndem Kriege, seine Geschütze, Granaten, und seinen sonstigen Bedarf herzustellen.

Hätte der Krieg in sehr kurzer Zeit die Frage vom Gleichgewicht der Mächte entscheiden können, so wäre es theoretisch nicht undenkbar, dass

sich Russland auf der sieghaften Seite der Schützengräben befände. Der Krieg zog sich aber in die Länge und zwar nicht durch Zufall. Die blosse Tatsache, dass die ganze internationale Politik der letzten 50 Jahre von der Errichtung eines sogenannten "europäischen Gleichgewichts" ausging, d. h., von einem Zustand, in dem sich die feindlichen Gruppen annähernd aufwiegen, schon diese Tatsache musste bei der heutigen Macht und dem heutigen Reichtum der bürgerlichen Nationen dem Krieg eine ungewöhnliche Länge verleihen. Das heisst in erster Linie die Erschöpfung der rückständigen und wirtschaftlich unentwickeltsten Länder.

Militärisch genommen erwies sich Deutschland als die stärkste Macht, wegen der Kraft seiner Industrien und ihrer der altfränkischen Einrichtung des Staates voraneilenden modernvernünftigen Verwaltung. Frankreich erwies sich mit seinem unentwickelten Stadium des Kapitalismus als Deutschland sehr unterlegen, und sogar eine so grosse Kolonialmacht wie Grossbritannien zog im Wettlauf mit Deutschland, wegen der konservativen und gewohnheitsmässigen Art der englischen Industrie, den Kürzeren. Als die Geschichte die russische Revolution vor die Friedensverhandlungen stellte, zweifelten wir nicht daran, dass wir in diesen Unterhandlungen, und bis zum entscheidenden Eingreifen des europäischen Proletariats, die Kriegsrechnung von vierthalb Jahren zahlen müssten. Bei uns gab es keinen Zweifel, dass wir es im deutschen Imperialismus mit einem Gegner zu tun hatten, der von dem Bewusstsein seiner im jetzigen Kriege schlagend bewiesenen ungeheuren Macht ganz erfüllt war.

Alle von bürgerlichen Cliquen aufgestellten Ar-

gumente, dass wir unvergleichlich stärker gewesen wären, wenn wir diese Verhandlungen gemeinsam mit unseren Alliierten geführt hätten, entbehren jeder Begründung. Um zu einer unbestimmten zukünftigen Zeit mit unseren Alliierten zusammen Friedensverhandlungen führen zu können, mussten wir zuallererst mit ihnen den Krieg fortsetzen. Und wenn unser Land bis dahin noch weiter erschöpft und abgeschwächt ist, so werden wir den Krieg unter Bedingungen schliessen müssen, die uns noch ungünstiger sind als die jetzt zu bekommenden. Gegeben der Fall, es ginge die Kombination, in der sich Russland durch die internationalen Verpflichtungen des Zarismus und der Bourgeoisie befand, also die von Grossbritannien geleitete Gruppe, aus diesem Kriege siegreich hervor — nehmen wir vorläufig diesen sehr unwahrscheinlichen Ausgang an — sogar in diesem Falle, Genossen! heisst das nicht, dass auch **unser** Land einen Sieg erlebt hätte. Denn im weiteren Lauf dieses langwährenden Krieges wäre Russland noch weiter erschöpft und ausgeplündert worden. Die führenden Geister im siegreichen Lager, d. h., Grossbritannien und Amerika, würden in jenem Falle unserem Lande gegenüber ähnlich gehandelt haben wie Deutschland während der Friedensverhandlungen. Es wäre kindisch töricht, die Politik imperialistischer Länder von irgend einem andern Standpunkt zu betrachten, als dass sie von krassen Interessenrücksichten und materiellen Machtfragen geleitet werden. Sind wir also augenblicklich vor den Augen der Imperialisten der ganzen Welt geschwächt, so rührt das nicht daher, dass wir uns aus dem Feuerkreis des Krieges befreit haben, nachdem wir uns schon von den Fesseln internationaler Kriegsverpflichtungen befreit hatten. Nein! Wir sind geschwächt durch eben jene

Politik der zaristischen und bürgerlichen Klassen, die wir als revolutionäre Partei vor und nach Ausbruch dieses Krieges bekämpft haben.

Ihr gedenkt noch, Genossen! unter welchen Umständen unsere Deputation das letzte Mal stracks von der Sitzung des dritten allrussischen Sowjetenkongresses nach Brest-Litowsk ging. In jener Sitzung hatten wir über den Zustand der Verhandlungen und die Forderungen unserer Gegner berichtet. Diese Forderungen waren weiter nichts als versteckte oder halbversteckte Annexionsgelüste auf Kosten Littauens, Kurlands, eines Teiles von Livland, der Inseln des Mondsundes, sowohl als eine kaum verhüllte Forderung einer Kriegsentschädigung, die uns damals im Betrage von einigen sechs, acht oder sogar zehn Milliarden Rubeln vorschwebte. Nach der Aufhebung der Sitzungen, die etwa zehn Tage dauerte, fanden in Oesterreich-Ungarn bedeutende Unruhen statt; Massenstreiks von Arbeitern brachen hie und da hervor, und diese Streiks waren die erste Anerkennung unserer Führung der Friedensverhandlungen, die uns das Proletariat der Mittelmächte, den Annexionsgelüsten des deutschen Militarismus gegenüber, bezeugte. Wir versprachen in diesem Zusammenhang nicht Wunder zu leisten, betonten aber, dass die von uns befolgte Strasse die einzig noch übrigbleibende war, wodurch der revolutionären Demokratie die Möglichkeit einer fortschreitenden Weiterentwicklung geboten wurde. Wir haben alle Ursache, uns darüber zu beklagen, dass das Proletariat der anderen Länder, und ganz besonders der Mittelmächte, nur zu langsam in die Strasse des offenen revolutionären Kampfes einlenkt; leider muss man gestehen, dass es sich allzulangsam entwickelt, — doch konnten wir in Oester-

reich-Ungarn eine Bewegung beobachten, die als direkter Wiederhall der Brest-Litowsker Besprechungen das ganze Land aufwühlte.

Als wir nach Brest-Litowsk abreisten, waren wir alle der Ansicht, dass kein Grund zur Annahme vorliege, als würde gerade diese Woge den ganzen deutsch-österreichischen Militarismus in den Kehricht spülen. Hätte man uns dessen überzeugt, so wären wir sehr gern bereit gewesen, das von Vielen von uns verlangte Versprechen zu geben, dass wir auf keinen Fall einen Frieden mit Deutschland unterzeichnen würden. Schon damals erklärte ich es für unmöglich, ein solches Versprechen zu geben, da wir in jenem Falle uns der Verpflichtung unterzogen hätten, den deutschen Militarismus zu besiegen, und das Geheimmittel zu einem solchen Sieg fand sich nicht in unserm Besitz. Und da wir es nicht auf uns nehmen konnten, das Gleichgewicht der Weltmächte in einigen wenigen Augenblicken zu verschieben, so erklärten wir offen und frei, dass es Umstände gebe, in denen sich eine revolutionäre Macht zu einem Annexionsfrieden bequemen müsse. Ihren hohen Grundsätzen würde die Revolutionsmacht nur dann untreu geworden sein, wenn sie ihrem eigenen Volke die verbrecherische Beschaffenheit des Friedens verschwiegen hätte, keineswegs aber durch eine im Laufe des Kampfes aufgezwungene Annahme eines solchen Friedens.

Gleichzeitig machten wir darauf aufmerksam, dass wir unter Umständen abreisten, die die Wiederanknüpfung der Verhandlungen als günstiger für uns und ungünstiger für unsere Feinde erscheinen liessen. Wir erwähnten die Bewegung in Oesterreich-Ungarn, und dass es auch Zeichen gebe — und dazu dienten uns Aussagungen der Vertre-

ter der deutschen Sozialdemokratie im Reichstag als Beleg —, dass sich in Deutschland Aehnliches vorbereite. Mit dieser Hoffnung fuhren wir ab. In den ersten Tagen dieses Aufenthalts zu Brest-Litowsk brachte uns eine drahtlose Depesche von Wilna die ersten Nachrichten von einer riesigen Streikbewegung in Berlin; die Berliner wie auch die österreichisch-ungarische Bewegung war unmittelbar auf den Verlauf der Brester Verhandlungen zurückzuführen. Doch musste, wie das wegen der Eigenart der Klassenkampfdialektik so oft in ähnlichen Fällen vorkommt, grade diese auffallende Anhebung der proletarischen Aufwallung, die alles bisher in Deutschland Dagewesene in den Schatten stellte, die Besitzenden zu grösserer Einigkeit befestigen und zu schärferem Auftreten gegen das Proletariat anregen. Die herrschenden Klassen in Deutschland sind von einem genügend starken Selbsterhaltungstrieb beseelt, zu verstehen, dass in solchem Notfalle zugestandene, wenn auch noch so geringe Konzessionen, die von ihnen gleichsam vor den Augen der eigenen Volksmassen ausgingen, einer Uebergabe vor dem Gedanken der Revolution gleichkamen. Sobald also die erste Zeit der Bestürzung vorüber war — da Kühlmann noch mit Absicht die Verhandlungen mit nebensächlichen, gleichgiltigen Fragen hinausschob — sobald die Streiks beigelegt waren und er überzeugt war, dass seinen Herren vorläufig keine Gefahr drohte, änderte er wieder den Kurs und schlug einen Ton grenzenloser Sicherheit und draufgängerischen Muts an.

Durch die Beteiligung der Kiewer Rada wurden die Verhandlungen erschwert. Schon das letzte Mal machten wir darauf aufmerksam. Die Deputation der Kiewer Rada traf zu einer Zeit ein, da

die Rada immer noch einer ziemlich starken Bewegung in der Ukraine entsprach und da das Mittel zur Liquidierung des Krieges noch nicht bestimmt war. Gerade zu jener Zeit boten wir der Rada offiziell die Abschliessung eines deutlichen Vertrags mit uns an, indem wir als eine der Bedingungen des Vertrags folgende Forderung stellten: die Rada solle Kaledin und Kornilow als Konterrevolutionäre erklären und uns an ihrer Bekämpfung nicht verhindern. Die Vertretung der Kiewer Rada langte an, gerade als wir gehofft hatten, es in diesem und jenem zu einer Verständigung zu bringen. Wir hatten die unabhängige Beteiligung der Rada an den Verhandlungen für berechtigt erklärt, so lange die Rada vom Volke der Ukraine anerkannt bleibe. Innerhalb Russlands, auch in der Ukraine, schritt die Entwicklung aber weiter, und je mehr sich die Feindschaft zwischen den ukrainischen Massen und der Rada verschärfte, desto mehr wuchs auch die Bereitwilligkeit der Rada, mit der Regierung der Mittelmächte irgend einen Vertrag zu unterzeichnen, nötigenfalls auch den deutschen Imperialismus in die inneren Angelegenheiten der russischen Republik hineinzuziehen, damit er die Rada gegen die russische Revolution verteidigen könne.

Am 9. Februar (neuen Stils) erfuhren wir, dass die von der Rada und den Mittelmächten hinter unserm Rücken gepflogenen Unterhandlungen gezeichnet waren. Zufälligerweise ist auch der 9. Februar der Geburtstag König Leopolds von Bayern, und, wie das in monarchischen Ländern zu geschehen pflegt, hatte man diesen glorreichen Geschichtsakt mit oder ohne Einwilligung der Kiewer Rada auf denselben Tag anberaumt. General Hoffmann liess zu Ehren Leopolds von Bayern

Salutschüsse feuern, nachdem er sich vorher der Erlaubnis der Kiewer Rada — denn nach dem Friedensvertrag war ja Brest-Litowsk an die Ukraine abgetreten — vergewissert hatte.

Die Dinge hatten sich aber dergestalt entwickelt, dass die Kiewer Rada zur Zeit, da General Hoffmann sie um die Einwilligung in den Militärsalut ersuchte, ausserhalb Brest-Litowsk nur noch über geringes Gebiet verfügte. In Ausführung der von Petrograd empfangenen Depeschen teilten wir den Vertretern der Mittelmächte amtlich mit, dass die Kiewer Rada aufgehört hatte zu existieren, ein Umstand, der sicherlich auf den Fortgang der Friedensunterhandlungen nicht ohne Einfluss bleiben sollte. Wir schlugen dem Grafen Czernin vor, seine Vertreter unseren Beamten als Mitreisende ins ukrainische Gebiet beizugeben, um die Bestätigung von der Existenz oder Nichtexistenz der Rada zu erlangen. Czernin schien diesen Vorschlag freundlich aufzunehmen, aber als wir ihn fragten, ob er auch damit beabsichtige, den mit der Kiewer Deputation abgeschlossenen Frieden vor der Rückkehr seiner eigenen Mission nicht zu unterzeichnen, stockte er und versprach, Kühlmann darum zu befragen. Nachdem er sich erkundigt hatte, schickte er uns eine verneinende Antwort.

Das war am 8. Februar. Bis zum 9. musste der Vertrag unterzeichnet sein. Weitere Aufschiebungen erschienen nicht nur Leopolds Geburtstags wegen unratsam, sondern auch aus einem anderen Grunde, den Kühlmann wohl Czernin gegenüber folgendermassen ausdrücken mochte: "Schicken wir jetzt unsere Vertreter in die Ukraine, so überzeugen sie sich vielleicht wirklich davon, dass die Kiewer Rada nicht mehr existiert; und dann finden wir uns einer einzigen allrussischen Vertretung

gegenüber, was uns alle Aussichten auf Erfolg in den Unterhandlungen zerstört." — Von der Oesterreichisch-ungarischen Deputation ist uns nahegelegt worden, von Grundsätzen abzusehen und die Frage praktischer auseinanderzusetzen. "Dann ist auch die deutsche Deputation zu Konzessionen geneigter. — Es ist undenkbar, dass die Deutschen etwa über die Frage der Mondinseln den Krieg fortsetzen, wenn die Frage konkret aufgestellt wird." Wir erklärten unsere Bereitwilligkeit, solche Konzessionen, die die Deutschen zu machen geneigt seien, zu untersuchen. "Bisher kämpften wir um die Selbstbestimmung der Littauer, Polen, Letten, Livländer, Esthländer, und anderer Völker; und bei jeder dieser Fragen entdeckten wir, dass an solche Selbstbestimmung nicht zu denken sei. Lassen Sie uns einmal Ihre Pläne hören in bezug auf Selbstbestimmung eines andern Vodks, — des russischen; was für Absichten und Erwägungen militärstrategischer Art liegen Ihrer Besitzergreifung der Mondinseln zu Grunde? Haben doch diese Inseln als integrierender Bestandteil der unabhängigen esthländischen Republik oder der russischen Föderativ-Republik, militärisch genommen, nur rein defensive Wichtigkeit, während sie in der Hand Deutschlands eine offensive Bedeutung erlangen, die die wesentlichsten Mittelpunkte unseres Landes in erster Linie Petrograd, bedroht!"

Hoffmann war natürlich zu keinen Zugeständnissen zu bewegen. Da galt es zu raschem Entschluss zu kommen. Krieg erklären konnten wir nicht; dazu waren wir zu schwach. Im Heere waren alle inneren Bande gelöst. Das Land zu retten, diese Zerfahrenheit zu beseitigen, musste unbedingt die innere Zusammenhängigkeit der Arbeiter befestigt werden. Dieses geistige Band lässt sich

nur durch konstruktive Arbeit in Fabrik, Werkstatt und auf dem Acker herstellen. Wir mussten die Arbeiter, die grossen, bitteren Leiden unterworfen waren, die im Kriege wahre Katastrophen durchlebt hatten, wieder in ihre Felder und Fabriken einsetzen, damit sie sich dort wieder zu orientieren begannen, um in der Arbeitswelt wieder festen Fuss zu fassen, und am Wiederaufbau der inneren Disziplin zu wirken. Nur so konnte das Land, das jetzt wegen der Sünden des Zarismus und der Bourgeoisie heimgesucht wurde, gerettet werden. Wir mussten uns aus dem Krieg und das Heer von der Schlachtbank zurückziehen. Dessenungeachtet warfen wir dem deutschen Militarismus Folgendes in die Zähne: Der Friede, den Sie in unsere Gurgel hinunterschieben, ist ein Angriffs- und Raubfriede. Sie dürfen auf keinen Fall den deutschen Arbeitern sagen können "Ihr habt unsere Forderungen als habgierige Annexionsgelüste gebrandmarkt. Aber seht nur — wir bringen euch unter diesen selben Forderungen die Unterschrift der russischen Revolution." Wir sind nur schwach und können jetzt nicht kämpfen, aber wir haben noch revolutionären Mut genug, zu behaupten, dass wir nicht freiwillig den Frieden unterzeichnen werden, den Sie mit dem Schwert lebenden Völkern auf den Leib schreiben. — Wir weigerten unsere Unterschrift. Ich glaube, Genossen, wir handelten recht daran.

Ich will nicht damit sagen, dass ein deutscher Vormarsch auf Russland ein Ding der Unmöglichkeit wäre. Bei der tückischen Beschaffenheit der deutschen imperialistischen Partei wäre es etwas verfrüht, eine solche Behauptung aufzustellen. Doch glaube ich ruhig sagen zu dürfen, dass die von uns in dieser Sache behauptete Haltung es dem deutschen Militarismus viel schwieriger macht, ge-

gen uns vorzugehen, denn er muss auch die Folgen einer solchen Handlung berücksichtigen. Eines nur können wir sagen: ist es in unserem völlig erschöpften und verzweifelten Lande möglich, den Geist der revolutionskräftigsten Elemente zu heben; ist ein Verteidigungskampf unserer Revolution und der von ihm eingeschlossenen Gebiete überhaupt noch möglich, so ist das nur der eben geschaffenen Lage zu verdanken. Und diese Lage ist eine unmittelbare Folge unseres Austritts aus dem Kriege, und unserer Weigerung, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Der zweite Krieg und das Zeichnen des Friedensvertrags.

Während der ersten Tage, die auf den Abbruch der Unterhandlungen folgten, war die deutsche Regierung ratlos: sie wusste weder aus noch ein. Die Politiker und Diplomaten meinten offenbar, dass die Hauptziele erreicht seien, und dass man sich um unsere Unterschrift nicht zu reissen brauche. Die Militärleute waren auf jeden Fall bereit, den von der deutschen Regierung zu Brest-Litowsk entworfenen Rahmen zu sprengen. Professor Krigge (?), Ratgeber der deutschen Deputation, erklärte einem Mitglied unserer Deputation gegenüber, dass unter vorliegenden Umständen ein deutscher Einfall in Russland gar nicht möglich sei. Das damalige Oberhaupt der deutschen Mission zu Petrograd, Graf Mirbach, reiste mit der Versicherung nach Berlin, dass es zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung über den Austausch von Kriegsgefangenen gekommen sei. Aber das alles hinderte den General Hoffmann nicht, am fünften Tage nach

dem Abbruch der Brest-Litowsker Verhandlungen, zu erklären, dass der Waffenstillstand vorbei sei, indem er als Anfang der benötigten siebentägigen Kündigungsfrist willkürlich die letzte Brest-Litowsker Sitzung annahm. Es wäre hier kaum am Platze noch weiteres über die sittliche Entrüstung zu erzählen, die durch dieses Bubenstück hervorgerufen wurde. Es passt sehr gut in den Rahmen der diplomatisch-militärischen Moral der herrschenden Klassen hinein.

Der neue deutsche Einfall entwickelte sich unter für Russland höchst verhängnisvollen Umständen. Statt der verabredeten Kündigungswoche erhielten wir nur zwei Tage im voraus Benachrichtigung. In dem in beständiger Auflösung begriffenen Heere wurde der Panikzustand dadurch geradezu noch verschärft. An Widerstand war nicht zu denken. Die Soldaten konnten es nicht glauben, dass die Deutschen vorrücken würden, nachdem wir den Kriegszustand für beendet erklärt hatten. Der fluchtartige Rückzug legte sogar den Willen solcher einzelnen Abteilungen lahm, die bereit waren, Widerstand zu leisten. In den Arbeiterzentren, — Petrograd und Moskau — erreichte die Entrüstung gegen den deutschen Raubzug eine grosse Höhe des Zorns. In jenen furchtbaren Tagen und Nächten waren die Arbeiter bereit, sich in Zehntausenden zu den Fahnen zu scharen. Vereinzelte zähe, begeisterte Abteilungen wurden bei den ersten eigentlichen Zusammenstössen mit den Deutschen von ihrer eigenen Ohnmacht überzeugt. Der Geist im Lande wurde so noch niedergeschlagener. Das alte Heer war schon seit lange unrettbar geschlagen und die Nachwirkungen seiner Auflösung versperrten noch alle Haupt- unl Nebenstrassen des Landes. Ein neues liess sich wegen der allgemei-

nen Erschöpfung, der schrecklichen Verwahrlosung der Industrien und Beförderungsmittel, nur langsam organisieren. Die grossen Entfernungen waren die einzigen von den vorrückenden deutschen Soldaten zu bewältigenden Hindernisse.

Das Hauptaugenmerk der österreichisch-ungarischen Regierung war auf die Ukraine gerichtet. Die Rada hatte durch ihre Deputation an die Regierungen der Mittelmächte eine Bitte um sofortige militärische Hülfe gegen die Sowjets gerichtet, welche schon alle ukrainischen Streitkräfte geschlagen hatten. Auf diese Weise öffnete die kleinbürgerliche Demokratie der Ukraine in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterklasse und das verarmte Bauerntum dem fremden Eindringling freiwillig Tür und Tor.

Gleichzeitig ersuchte die Svinhufvudsche Regierung um den Beistand der deutschen Bajonette gegen das finnische Proletariat. Der deutsche Militarismus bekannte sich offen vor der ganzen Welt zum Henker der russischen Bauern- und Proletarierrevolution.

In den Reihen unserer Partei herrschten stürmische Erörterungen der Frage, ob wir unter diesen Umständen dem deutschen Ultimatum weichen und einen neuen Vertrag zeichnen sollten oder nicht. Und der neue würde — daran war nicht zu zweifeln — noch drückendere Bedingungen stellen als die zu Brest-Litowsk verlangten. Verteidiger des einen Standpunktes behaupteten, es sei bei der Einmischung der Deutschen in die inneren Kämpfe Russlands unmöglich, für einen Teil Russlands den Frieden aufzustellen und sich passiv zu verhalten, indem im Süden und im Norden deutsche Streitkräfte eine bürgerliche Diktatur errichten. Andere verfochten den Gedanken, dass jede, auch die kür-

zeste, Atempause der inneren Stabilisierung Russlands und dem Stärken seiner Widerstandskräfte zu grossem Nutzen gereiche. Da nun das ganze Land und die ganze Welt von unserer grenzenlosen Hülfslosigkeit dem fremden Einfall gegenüber weiss, wird der Friedensschluss von jedem als ein Akt aufgefasst werden, den das Gesetz des Stärkeren uns aufzwingt. Es wäre kindisch, die Sache vom Standpunkt der abstrakten Revolutionsethik zu besprechen. Es handelt sich hier nicht um einen ehrenvollen Tod, sondern um die Erlangung des Sieges. Die russische Revolution will leben, muss leben, und muss mit jedem zu ihrer Verfügung stehenden Machtmittel einer ungleichen Schlacht ausweichen und so Zeit gewinnen, in der Hoffnung, dass die revolutionäre Bewegung des Westens ihr noch unter die Arme greift. Noch liegt der deutsche Imperialismus in einem erbitterten Kampf um Ländereien mit dem englischen und amerikanischen Militarismus. Nur aus diesem Grunde ist der Friede zwischen Deutschland und Russland überhaupt möglich. Wir müssen uns diese Lage zu Nutze machen. Das Gedeihen der Revolution ist das höchste Gesetz. Wir müssen den Frieden annehmen, den wir nicht in der Lage sind zurückzuweisen. Wir müssen uns eine Atempause verschaffen, die wir zu intensiver Arbeit innerhalb des Landes verwenden werden, und ganz besonders zur Bildung eines neuen Heeres.

In der Konferenz der kommunistischen Partei, wie in der vierten Konferenz des Sowjets errangen die Befürworter des Friedens den Sieg. Viele von denen, die im Januar das Zeichnen des Brest-Litowsker Friedens für unmöglich erklärten, schlossen sich ihnen an. Damals hatten sie gemeint, unsere Einwilligung würde den englischen und

französischen Arbeitern als eine schändliche Kapitulation vorkommen, ohne auch nur den Versuch gemacht zu haben, Widerstand zu leisten. Sogar die niederträchtigen Anspielungen der englisch-französischen Chauvinisten, auf einen Geheimvertrag zwischen den Sowjets und den Deutschen hätten ihres Erachtens in dem Unterzeichnen des Vertrags in gewissen Kreisen westeuropäischer Arbeiter eine Bestätigung gehabt. Aber nachdem wir uns geweigert hatten, den Frieden zu unterzeichnen, nachdem unsere Weigerung einen neuen deutschen Einfall zur Folge gehabt hatte, und nachdem unsere militärische Schwäche vor der ganzen Welt peinlich dastand, nach alledem konnte man uns nicht den Vorwurf machen, wir hätten uns ohne Kampf ergeben.

Der Brest-Litowsker Friede wurde in seiner zweiten vergrösserten Fassung unterzeichnet und bestätigt.

Indessen verrichteten die Henker in Finnland und in der Ukraine ihre Arbeit, die grossen Mittelpunkte Grossrusslands immer mehr bedrohend.

Sogar das Dasein Russlands als unabhängige selbständige Nation ist jetzt mit dem Zustandekommen der europäischen Revolution unzertrennlich verbunden.

Schluss.

Als unsere Partei die Regierung übernahm, wussten wir schon was für Schwierigkeiten wir entgegensteuerten. Wirtschaftlich war das Land durch den Krieg aufs äusserste erschöpft. Die Revolution hatte den alten Verwaltungsbetrieb zerstört

und konnte noch nichts erschaffen, ihn zu ersetzen. Millionen von Arbeitern waren in der dreijährigen Aufwühlung von ihrem gewöhnlichen Posten in der nationalen Arbeitsteilung losgerissen, deklassiert und geistig erschüttert worden. Die auf einer nur dürftigen Nationalbasis aufgerichteten riesigen Kriegsindustrien zehrten am Mark des Volkes und ihre Abschaffung verursachte auch ungeheure Störungen. Das Auftreten einer wirtschaftlichen und politischen Anarchie machte sich im ganzen Lande fühlbar. Jahrhundertelang war das russische Bauerntum durch eine barbarische volkstümliche Disziplin von unten und die eiserne Herrschaft des Zaren von oben zusammengehalten worden. Die wirtschaftliche Entwicklung hatte erstere untergraben; letztere war von der Revolution abgesetzt. Auf geistigem Gebiet bedeutete die Revolution das Erwachen eines menschlichen Persönlichkeitssinnes unter den Bauern. Die anarchischen Erscheinungen dieses Erwachens sind nur als die Folgen der vorhergehenden Unterdrückung zu betrachten. Eine neue Gesellschaftsordnung, von der Kontrolle der Arbeiter über ihre eigenen Industrien ausgehend, kann nur durch die allmähliche innere Ausscheidung der anarchischen Erscheinungen der Revolution verwirklicht werden.

Andererseits werden die besitzenden Klassen, obgleich sie nun der politischen Gewalt verlustig sind, nicht ohne Kampf auf ihre Vorrechte Verzicht leisten. Die Revolution hat die Frage des Privateigentums an Land und Produktionswerkzeugen unzweideutig gestellt; und das ist die Frage, die das Dasein der ausbeutenden Klassen bedroht. Das heisst also politisch ein unaufhörlicher, entweder verborgener oder offener Bürgerkrieg. Innerhalb der Arbeiterbewegung ernährt der Bürgerkrieg denn auch immer anarchistische Bestrebungen. Bei der

Verkommenheit der Industrien, der Nationalfinanzen, des Transport- und Nahrungsmittelwesens, stellt ein längerer Bürgerkrieg also der konstruktiven Organisationsarbeit ungeheure Schwierigkeiten in den Weg. Nichtsdestoweniger kann die Sowjetregierung der Zukunft mit Zuversicht ins Auge sehen. Eine genaue Inventarisierung aller Hülfsquellen des Landes muss aufgenommen werden; eine aus einem einzigen zweckmässigen Plan entspringende rationelle Organisierung der Industrien; eine vorsichtige und sparsame Verteilung aller Erzeugnisse; nur so kann das Land gerettet werden. Und nichts anderes ist der Sozialismus. Entweder wir sinken gänzlich zu der Stufe eines Kolonialgebiets hinab, oder wir feiern eine sozialistische Wiedergeburt: vor diese Wahl sieht sich unser Land nun gestellt.

Der Boden der ganzen kapitalistischen Welt ist von dem Kriege untergraben. Darin liegt unsere unbesiegbare Stärke. Den uns einkreisenden imperialistischen Ring wird die proletarische Revolution sprengen. Daran zweifeln wir keinen Augenblick, zweifelten wir ja auch nie während unseres jahrzehntelangen unterirdischen Ringens an dem unausbleiblichen Untergang des Zarismus.

Kämpfen — die Kräfte sammeln — industrielle Disziplin aufstellen — den Sozialismus einführen — die Erzeugungsleistung der Arbeit steigern — gegen alle Hindernisse vorwärts dringen — das ist unsere Sendung. Die Geschichte arbeitet auf unserer Seite. Die proletarische Revolution muss auf kurz oder lang, in Europa wie in Amerika, auflodern, und sie wird nicht nur der Ukraine, Polen, Littauen, Kurland und Finnland, sondern der ganzen leidenden Menschheit die Befreiung bringen.

THE CO-OPERATIVE PRESS, 15 SPRUCE ST., NEW YORK

Deutschsprechende Arbeiter, lest Eure Presse!

Deutsche Sozialistische Zeitungen

in den Vereinigten Staaten:

New Yorker Volkszeitung (täglich), 15 Spruce St., New York.

Sonntagsblatt der N. Y. Volkszeitung (wöchentlich), 15 Spruce St., New York.

Vorwärts (wöchentlich), 15 Spruce St., New York.

Vorwärts der Neu England Staaten (wöchentlich), 15 Spruce St., New York.

Chicagoer Arbeiter-Zeitung (täglich), 1642 N. Halsted Str., Chicago, Ill.

Die Fackel (Sonntags), 1642 N. Halsted Street, Chicago, Ill.

Vorbote (wöchentlich), 1642 N. Halsted Str., Chicago, Ill.

Echo (wöchentlich), 2368 Ontario av., Cleveland, Ohio.

[illegible] (wöchentlich), [illegible]

Arbeiter-Zeitung (wöchentlich), [illegible]

[illegible]

The Young Socialists' Magazine (monthly), 15 Spruce St., New York.

Abonnirt auf Arbeiterblätter — lest Eure Presse!

GAYLORD BROS. Inc.
Syracuse, N. Y.
Stockton, Calif.

C04791246